

Jean Ziegler über die Tragödie des Robert Mugabe

DIE WELTWOCHEN



Nummer 47 – 23. November 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Zeitfragen
Ist Pornografie
schädlich?

ALAIN BERSET

**Wie krank ist die
Invalidenversicherung?**

UNIVERSITÄTEN

**Wie links dürfen
Geisteswissenschaftler
sein?**

JEAN-CLAUDE JUNCKER

**Der teure Besuch
des alten Onkels**

MONARCHIEN

**Die zauberhafte
Ehe der Queen**



Tatort Leutschenbach

Die schummrigen Methoden der «Rundschau»

Sandro Brotz (I.), Mario Poletti





MIT DEGUSSA PFLEGEN SIE IN JEDER HINSICHT DEN KLASSISCHEN STIL.

Als grösster Banken unabhängiger Edelmetallhändler in Europa bieten wir Ihnen nicht nur eine breite Palette an Investmentprodukten. Mit den von Degussa entwickelten Emotionsprodukten machen Sie sich selbst und Ihren Liebsten ein einzigartiges Geschenk. Gerne stellen wir Ihnen diese Kostbarkeiten in unseren Ladengeschäften in Zürich und Genf vor – oder bestellen Sie einfach online. Wir bewahren Ihre Schätze auf Wunsch auch sicher in Ihrem persönlichen Schrankfach bei uns auf.

DEGUSSA- GOLDHANDEL.CH

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Degussa



GOLD UND SILBER.



Im Bundeshaus steht der Ständerat normalerweise im Schatten des lärmigeren Nationalrats. Und in der präsidentialen Hackordnung rangiert der – oder die – Vorsitzende der Grossen Kammer vor dem Pendant im Stöckli. Wenn wir in dieser Ausgabe dennoch die designierte Präsidentin des Ständerats porträtieren, so ist dies personell begründet. Karin Keller-Sutter, ehemalige Regierungsrätin des Kantons St. Gallen, gehört zu den wägstigen politischen Köpfen der Schweiz. Seit ihrem Wechsel nach Bern im Jahr 2011 hat sich die einstige «eiserne Lady» zu einer bestimmenden Aussenpolitikerin gemauert. In wirtschaftspolitischen Fragen gehört sie zu den Wortführerinnen der FDP. In der Debatte um die Sicherung der Altersvorsorge führt kein Weg an Karin Keller-Sutter vorbei. Keine Frau ist zurzeit besser prädestiniert für den Bundesrat, urteilt René Zeller. **Seite 16**



Chancen der Digitalisierung: Rolf Dörig.

Digitalisierung ist das Thema der Stunde, das nun auch die Politik gross auf ihre Fahne geschrieben hat. Am Montag hielt der Bund die nationale Konferenz «Digitale Schweiz» ab, am Dienstag ging landesweit der grosse Digitaltag über die Bühne. Vor diesem Hintergrund hat Rolf Dörig, Verwaltungsratspräsident von Swiss Life und Adecco, das Ganze aus etwas Abstand betrachtet. Er erinnert daran, welche Erfahrungen man in der Vergangenheit bereits mit vielfältigen Arten des technischen Fortschritts gemacht hat und wie man dabei den Anliegen der Menschen gerecht werden kann. **Seite 20**

Im Mai 2013 wandte sich der Zürcher Strafverteidiger Linus Jaeggi an *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur mit einem schweren Vorwurf: Die Urner Strafverfolgungsbehörden hätten mit gefälschten Spuren den Milieu-Wirt Ignaz Walker unschuldig hinter Gitter gebracht. Der unerhörte Verdacht erschien Baur auf den ersten Blick plausibel, er verlangte Einblick in sämtliche Untersuchungsakten. Nach einem intensiven Studium gab er die Unterlagen zurück: Wenn er über den Fall schreiben würde, erklärte Baur dem Anwalt, käme das nicht gut für seinen Mandanten heraus. Er werde darum auf eine Berichterstattung verzichten. Unser



Vermeintlicher Justizskandal: Ignaz Walker (r.).

Kollege hielt sich an dieses Versprechen, auch als die SRF-«Rundschau» den Fall Walker zur «Urner Justizaffäre» machte. Da inzwischen alle wesentlichen Akten bekannt sind und das Bundesgericht den Fall im Grundsatz entschieden hat, gibt es keinen Grund mehr zur selbstaufgelegten Zurückhaltung. In dieser Ausgabe geht Baur mit der «Rundschau» hart ins Gericht: Auf verantwortungslose Weise haben die TV-Reporter alle belastenden Indizien ausgeblendet und das Opfer zum Täter gemacht. Der vermeintliche Justizskandal entpuppt sich als «Rundschau»-Affäre. **Seite 30**

Im Zeitalter des Internetpornos findet die Forschung nicht einmal mehr Probanden, die von Pornografie unberührt leben. Wie verändert uns die ständige Verfügbarkeit expliziter Videos, was macht sie mit unseren Beziehungen? Während die Neurowissenschaften etwaige Veränderungen der Hirnstruktur bei Pornosüchtigen erforscht haben, widmen sich Therapeuten der Aufgabe, Männer mit zu hohem Konsum wieder orgasmus- und beziehungsfähig zu machen. **Seite 64**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten
IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 322.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),
Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*),
Wolfgang Koydl, Hubert Mooser,
Christoph Mörgele, Claudia Schumacher,
Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Peter Holenstein,
Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin,
David Schnapp, Hildegard Schwanager,
Sacha Verna (*New York*), Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann
Bildredaktion: Martin Kappler,
Julia Dunlop (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Renate Brunner,
Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser,
Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),
Inga-Maj Hojaj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC,
Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



60 YEARS OF ADVENTURE AND DISCOVERY



LES AMBASSADEURS

THE LEADING HOUSE OF LEADING NAMES

BAHNHOFSTRASSE 64, 8001 ZÜRICH



SuperOcean
HERITAGE
SINCE 1957



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



© UBS 2017. Alle Rechte vorbehalten.

Digitale Sicherheit: jetzt aktualisieren.

ubs.com/securitycheck

Merkel

Abgesänge überall, aber noch ist keine vertrauenswürdige Alternative in Sicht. *Von Roger Köppel*

Es war der wohl grösste Fehler meiner dreijährigen Amtszeit als Chef der *Welt* in Berlin, eine verpasste Kapitalchance, schlimmer als ein verschossener Penalty. Ich ärgere mich noch heute.

Wir waren zu sechst auf einer Wanderung, ein paar deutsche Chefredaktoren und die damalige CDU-Vorsitzende Angela Merkel, bereit für den Griff nach der Kanzlerschaft. Am Abend sassen wir in der Nähe der Ostsee am Lagerfeuer und tranken Weisswein. Dann ging es zum gepflegten Diner in einem schönen Landhotel. Der Rotwein floss reichlich.

An Merkel beeindruckte schon damals das Fehlen jeglichen Charismas. Dafür hatte die Physikerin Format, das spürte man sofort. Wohltuend fand ich, dass sie nicht zum Typus des deutschen *Schnuri*-Politikers à la Peer Steinbrück gehörte. Sie hatte eine unspektakuläre Art, zum Wesentlichen vorzudringen. Alles bei ihr klang einfach, logisch, fast banal.

So gegen Mitternacht schwankten die Kollegen in Richtung ihrer Zimmer. Irgendwann sassen Merkel und ich allein vor dem Eingang zur Bar. Ich war todmüde, während die Politikerin, die gehörig mit geschluckt hatte, über gewaltige Nehmerqualitäten zu verfügen schien. Sie war putzmunter und wollte weiterreden. Offensichtlich hatte sie meine Frage beim Essen irritiert, warum sie damals eigentlich ihrem Förderer Helmut Kohl so mitleidlos das Messer in den Rücken gestossen habe.

Für alle, die sich nicht mehr erinnern können: Merkels Durchbruch an die Parteispitze ging einher mit einem Vatermord. Altkanzler Kohl, der Vollstrecker der deutschen Wiedervereinigung, geriet ins Schussfeld, weil er die Namen einiger anonymer Parteispender nicht nennen wollte. Kanzler-Ehrenwort.

Merkel, von Kohl einst in die Regierung gehiebt, brach aus der Phalanx der Loyalisten aus. Im Hausorgan der CDU, der *Frankfurter Allgemeinen*, schrieb sie einen bösen Artikel gegen ihren ehemaligen Chef. Es war eine Bombe. Mit einem Streich räumte die Unscheinbare ihren Mentor mitsamt der Partielite aus dem Weg. Das starke, mutige Geschlecht sind die Frauen.

Mich faszinierte die Kaltblütigkeit, mit der Merkel vorging, aber sie erschreckte mich auch. Man sagt ihr nach, sie habe keinerlei Prinzipien oder Grundsätze. Das stimmt nicht. Merkel merkte damals, dass die Alt Herrenriege um den grossen Kanzler abgewirtschaftet hatte. Und sie handelte durchschlagend, im wörtlichen Sinn.

Wer also war diese Frau, die so harmlos, ja brav wirkte und doch im Nahkampf das blutige Sackmesser auszufahren wusste? Als ich sie im Hotel während des Hauptgangs und der ersten Rotweinwelle nach der Sache mit Kohl fragte, setzte sie überraschend zu einer nicht mehr enden wollenden Antwort an. Was mir zeigte, dass es ihr immer noch unangenehm war, wenn man sie öffentlich auf den Hinterhalt ansprach.



Quersumme deutscher Widersprüche.

So sassen wir also spätabends allein in diesem Landgasthof, und Merkel fragte mich, ob ich mit ihr noch an die Bar kommen würde. Jeder normale Journalist hätte sich die Chance nicht entgehen lassen, aber es war sicher zwei Uhr morgens, ich war neu in Deutschland. Und machte schlapp, wofür ich mich heute noch ohrfeigen könnte. Ein Kapitalfehler, zugegeben.

Was blieb mir aus dieser ersten Begegnung? Merkel hat enorme Ausdauer. Sie gibt nicht auf und bleibt ruhig. Systematisch wurde und wird sie unterschätzt. Bis heute. Ob sie das momentane Regierungschaos in Deutschland überlebt, ist keineswegs sicher, aber die Frau lag schon früher am Boden und wurde tot-

gesagt. Amtsvorgänger Schröder lachte sie sogar aus, als er sie vor zwölf Jahren in den Wahlen auf der Ziellinie fast noch abgefangen hatte.

Mag ja sein, dass Merkel schwere Fehler gemacht hat, indem sie die CDU so stark auf die SPD ausrichtete, was historische wie taktische Gründe hatte. Es stimmt auch, dass ihr die Migrationskrise über den Kopf wuchs. Gleichzeitig kann ich mir keinen deutschen Politiker vorstellen, der es in der damaligen Zeit geschafft oder gewagt hätte, die Migranten mit Grenzsperrern oder Wasserwerfern abzuwehren. Merkel wäre in der Luft zerrissen worden. Man kann Regierungen nur aus der Geschichte ihrer Länder heraus verstehen.

Merkel habe ich oft kritisiert, aus schweizerischer Sicht, aber sie hat mir immer auch imponiert, weil sie anders ist als die aufgeblasenen Scheinriesen der deutschen Politik, die dauernd von Prinzipien schwafeln, die sie nicht haben. In diese Kategorie der rhetorisch geschliffenen Wichtigtuer fallen viele nicht nur deutsche Polit-Männer und -Frauen, möglicherweise auch der neue FDP-Chef Lindner, dem ich die Heldenpose des grundsatztreuen Verhandlungsaussteigers nicht abnehme. Der Mann schaut, was sein gutes Recht ist, zuerst auf die Partei, der er sein Einkommen und seine Position verdankt.

Alle aber, die sich jetzt auf Lindner stürzen, sollten sehen: Auch die SPD drückt sich aus Kalkül. Ihre Begründungen, warum sie in der Merkel-Koalition nicht mitmacht, scherbeln gewaltig. Die Genossen berufen sich hämisch auf ihre eigene, seltsame Deutung des Wählerwillens. Tatsache ist, dass SPD und CDU/CSU nach wie vor die stärksten Kräfte sind. Was spricht sachlich gegen eine weitere Zusammenarbeit? Die Einzige, die neben den Grünen nicht wegrennt, ist Merkel.

Es stimmt, Merkel hat kein klares Programm und keine verlässliche Linie. Aber wenigstens steht sie dazu. Sie hat nie etwas anderes behauptet. Ihre Ideologie ist es, auf Ideologien zu verzichten und immer das zu tun, was ihr unter den gegebenen Umständen im Sinne einer Mehrheit angemessen scheint. Das ist nicht das Schlechteste. Selbst mit ihrer Willkommenspolitik traf sie zunächst den Nerv vieler Leute. Endlich waren die bösen Deutschen wieder die Guten. Der Katzenjammer stellte sich bei manchen, aber längst nicht bei den meisten erst später ein.

Ich sage nicht, dass die Kanzlerin das Ideal eines Regierungschef verkörpert. Aber sie ist ehrlicher als ihre möglichen Koalitionspartner, die nur so tun, als hätten sie feste Überzeugungen. Vielleicht braucht es jetzt dieses brodelnde Durcheinander in Berlin. Deutschland ist komplizierter, als es von aussen aussieht, und Merkels Lösung war eine Quersumme dieser deutschen Widersprüche. Niemand ist unersetzlich, aber noch ist keine vertrauenswürdige Alternative in Sicht.

Qualität ist nicht unser Anspruch, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

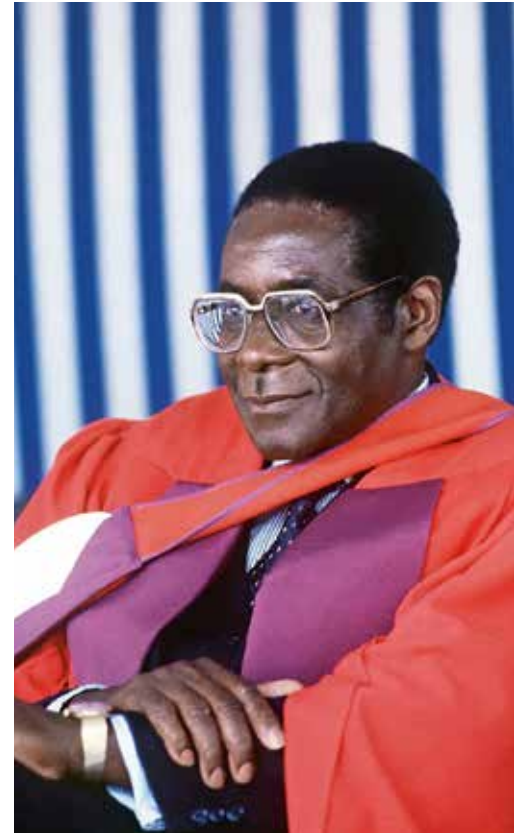
Spitze für Sie.



Bärenkräfte: Keller-Sutter (FDP). Seite 16



70 Ehejahre: Queen Elizabeth, Philip. Seite 47



«Mugabe war für Mandela ein Vorbild der Aussöhnung.»

Jean Ziegler über Herrscher Mugabe. Seite 48

Titelgeschichte

- 30 **Tatort Leutschenbach**
Vorwürfe gegen die «Rundschau»

Kommentare & Analysen

- 7 Editorial
- 13 **Kommentar**
Falsche Flucht nach vorne
- 14 **Verteidigung**
Maurer vs. Parmelin
- 14 **Berlin** Merkels langer Abschied
- 15 **Wirtschaft** Ein freies Jahr
- 16 **Kopf der Woche** Karin Keller-Sutter:
Ungekrönte Königin
- 20 **Rede der Woche**
Rolf Dörig: Vertrauen aufbauen
- 22 **Schweiz** Digitalisierung
- 24 **Essay der Woche**
Universitärer Ungeist
- 26 **Klarstellung der Woche**
Zur Steueroptimierung verpflichtet
- 27 **Aufreger der Woche**
Schweigen über Schweizer Jihad A.

- 28 **Mörgeli**
Durchgeknallte Menschenrechtler
- 28 **Bodenmann**
Semi-Truck: Mercedes unter Druck
- 29 **Medien** Die Kröte SRG
- 29 **Die Deutschen**
Lustige Zeiten

Interviews

- 44 **Faith Whittlesey** Die Polit-Legende
über Trumps Amerika
- 56 **Herfried Münkler** Die Aktualität
des Dreissigjährigen Kriegs

Inland

- 34 **Fake News und süßes Nichtstun**
Privilegien der SRG-Angestellten
- 36 **Berset und das Prinzip Hoffnung**
Sanierung der IV
- 38 **Bürger gegen Bundesrätin**
Einzelinitiative gegen Sommaruga
- 39 **Justiz**
Bransons heikle Doppelrolle

Ausland

- 40 **Besuch des alten Onkels**
EU-Chef Juncker in Bern

- 42 **Kohäsionsmilliarde**
Verhandlung, die keine ist
- 46 **Inside Washington**
- 48 **Die Tragödie des Robert Mugabe**
Jean Ziegler über den afrikanischen
Herrscher
- 50 **Wie aus einem Abenteuerroman**
Die Karriere des französischen
Milliardärs Xavier Niel
- 53 **Amerika**
Trump hält die Stellung in Asien

A photograph of Roger Federer, a professional tennis player, standing in a modern, brightly lit interior. He is wearing a blue crew-neck sweater over a checkered collared shirt. He is holding a glass cup of coffee with a thick layer of white foam. He has a slight smile and is looking towards the camera. The background is a blurred view of a cityscape through a window.

jura[®]

Herzlichen
Glückwunsch zu
einer grossartigen
Saison, Roger!

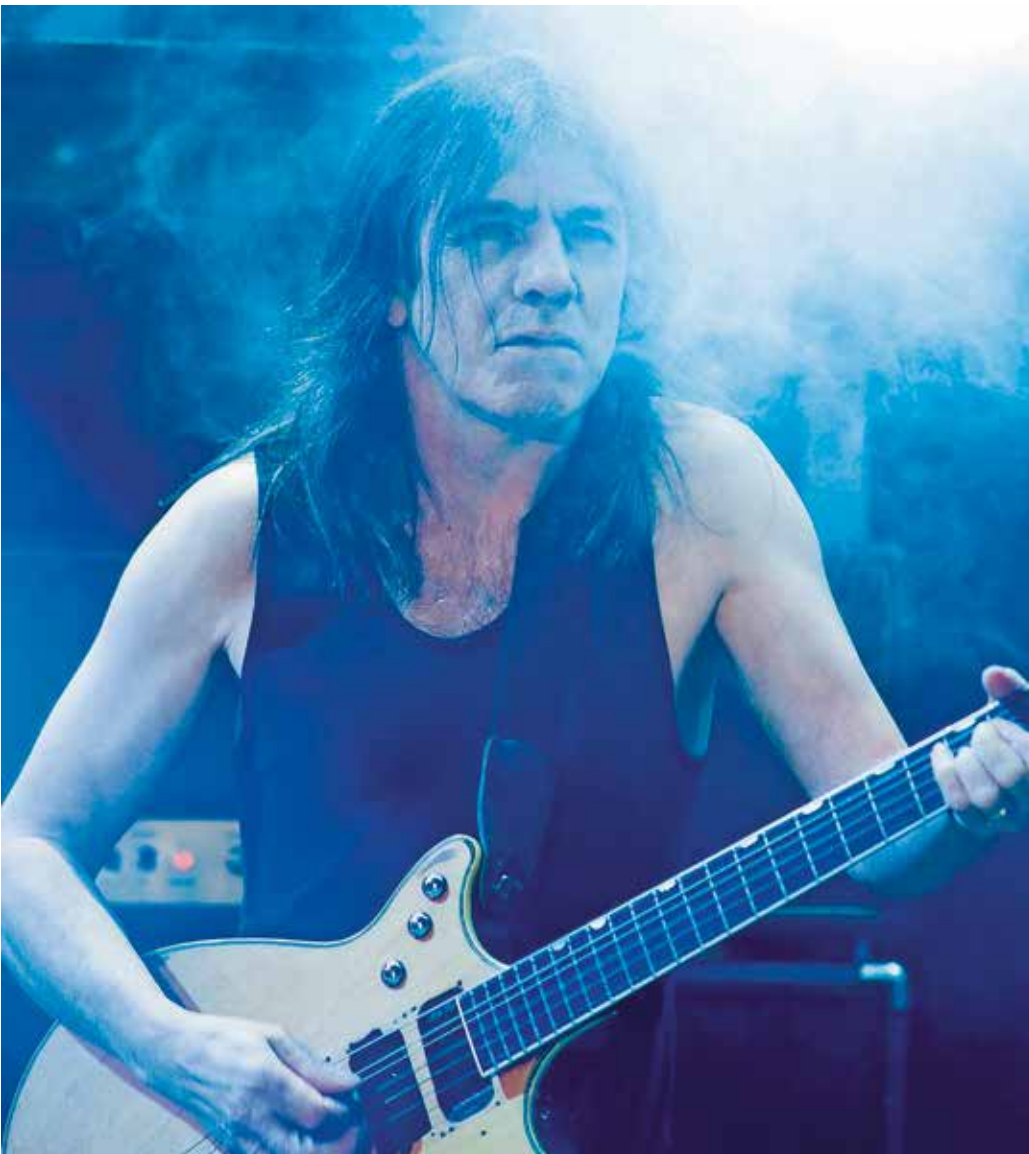
Mit zwei Grand-Slam-Triumphen (Australian Open und Wimbledon), drei ATP-1000-Siegen (Indian Wells, Miami und Shanghai), zwei ATP-500-Erfolgen (Halle und Basel) und dem Gewinn all Deiner Matches am Laver Cup (Prag) zählt 2017 zu einer der erfolgreichsten Saisons in Deiner grossartigen Karriere. Herzlichen Glückwunsch zu diesen fantastischen Leistungen, Roger! Wir sind stolz darauf, Dich seit 2006 als unseren Markenbotschafter zu haben.

JURA und Roger Federer – Schweizer Spitzenleistungen.

jura.com



Ähnlichkeiten mit der Aktualität: Dreissigjähriger Krieg. Seite 56



Zen im Rock: AC/DC-Gitarrist Malcolm Young (1953–2017). Seite 60

Kultur & Gesellschaft

- 47 **Im Bann sexueller Verzauberung**
Queen Elizabeth und Prinz Philip
- 54 **Ikone der Woche**
Karlie, die Grosse
- 56 **Herfried Münkler**
Der Dreissigjährige Krieg
- 60 **Die rechte Hand des Teufels**
Chris von Rohr über Malcolm Young
- 61 **Zivilisation**
Flüchtlinge gegen Juden
- 61 **Veronas Beine**
Skandal um einen Kameraschwenk
- 64 **Zeitfragen**
Ist Pornografie schädlich?
- 72 **Maserati total**
Unterwegs in Modena

Rubriken

- 13 **Im Auge**
Isabel Allende
- 18 **Personenkontrolle**
- 19 **Nachruf**
Salvatore Riina
- 62 **Die Bibel Abtreibung**
- 62 **Kino**
Kathryn Bigelows «Detroit»
- 63 **Knorrs Liste**
- 63 **Jazz**
Christian McBride Big Band
- 68 **Thiel Gottes Sozialstaat**
- 68 **Namen**
Kleine Schweiz im grossen Russland
- 68 **Fast verliebt Zu hetero**
- 69 **Unten durch SusiCat21**
- 70 **Wein Heimkehr einer Auswanderin**
- 70 **Zu Tisch**
«Momofuku Ko», New York
- 71 **Auto**
Toyota Land Cruiser 2,8 D-4D
- 74 **Darf man das? / Leserbrief**

SWISS NOUVEAU CIRQUE
PRESENTS



Samsung Hall Zürich

26. - 30. Dezember 2017

WINGS

BY RIGOLO

TANZ UND ARTISTIK HERZBERÜHRENDE POESIE



Begeisternde Artistik

Rigolo Swiss Nouveau Cirque entführt Sie mit WINGS in eine zauberhafte, faszinierende Welt voller atemberaubender Artistik und Poesie. Das internationale Artisten- und Tänzerensemble begeistert mit fesselnder Luftakrobatik, mit Stepp- und Hip Hop-Tanz von Weltklasse und mit berührenden Tanztheater-Szenen.

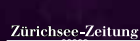
Bezaubernder Tanz

Aufwändig entwickelte Kunstobjekte entfalten auf der Bühne ihr Eigenleben und heben die Naturgesetze scheinbar aus den Angeln. Alles kulminiert in Rigolos berühmter Balance-Performance mit einer Feder und dreizehn Palmblatt-Rispen.

Besonderer Zauber

Geniessen Sie vor der Show ein perfekt abgestimmtes Essen in unserer Loft oder einen feinen Apéro.

Informationen & Tickets: www.samsunghall.ch/wings



Faszinierende Rhein-Kreuzfahrten

mit Luxusship MS Antonio Bellucci ❄️❄️❄️❄️



Es het solangs het Rabatt* bis Fr. 600.-
*Abhängig von Auslastung, Saison, Wechselkurs

Jetzt Katalog 2018 bestellen!



1 Rhein-Kreuzfahrt zur Tulpenblüte Basel–Rotterdam–Amsterdam–Basel 9 Tage ab Fr. 990.-

(Rabatt Fr. 600.- abgezogen, 20.03., Hauptdeck, VP)

2 Rhein, Maas, Albert-Kanal, IJssel Basel–Flandern–Holland–Basel 15 Tage ab Fr. 1990.-

(Rabatt Fr. 400.- abgezogen, Hauptdeck hinten, VP)

- Bequem ab/bis Basel
- Romantischer Rhein
- Beliebtes und bewährtes Luxusship

1. Tag Basel Ind. Anreise, Einschiffung und «Leinen los!».
2. Tag Strasbourg Stadtrundfahrt/-gang*, Weiterfahrt. **3. Tag Bonn** Passage der eindrucksvollen Loreley-Strecke. Stadtrundfahrt* mit Besuch des Beethovenhauses, kurzes Piano-Konzert.
4. Tag Dordrecht–Rotterdam Ausflug* zu den Windmühlen von Kinderdijk. Stadtrundfahrt* Rotterdam. **5. Tag Amsterdam** Ausflug* zum Keukenhof mit seiner weltweit einmaligen Blütenpracht. Romantische Grachtenfahrt. + **6. Tag Duisburg–Düsseldorf** Ausflug* zum Zollverein nach Essen. Für Gäste, die lieber freie Zeit in Düsseldorf verbringen, wird ein Transfer* organisiert. Wiedereinschiffung. **7. Tag Rudesheim** Gemütliche Schifffahrt entlang dem «Romantischen Rhein». Fahrt mit Winzerexpress.* Erkundung des idyllischen Weinstädtchens auf eigene Faust. **8. Tag Baden-Baden** Ankunft in Gamsheim und Busausflug* nach Baden-Baden. Rundgang durch die prunkvolle Bäder- und Kunststadt. Rückfahrt nach Kehl, wo das Schiff die Ausflugsteilnehmer bereits erwartet.
9. Tag Basel Ausschiffung und individuelle Heimreise.

1. Tag Basel Ind. Anreise, Einschiffung und «Leinen los!».
2. Tag Flusstag «Romantischer Rhein». **3. Tag Nijmegen–Cuijk** Rundgang Nijmegen*, Rundgang* Cuijk. **4. Tag Maastrecht** Rundgang*, Fahrt durch Albert-Kanal. **5. Tag Antwerpen** Rundfahrt/-gang* durch Hafen- und Diamantenstadt. **6. Tag Gent–Terneuzen** Rundgang* Gent. Busausflug* nach Brügge. **7. Tag Middelburg** Ausflug* Delta-Werke, Rundgang* Middelburg. **8. Tag Amsterdam** Panoramarundfahrt.* Rundgang* Haarlem oder Amsterdam individuell. Grachtenfahrt. + **9. Tag Kampen** Ausflug* Giethoorn. Rundgang* Kampen. Fahrt übers IJsselmeer. **10. Tag Oudeschild–Hoorn** Rundfahrt* Insel Texel. Fahrt übers IJsselmeer und Markermeer, Rundgang* Hoorn. **11. Tag Flusstag** Fahrt auf IJssel und Rhein. **12. Tag Bonn–Linz am Rhein** Kurze Rundfahrt* in Bonn mit Besuch Beethovenhaus und kurzes Piano-Konzert. **13. Tag Braubach** Ausflug* Marksburg. «Romantischer Rhein». **14. Tag Schwarzwald** Ausflug* in den Schwarzwald. **15. Tag Basel** Ausschiffung und individuelle Heimreise.

MS Antonio Bellucci***** – by Thurgau Travel
Luxusship für 141 Gäste. Alle Kabinen mit Dusche/WC, Föhn, Telefon, Safe, TV und individuell regulierbarer Klimaanlage. Kabinen auf Mitteldeck und Oberdeck (ca. 15 m²) mit franz. Balkon, Tisch und zwei Sessel (ausser Mitteldeck hinten). Kabinen auf dem Hauptdeck (ca. 13 m²) mit kleinen, nicht zu öffnenden Fenstern. Bordausstattung: Foyer, Shop, Restaurant, Panorama-Salon mit Tanzfläche und Bar, Captains Corner, Sauna- und Fitnessbereich, Sonnendeck mit Whirlpool. Gratis WLAN nach Verfügbarkeit. Lift zwischen Mittel- und Oberdeck. **Nichtraucher-schiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

Abreisedaten 2018 Es het solangs het Rabatt

20.03.	600	05.04.	400	21.04.	200	07.05.	200
28.03.	500	13.04.	300	29.04.	200		

Reisedaten 2018 Es het solangs het Rabatt

07.07.–21.07.	400	04.08.–18.08.	400
21.07.–04.08.	400		

Preise p.P. in Fr. (vor Rabattabzug)

	1	2
2-Bettkabine Hauptdeck hinten	1490	2390
2-Bettkabine Hauptdeck	1590	2590
2-Bettkabine MD hinten, franz. Balkon	1890	3590
2-Bettkabine Mitteldeck, franz. Balkon	1990	3790
2-Bettkabine OD hinten, franz. Balkon	2090	3940
2-Bettkabine Oberdeck, franz. Balkon	2190	4090
Suite Oberdeck, franz. Balkon	2790	4990
Zuschläge Alleinbenutzung	auf Anfrage	
Ausflugspaket (8/10 Ausflüge)	280	310
Annulations-/Extrarückreiseversicherung	59	79

Leistungen: Kreuzfahrt inkl. Vollpension. Weitere Details im Internet oder Hauptkatalog 2018 verlangen.



Weitere Reisen mit MS Antonio Bellucci*****

Basel–Miltenberg–Regensburg–Passau
9 Tage ab Fr. 1290.-
(Rabatt Fr. 200.- abgezogen, Hauptdeck hinten, Vollpension)

NEU Basel–Arnheim–Antwerpen–Maastricht–Namur
12 Tage ab Fr. 1690.-
(Rabatt Fr. 400.- abgezogen, Hauptdeck hinten, Vollpension)
Weitere Details im Internet oder Hauptkatalog 2018 verlangen.

* Im Ausflugspaket enthalten, vorab buchbar | + Fak. Ausflug nur an Bord buchbar | Programmänderungen vorbehalten | Reederei/Partnerfirma: feenstr

Neue Website – Online buchen und sparen
www.thurgautravel.ch

Buchen oder Prospekt verlangen
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5 | 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00 | info@thurgautravel.ch

Falsche Flucht nach vorne

Von Katharina Fontana — SP-Präsident Levrat will den Islam den Landeskirchen gleichstellen und die Muslime damit besser integrieren. Er ist auf dem Holzweg.



Hinter die Aufklärung: Christian Levrat.

Geht der Islam zur Schweiz? Es gibt gute Gründe, diese heiss diskutierte Frage zu verneinen. Nicht aus einem Ressentiment gegenüber den hier lebenden Muslimen, sondern aus der Einsicht heraus, dass sich islamische Wertvorstellungen und eine freie Gesellschaft schlicht nicht miteinander vertragen. Wie soll man also mit dem Islam umgehen? Braucht es eine harte Haltung mit Minarett- und Burkaverboten, oder soll man auf die sanfte Tour setzen und die muslimische Glaubensgemeinschaft mit Wohlwollen und Toleranz auf den richtigen Weg bringen?

Letzteres will Christian Levrat. Der SP-Präsident hat in der *Sonntagszeitung* die staatliche Anerkennung des Islam gefordert. Man müsse die aufgeklärten Kräfte in den Reihen der Muslime stärken und gleichzeitig die Islamfeindlichkeit der hiesigen Rechtskonservativen bekämpfen, so Levrat. Man mag das als Profilierungsversuch eines angeschlagenen Parteipräsidenten abtun, dennoch sollte man sich mit Levrats Idee und ihren Folgen auseinandersetzen. Würden die Kantone die Muslime als Religionsgemeinschaft – neben den Reformierten, den Katholiken und teils den Christkatholiken – öffentlich-rechtlich anerkennen, hätte dies direkte und indirekte Auswirkungen. So könnten die Muslime von den Gläubigen Kirchensteuern entreiben, und sie hätten je nach Kanton grös-

seren Einfluss auf den religiösen Schulunterricht. Auch würde wohl die Einhaltung der islamischen Feiertage vermehrt zum Thema. Das alles mag problemlos scheinen. Aber wie wäre es mit der Forderung nach geschlechtergetrenntem Turn- oder Schwimmunterricht? Nach Dispensationen vom Handschlag? Solchen Ansprüchen von Muslimen entgegenzutreten, dürfte nach der staatlichen Anerkennung ihrer Religion nicht mehr so einfach möglich sein wie heute.

Sozialdemokraten als Religionswächter

Levrat hat dafür die Lösung zur Hand. Muslime müssten sich zu einem modernen Islam mit einer zeitgemässen Koranauslegung bekennen und sich demokratisieren, fordert er. Das tönt wunderbar, allerdings bleibt dabei die Frage offen, ob die Muslime das auch so sehen und

Die Erwartung, der Staat könne Problemgruppen bändigen, indem er sie umarmt, ist zu optimistisch.

ihre teils rückständige Religion tatsächlich an die westlichen Werte angleichen wollen. Ob sie wirklich bereit sind, sich von hiesigen Instanzen wie der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sagen zu lassen, wie ein aufgeklärter, ein europäisierter Islam auszusehen hat. Die Beispiele von Belgien und Grossbritannien, wo der Islam schon lange als Religion anerkannt ist, machen jedenfalls nicht gerade Hoffnung. Diese Länder haben bekanntlich erhebliche Mühe mit Teilen der muslimischen Bevölkerung; dass die Gleichstellung des Islam mit anderen Religionen dort zu einem Integrationschub und zu Assimilierung geführt hätte, kann man wahrlich nicht behaupten.

Die Erwartung, der Staat könne Problemgruppen bändigen, indem er sie umarmt, ist allzu optimistisch. Statt die Flucht nach vorne zu ergreifen, sollte die Schweiz abwarten, wie sich der Islam entwickelt und ob er sich im Laufe der Zeit an unsere offene Gesellschaft anpasst – was für die hier lebenden Muslime selber wie für den grossen Rest der Bevölkerung nur von Vorteil wäre. Für einen freiheitlich denkenden Menschen ist die neu aufgeflamnte Diskussion um die Religion ohnehin bizarr. Eigentlich sollte der weltliche Staat gar keine religiöse Macht anerkennen. Mit Sicherheit aber nicht eine, die in zentralen Punkten hinter der Aufklärung zurückgeblieben ist.

Thank you, Goethe



Isabel Allende, Dichterin.

Das Mädchen, das laut Kritik die «Königin des Kitsches» oder der «Schmalzliteratur» und ein «kommerzielles Phänomen» werden sollte, lebte im Libanon und war dreizehn Jahre alt. Ihr verstorbener Stiefvater, ein Diplomat, hinterliess ihr und ihren Brüdern eine geheime Kasette. Darin befanden sich Zigarren, Whisky, alte Nummern des *Playboy* und einige mysteriöse Bände: «Tausendundeine Nacht». Die Brüder rauchten und tranken, blättern sich durch die Männermagazine, Isabel hingegen versank in einer Abstellkammer im Licht einer Taschenlampe fiebrig in der orientalischen Erotikwelt. Die Nichte des ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende wurde zuerst Journalistin. Erst mit vierzig begann sie mit dem Bücherschreiben, und im Augenblick, mit 75, ist dieses 1,50 Meter grosse literarische Perpetuum mobile weltweit unterwegs für seinen neuesten Roman, «In the Midst of Winter», auf den ihre hundert Millionen Leserinnen (und in der Minderzahl Leser) in 35 Sprachen süchtig gewartet haben. Spätestens am 8. Januar ist Isabel zurück in ihrem pfirsichfarbenen Haus in San Rafael nördlich von San Francisco, das ihr zweiter Mann nach 28 Jahren Ehe verlassen hat. Das Datum ist für sie ein magischer Tag, ein Aberglaube: Am 8. Januar 1982 begann sie ihren Erstling, «Das Geisterhaus». Ihr Grossvater war mit 99 Jahren gestorben. Mit ihm hatte sie einen dauernden Briefverkehr gepflegt, und sie habe sich «gezwungen, weiterzulaufen, weiterzuleben mit Schreiben». Auch mit Goethes Segen, der sagte: «Der Aberglaube ist die Poesie des Lebens, deswegen schadet's dem Dichter nicht, abergläubisch zu sein.» Sie tackert ihre Bestseller in den Computer, sechs Tage die Woche, neben sich zur Inspiration eine brennende Kerze, wenn die Einfälle stocken, wühlt sie in einem Fundus von Perlen und Steinchen und reiht sie zu Schmuckketten auf. Der Stoff wird Allende nicht ausgehen. Sie ist wieder verliebt. Der neue Mann ist 75, ein New Yorker Anwalt, der sie am Radio hörte und alles stehen- und liegenliess und zu ihr zog. Wie ein Roman, den das Leben schreibt. *Peter Hartmann*

Maurer vs. Parmelin

Von Hubert Mooser — In der SVP streiten sie über den Zivildienst.

Der Bundesrat hat vor einer Woche die Pläne von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann zur Revision des Zivildienstgesetzes abgesegnet. Wie jetzt aus einem vertraulichen Mitbericht hervorgeht, war Finanzminister Ueli Maurer aber nicht einverstanden mit dieser Reform. Er wollte die Hürden für die Zulassung zum Zivildienst höher legen als Schneider-Ammann, wurde dabei aber nicht einmal von Parteikollege Guy Parmelin unterstützt, der als Sicherheitsminister von den strengeren Regeln profitiert hätte.

Dabei klagt Parmelins Armeechef, Philippe Rebord, schon lange, der Zivildienst sei zu attraktiv. Für das Militär werde es immer schwieriger, genügend junge Männer zu rekrutieren. Prompt gleiste Schneider-Ammann, selber Offizier, eine kleine Reform auf. Der Wirtschaftsminister will wenigstens verhindern, dass Absolventen der Rekrutenschule (RS) später in den Zivildienst überlaufen. Das ist eine echte Plage für das Militär – fast 40 Prozent wechselten im letzten Jahr nach der RS in den Zivildienst. Neu sollen darum RS-Absolventen erst nach einer einjährigen Wartefrist zum Zivildienst zugelassen werden. Wer während der RS abschleicht, muss innert eines Jahres zu einem Einsatz von 150 Tagen antreten.

Gewissensprüfung wieder einführen?

Maurer reichten diese Massnahmen nicht. Der Zivildienst könne vielfach innerhalb von Bürozeiten, geschützt vor Witterungseinflüssen und im angestammten professionellen Umfeld geleistet werden, so Maurer. Das mache ihn attraktiver als den Militärdienst.

Damit die Balance wieder stimmt, schlug er in einem Mitbericht weitere Massnahmen vor. Der Zivildienstesinsatz sollte 1,8-mal (heute 1,5-mal) so lange dauern wie der noch zu leistende Militärdienst. Weiter wollte Maurer die Entschädigung für den Zivildienst streichen oder markant kürzen. Wenn das alles nichts bringe, solle man die 2009 abgeschaffte Gewissensprüfung wieder einführen. Maurer scheiterte indessen mit all seinen Anträgen.

Warum ausgerechnet Wehrminister Parmelin gegen die Vorschläge von Maurer ist und er sich im Bundesrat auf die Seite von Schneider-Ammann schlug, bleibt schleierhaft. Parmelin-Sprecher Renato Kalbermatten sagt dazu bloss: «Die Diskussionen in der Bundesrats-sitzung sind vertraulich. Ich kann Ihnen leider nicht weiterhelfen.»



Von der Umfaller- zur Betonpartei: FDP-Chef Lindner steigt plakativ aus den Verhandlungen aus.

Berlin

Merkels langer Abschied

Das grundsolide Deutschland treibt im politischen Durcheinandertal. Ist das Chaos heilsam oder gefährlich? Geht es der FDP um Prinzipien oder um Bluff? Unterschiedliche Antworten, mehrere Befunde.



Christoph Schwennicke,
Herausgeber und
Chefredaktor
Cicero-Magazin

«Es gibt sie doch. Späte politische Gerechtigkeit. Angela Merkels Ende als Kanzlerin

wird eingeläutet, obwohl ihre Abwahl im September nur eine halbe war und sie alles versucht hat, ihrem Ende zu trotzen. Dieses Nein der FDP wird die politische Landschaft umpflügen, auch und gerade personell. Es werden die fallen, die schon nach der Bundestagswahl hätten fallen müssen. Wenn es zu Neuwahlen kommt und Merkel keine persönlichen Konsequenzen zieht, dann wird die Wählerschaft das tun. Das wissen auch in der CDU alle. Also ist Merkel entweder vor der Neuwahl weg. Oder danach. Das Ergebnis ist das gleiche.»



Wilfried Scharnagl, CSU-Urgestein und Vordenker

«Es wächst nicht zusammen, was nicht zusammengehört. Wir von der CSU haben das unsere versucht, aber unglücklich bin ich auch nicht.»



Gregor Gysi,
Vorsitzender der
Europäischen Linken

«Die FDP könnte sich irren, wenn sie meint, grosse Vorzüge aus dem Abbruch für sich ableiten zu können. Ich bin aber noch nicht sicher, ob es tatsächlich bald zu Neuwahlen kommt. Die SPD könnte das Gefühl haben, jetzt viel mehr von der Union erhalten zu können als vor Beginn der Jamaika-Verhandlungen. Allerdings würde es ihr-trotzdem schaden. Nur hat die SPD Schaden für sich noch nie gemieden. Warum sollte sie ihn gerade jetzt meiden?»



Josef Joffe,
Herausgeber Die Zeit

«Deutschland ist nicht Italien, das zurzeit seine 65. Regierung seit Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt, derweil die Bundesrepublik nur acht Kanzler hatte. Ob das Nein der Freidemokraten zu «Jamaika» in Beton gegossen oder nur ein gewaltiger Pokerbluff ist, muss sich noch zeigen. Man sollte aber nicht *all-in* darauf



eigentlich abgeschafft hatte: Dass nämlich Parteien in einem Wettbewerb miteinander stehen. Das ist eine gute Botschaft.»



Matthias Matussek,
Autor

«Kanzlerin Merkel wurde in der Bundestagswahl praktisch abgewählt. Sie hat das Land gespalten und überfordert und komplett die Kontrolle verloren, aber nach dem schlechtesten CDU-Ergebnis seit 1949 gesagt, sie könne nicht erkennen, dass sie irgendwelche Fehler gemacht habe. Also ich wäre an unserer Demokratie verzweifelt, wenn es dieser Königin in ihrem Paralleluniversum gelungen wäre, eine Koalition aus diesem Parteienquartett zu murksen. Neuwahlen ohne alle diese verbrauchten Masken sind die grosse Chance auf einen wirklichen Neubeginn – der FDP sei Dank!»



Thilo Sarrazin,
Ökonom, Buchautor

«Angela Merkel wird einen neuen Versuch mit der SPD unternehmen. In einer erneuten grossen Koalition könnte die SPD deutlich stärker auftreten als bisher. Ich glaube, dass der Beginn des langen Abschieds von Angela Merkel am Sonntagabend um 23.55 Uhr eingeleitet wurde. So oder so wird sie jetzt nur noch als ein Schatten ihrer selbst agieren können. Frank-Walter Steinmeier wird als Bundespräsident Neuwahlen bis zum Äussersten hinaus zögern und eher eine Minderheitsregierung Merkel akzeptieren. Bei Angela Merkel habe ich die Einschätzung, dass sie unbeugsam weitermacht. Sie wird nicht aufgeben oder zurücktreten. Das Grummeln in der CDU wird zunehmen, aber zu einer Meuterei wird es nicht reichen.»



Rainer Brüderle (FDP),
Ex-Bundeswirtschafts-
minister

«Die Bildung einer Regierung, die auf Vertrauen basiert, ist der geschäftsführenden Bundeskanzlerin nicht gelungen. Sie hat den Auftrag zur Regierungsbildung. Wenn man ernst nimmt, was Union und Grüne heute äussern, nämlich, dass sie kurz vor einer Einigung standen, dann könnten sie auch schnell eine Minderheitsregierung bilden. Da ich aber diese angebliche Einigung stark bezweifle, steuert die Republik wohl auf Neuwahlen zu. Da haben dann die Wählerinnen und Wähler die Wahl zwischen einem Weiter-so oder einer wirklichen Modernisierung des Landes, die sich an Mass und Mitte orientiert.»

wetten, dass Angela Merkel die ganzen vier Jahre im Amt bleibt.»



Alice Weidel,
AfD-Fraktionsvorsitzende
im Deutschen Bundestag

«Angela Merkel ist zusammen mit den Jamaika-Sondierungen grandios gescheitert. Die Politik der AfD hat darüber hinaus dafür gesorgt, Schwarz-Grün auf Bundesebene zu verhindern. Das ist gut für Deutschland.»



Jörg Baberowski,
Humboldt-Universität
Berlin

«Die FDP ist standhaft geblieben und hat sich dem Druck der Grünen und ihrer Verbündeten im Staatsrundfunk nicht gebeugt. Dafür müssen Liberale, die sich noch nicht aufgegeben haben, dankbar sein.»



Gertrud Höhler,
Merkel-Biografin und
Autorin des Buches
«Demokratie im Sinkflug»

«Zum ersten Mal erleben wir, dass sich die Demokratie gegen die Demokraten durchsetzt. Die FDP hat ihr Trauma produktiv verarbeitet und unterstrichen, dass sie sich nie mehr ihre Werte wegnehmen lassen wird. Nach fünf Wochen voller Zweifel auf einem illusionären Spielfeld, feiert Wiedergeburt, was Merkel

Wirtschaft

Ein freies Jahr

Von Beat Gygi — Warum es gut ist, dass die Lohnverhandlungen der Baubranche gescheitert sind.

Der Schweizerische Baumeisterverband und die Gewerkschaften Unia und Syna sind unverrichteter Dinge auseinandergelangen. In den Verhandlungen über den Lohn 2018 im Bauhauptgewerbe erzielten sie keine Einigung. Das Angebot der Baumeister, die Löhne um 0,5 Prozent und die Mindestlöhne um 0,3 Prozent zu erhöhen, stiess bei den Gewerkschaften auf Ablehnung. Sie verlangten 150 Franken mehr Lohn pro Monat in den nächsten zwei Jahren. Was heisst das nun für die Baubranche im nächsten Jahr, gibt es einfach keine Veränderungen beim Lohn? So ist es nicht.

Das Scheitern der Verhandlungen bedeutet, dass jedes Unternehmen frei ist, seine Lohnpolitik selber zu bestimmen. Es kann also durchaus Lohnerhöhungen geben, je nach dem Entscheid der jeweiligen Firmenführung. Was

Das bedeutet, dass jede Firma frei ist, seine Lohnpolitik selbst zu bestimmen.

durch die gestoppten Gespräche unterbunden wurde, sind Lohnerhöhungen im Rahmen des Landesmantelvertrages, also des für alle geltenden Gesamtarbeitsvertrags, der noch bis Ende 2018 gilt. Anders gesagt: Im privaten Handeln bleiben die Sozialpartner flexibel.

Das wäre der Weg, den man auch in den Verhandlungen über den neuen Landesmantelvertrag gehen müsste. Die uniform geltenden Regeln wären durch Wahlmöglichkeiten zu lockern, wenn man die sich abzeichnenden Veränderungen an den Arbeitsmärkten möglichst gut meistern will. Die Digitalisierung scheint zwar noch nicht allzu stark auf Beschäftigung und Stellentypen zu wirken, aber in den oberen Altersklassen wird mit steigender Lebenserwartung irgendwann eine grössere Lohnflexibilität dringlich.

Es wird nicht einfach sein, Modelle zu finden, bei denen Arbeitnehmer in den Jahren vor der Pensionierung stärker nach der naturgemäss nachgebenden Produktivität entlohnt werden. Der Baumeisterverband beteuert, dass der Landesmantelvertrag mit seinen Lohnansätzen der arbeitnehmerfreundlichste Gesamtarbeitsvertrag für Handwerker in der Schweiz sei. Bei Verhandlungen über den neuen Vertrag wird allerdings das hohe Niveau nicht viel nützen, denn für die Gewerkschaften sind die Zugeständnisse wichtig, die sie der Gegenseite abringen.

Ungekrönte Königin

Von René Zeller — Karin Keller-Sutter klebt der Erfolg an den Schuhen. Nur einmal stolperte die designierte Ständeratspräsidentin, als das Parlament dem freisinnigen Multitalent den Zutritt zum Bundesratszimmer verwehrte. Das muss nicht so bleiben.



Argumentative Bärenkräfte: Ständerätin Keller-Sutter.

Wahlen im Ständerat ähneln Ritualen im chinesischen Volkskongress. Gegenstimmen sind unerwünscht. Karin Keller-Sutter, designierte Präsidentin der Kleinen Kammer, hat also nichts zu befürchten. Vom Montag an wird sie vom präsidialen Thron herab die Debatten im Stöckli moderieren. Dieser Aufgabe blickt sie, wie sie im Gespräch unumwunden zum Ausdruck bringt, freudig und stolz entgegen.

Ein Jahr wird die Regentschaft der 53-jährigen St. Galler Ständerätin dauern. Das Amt kommt einer Auszeichnung gleich für die FDP-Politikerin, die unzweifelhaft das landesübliche Mittelmass sprengt. Karin Keller-Sutter hatte bereits als Regierungsrätin Nägel mit Köpfen produziert. Als kantonale Justiz- und Sicherheitsdirektorin fasste sie Fussball-Hooligans hart an, indem sie Schnellrichter auf randalie-

rende Fans ansetzte. Sie engagierte sich für Verschärfungen im Asylwesen, ging mit einem Gesetz gegen häusliche Gewalt und im Kampf gegen Zwangsehen schweizweit voran.

«Eiserne Lady»

Die vielbeachteten Massnahmen hatten Nebenwirkungen. Karin Keller-Sutter wurde das Etikett einer «Eisernen Lady» angeheftet. Dabei hatte sie während ihrer St. Galler Regierungstätigkeit öfter betont, dass ihr andere Terrains – Bildung, Wirtschaft – eigentlich näherlägen. Nach ihrer Wahl in den Ständerat, die sie 2011 spielend schaffte, setzte sie denn auch rasch neue Akzente. Die populäre Ostschweizerin profilierte sich als Aussenpolitikerin. Sie arbeitete sich akribisch in wirtschaftspolitische Dossiers ein. Und als Mitglied der ständerätlichen Sozialkommission avancierte sie im Seilziehen um die Rentenreform zu einer Schlüsselfigur. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt, der im Hintergrund die Fäden gezogen hatte, attestiert

Der Aufstieg in die bundespolitische Beletage fiel der standfesten Liberalen nicht in den Schoss.

Keller-Sutter, sie habe mit ihrem Einsatz «wesentlich dazu beigetragen, dass wir die Abstimmung gegen die Scheinreform der Altersvorsorge gewinnen konnten».

Der Aufstieg in die bundespolitische Beletage fiel der standfesten Liberalen nicht in den Schoss. Als die St. Galler Regierungsrätin 2010 ins Rennen um die Nachfolge für Bundesrat Hans-Rudolf Merz stieg, wurde sie als Rechtsauslegerin beargwöhnt, als kantonale Statthalterin der von Bundesrat Blocher verfochtenen Asylpolitik. Ihr Beziehungsnetz war zu wenig engmaschig. Das Parlament zog den gesetzten Berner Nationalrat und Unternehmer Johann Schneider-Ammann vor. Die Linke zog mit, ihre notorische Forderung nach mehr Frauenpower negierend. Jetzt aber wird niemand mehr behaupten, die Ostschweizer Powerfrau sei ein unbeschriebenes Blatt.

Worauf gründet der politische Instinkt, der Karin Keller-Sutter eigen ist? «Meine Karriere hat am Wirtshaustisch begonnen», pflegt sie dazu zu sagen. Ihre Eltern führten im sankt-gallischen Städtchen Wil das Restaurant «Ilge». Der Vater, ein Gewerbler mit

fast tausend Aktivdiensttagen auf dem Buckel, habe ihr den Weg auf die liberale Spur gewiesen. Obschon katholisch-konservativem Milieu entstammend, habe sie sich früh dem Freisinn angeschlossen. Weder das damalige Frauenbild der CVP noch deren Position zur Fristenregelung habe sie gutheissen können.

Dass die mit dem Mediziner Morten Keller verheiratete Politikerin kinderlos geblieben ist, ist nicht der Karriere, sondern zwei Fehlgeburten geschuldet. Privates klammert Karin Keller-Sutter nicht aus. Gleichwohl wird die zierliche und stets akkurat gestylte Frau, die im politischen Ring argumentative Bärenkräfte entwickeln kann, von Weggefährten mitunter als unnahbar und – auch von Frauen – als überhehrgeizig apostrophiert. Das ist so in der Schweiz: Wer aus dem Mittelmass heraustragt, ist suspekt.

Der Ostschweiz verpflichtet

Getreu der Regel, dass Ständeräte erst sekundär der Partei verpflichtet sind, fühlt sich Karin Keller-Sutter im Bundeshaus primär im Dienste der Ostschweizer Belange. Erfolge habe sie seit 2011 namentlich in Infrastrukturvorhaben erzielt. Die Fernverkehrslinie St. Gallen–Chur habe im Parlament erst kurz vor Torschluss Aufnahme ins Bahnausbauprogramm Fabi gefunden. Engpässe im Ostschweizer Strassennetz seien höher priorisiert, der Support für die Stiftsbibliothek St. Gallen erstritten worden. Dass die Ostschweizer keine Weltmeister im Lobbying sind, verhehlt Keller-Sutter allerdings nicht: «Manchmal wünschte ich mir schon ein energischeres Auftreten unserer Regierung in Bundesbern.»

Der Kanton St. Gallen verfügt zurzeit über das spektakulärste Tandem im Stöckli. Ihr Amtskollege, der Gewerkschaftskoloss Paul Rechsteiner, gehörte zu den Baumeistern der (gescheiterten) Rentenreform, die freisinnige Jeanne d'Arc kämpfte zuvorderst dagegen. «Wenn es um die Interessenvertretung der Ostschweiz geht, harmonieren wir gut», sagt Keller-Sutter. «In wirtschaftspolitischen Fragen kämpfen wir mit Respekt gegeneinander.»

Imagewechsel sind schlagzeilenträchtig. 2013 titelte der *Blick*: «Karin Keller-Sutter wird Super-Lobbyistin der Wirtschaft». Die fette Zeile war dem Gerücht geschuldet, dass die einstige Law-and-Order-Regierungsrätin in den Vorstand von Economiesuisse eintreten werde. Das war zwar eine Ente. Aber Faktum ist, dass unzählige Anfragen von Verbänden und Firmen auf die Ständerätin niederprasselten. Beim Arbeitgeberverband wirkt sie im Vorstandsausschuss mit, sie präsidiert den Detailhandelsverband Swiss Retail Federa-

Die Scheinwerfer werden sich auf Keller-Sutter richten, sobald Schneider-Ammann demissioniert.

tion, hält Mandate bei der Bâloise-Versicherung und in mehreren Pensionskassen. Aus dem Verwaltungsrat der NZZ-Mediengruppe ist sie nach vierjähriger Amtszeit 2016 wieder ausgeschieden, nachdem die Ellbogenfreiheit des St. Galler Schwesterunternehmens markant geschmälert worden war.

«Ich bin wirtschaftsnah, habe einen geeichten Kompass», urteilt Karin Keller-Sutter über sich selber. Als Briefträgerin einzelner Branchen will sie sich aber nicht verstanden wissen, auch nicht als Vollzugsgehilfin von Verbänden. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt wagt nicht zu widersprechen: «Ständerätin Keller-Sutter ist eine unabhängige Persönlichkeit, die klare und eigenständige Meinungen vertritt.»

Favoritin wider Willen

Als Ständeratspräsidentin wird Karin Keller-Sutter temporär mehr als Moderatorin denn als Taktgeberin agieren. Ausklinken wolle sie sich aber nicht, betont sie. Ihre drei strategischen Prioritäten – Verhältnis zu Europa klären, Steuersystem reformieren, Renten sichern – werde sie in den Kommissionen weiterhin aktiv bewirtschaften. «Eine Reform der Altersvorsorge, die soziale Abfederungen umfasst, ist zu schaffen.» Die Linke müsse aufhören, Wunden zu lecken. Der Schlüssel für einen tragfähigen Kompromiss liege bei der CVP. Eine kaum weni-

ger wichtige Rolle wird der freisinnigen Ständerätin aus St. Gallen zukommen.

Denkbar ist allerdings, dass Karin Keller-Sutters Agenda durcheinandergeschüttelt wird. Ob Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der im kommenden Februar 66-jährig wird, bis 2019 im Amt bleiben wird? Sobald er demissioniert, werden sich die Scheinwerfer subito auf Karin Keller-Sutter richten.

Die Favoritin für die Nachfolge ihres einstigen Bezwingers Schneider-Ammann steckt im Dilemma. Nach ihrer Niederlage im September 2010 hat Karin Keller-Sutter gebetsmühlenartig betont: «Man kandidiert nur einmal für den Bundesrat.» Sie sei 2010 nicht gewählt worden. Das Thema sei damit erledigt.

Und jetzt? Die diplomierte Konferenzdolmetscherin ist ein gergesehener Gast in Westschweizer Diskussionsrunden, weil sie astrein Französisch spricht. Als Frau hat sie ohnehin gute Karten, auch wenn sie bei der Geschlechterfrage den Ball stets flach gehalten hat. «Frauen haben keine Defizite und müssen nicht speziell gefördert werden», lautet ihre Devise. Klar sei allerdings, dass Macht und Verantwortung geteilt werden müssten.

Ungeachtet dieser Aussagen ist die freisinnige Frauenlobby entschlossen, bei der nächstmöglichen Gelegenheit zu reüssieren. Irene Thalmann, Generalsekretärin der FDP-Frauen, sagt auf Anfrage: «Wir stehen mit Karin Keller-Sutter im engen Kontakt.» Selbstverständlich sei die St. Galler Ständerätin eine valable Kandidatin. Um den Anspruch der FDP-Frauen zu unterstreichen, nennt Thalmann weitere Bewerberinnen, die dereinst Bundesrat Schneider-Ammann beerben könnten: die Nationalrätinnen Petra Gössi, Christa Markwalder, Regine Sauter, die frühere Fraktionschefin Gabi Huber, die Zürcher Regierungsrätin Carmen Walker Späh.

Und was sagt Karin Keller-Sutter selber? «Ich bin Ständerätin, das ist das schönste Amt, das ich mir vorstellen kann. Ich strebe nichts anderes an.» Diese Worte sind mit Bedacht gewählt. Sie sagt jedenfalls nicht mehr explizit, dass die Causa Bundesrat für sie erledigt sei. Was der Königsanwärterin noch fehlt, ist die Krone. ○

EMPFOHLEN VON DER
Stiftung Lesen

Die schlaue Geschenkidee

Nur bis
Weihnachten:
Mit gratis
Freundschafts-
Buch



SPICK

www.spick.ch

Personenkontrolle

Bättig, Burkhalter, Riklin, Nadelmann, Manz, Bünger, Leupi, Brotz, Schawinski, Matter, Wermuth, Stöckli, Fricker, Blattmann, Parmelin, Schmid, Pelli, Augstein, Merkel

Benno Bättig, Aufsteiger, gibt mit seinen Karriereprüngen vielen Bundesangestellten Rätsel auf. Der frühere Generalsekretär und Stabschef von Aussenminister **Didier Burkhalter** (FDP) – und in dieser Funktion auch einer der Strippenzieher bei Personalrochaden im Departement für auswärtige Angelegenheiten – war in den letzten Wochen wiederholt und für längere Zeit krankgeschrieben. Nichtsdestotrotz hat Burkhalter vor dem eigenen Abgang seinem treuen Paladin ganz schnell noch ein lukratives Pöstchen verschafft. Bättig wechselt in den konsularischen Dienst nach San Francisco. (*hmo*)

Kathy Riklin, Stadtzürcherin, muss vielleicht demnächst umziehen. Denn was lange schwelt, wird besser, aber noch lange nicht gut. Fast fünf Jahre ist es her, seit die *Weltwoche* (Nr. 4/13) erstmals darüber berichtete, welche prominenten Besserverdiener die Stadt Zürich alle in ihren vergünstigten Wohnungen wohnen lässt: Opernsängerin **Noëmi Nadelmann**, die Söhne von Hotelier-Dynastin **Ljuba Manz**, die Gattin von Promi-Zahnarzt **John Schnell** (†) oder den inzwischen verstorbenen grünen Alt-Nationalrat **Dani Vischer**. Das stossendste Beispiel betrifft das Limmatufer-Haus «Zum Steinböckli» an der Schipfe: Dort leben der ehemalige Direktor des städtischen Wasserwerks, der ehemalige Stadtbaumeister sowie eben CVP-Nationalrätin **Kathy Riklin**. Unter dem beharrlichen Druck des jungen FDP-Gemeinderates **Pablo Bünger** wird die Regelung nun wenigstens ein bisschen verschärft: Der Anteil der Gutsituierten in den städtischen Billigwohnungen («Kostenmiete») soll von derzeit 18 auf maximal 15 Prozent gesenkt werden. Spätestens bei einem steuerbaren Einkommen von 250 000 soll Schluss sein. Welche prominenten Besserverdiener weichen sollen, darüber hüllt sich das Departement des grünen Finanzvorstehers **Daniel Leupi** noch in Schweigen. (*cal*)

Sandro Brotz, televisionärer Inquisitor, duelliert sich als «Rundschau»-Moderator seit fünf Jahren mit Hinz und Kunz. Seinem Vorbild **Roger Schawinski**, den er in jungen Jahren als Fragesteller des Zürcher Guerilla-Senders Taxi-TV befragen durfte, steht Brotz inzwischen punkto provokant-dreister Interviewführung in nichts mehr nach. An einem Anlass der



Sparberater: Rudolf Matter.



Keine unmittelbare Bedrohung: André Blattmann.



Umzug mit Hofstaat: Jürg Schmid.

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften gab der silberbärtige SRF-Frontmann Einblick in sein Handwerk. Mindestens zwei Tage und zwei Nächte bereite er sich auf seinen Gast vor. Natürlich wisse er, dass seine Arbeit nicht überall gut ankomme. Deshalb lese er nach den Gesprächen Rückmeldungen und Kommentare oftmals gar nicht erst. Und manchmal frage er sich schon, fügte Brotz larmoyant an, «weshalb ich mir das antue». Unser Mitleid gilt, offen gestanden, eher den Befragten als dem Fragesteller. (*tz*)

Rudolf Matter, Consultant, berät die deutsche ARD dabei, wie sie einen dreistelligen Millionenbetrag einsparen kann. Dafür stellt er unentgeltlich ein bis zwei Arbeitstage pro Monat zur Verfügung. Das entsprechende Engagement des SRF-Direktors hatte die *Handelszeitung* bereits im März publik gemacht. Damals hiess es, das Mandat dauere «vorerst bis September». Auf Anfrage der *Weltwoche* bestätigt die SRG nun, dass Matters Mandat verlängert wurde: Die Aufgabe läuft neu erst «Ende Dezember aus». Das Gute dabei: Sollte irgend-



Rinks oder lechts? Cédric Wermuth.



Was lange schwelt: Kathy Riklin.

wann auch einmal bei der SRG gespart werden, dann weiss Matter schon, wie es geht. (*fsc*)

Cédric Wermuth, Bedenkenträger, gibt sich entrüstet. Für den SP-Nationalrat aus dem Kanton Aargau und seine Partei ist es unverständlich, wie die rechte Mehrheit in Bundesrat und Parlament sozialpolitische Projekte wie Vaterschaftsurlaub, Erhöhung der Kinderzulagen oder höhere AHV-Renten mit Verweis auf angeblich leere Kassen ablehnen kann, während sie für Olympia ohne weiteres eine Milliarde Franken lockermachen will. Es ist indes nicht ganz klar, ob Wermuth manche seiner Parteikollegen ebenfalls zur rechten Mehrheit zählt. Denn keiner trommelt derzeit im Parlament lauter für Olympische Spiele in der Schweiz als der Berner SP-Ständerat **Hans Stöckli**. (*hmo*)

Jonas Fricker, gefallener Debattierer, rappelt sich wieder auf. Der Aargauer Grüne hatte sich im Nationalrat rhetorisch im Holocaust-Sumpf verirrt und seinen Rücktritt aus der Grossen Kammer eingereicht. Doch die Katze lässt das Mäusen nicht. Unlängst luden Vertreter des

Aargauer Jugendparlaments aktive Politikerinnen und Politiker zu einem Contest namens «Speed-Debating» ein. Auch Fricker warf sich ins Getümmel, und siehe da: Die anwesenden Jugendlichen kürten den grünen Debattierer, der soeben in den Fettnapf des Jahres geplumpst war, gemäss *Aargauer Zeitung* zum Mann mit dem «üppigsten politischen Sex-Appeal». Steht nach diesem Triumph das Comeback des Jahres bevor? Jonas Fricker meinte sibyllinisch: «Ich bin und bleibe ein politischer Mensch.» (rz)

André Blattmann, Pensionär, kehrt zurück zu seinen militärischen Wurzeln. Seine Sporen verdiente der ehemalige höchste Schweizer Offizier in der Fliegerabwehr ab, wo er als Instruktor das Wissen vermittelte, wie man Flugzeuge vom Himmel holt. Ab 2018 soll der 61-jährige Blattmann im Verwaltungsrat der Flugesellschaft Swiss das Wissen vermitteln, wie man möglichst viele Flugzeuge zum Fliegen bringt. Dieser Seitenwechsel ist insofern ungewöhnlich, als lufteprobte Schweizer Generäle nach ihrer Militärkarriere eher als Lobbyisten bei der Rüstungsindustrie anheuern. Weil die Swiss nach allgemeinem Wissensstand keine Kampffjets im Sortiment hat, stellt der einstige Armeechef Blattmann keine unmittelbare Bedrohung für Bundesrat **Guy Parmelin** dar. (rz)

Jürg Schmid, Zampano der Tourismusbranche, sorgt für Aufregung. In den letzten Tagen sickerte durch, dass der scheidende Direktor von Schweiz Tourismus (ST) einen Teil seines Hofstaates abzügelt. Wie bereits bekannt ist, macht sich Schmid nach achtzehn Jahren an der Spitze von ST selbständig und will, nebst dem neuen Mandat als Präsident von Graubünden Ferien, mit einer PR-Firma künftig die Tourismusbranche aufmischen. Sein langjähriger Stabschef bei Schweiz Tourismus, **Tiziano Pelli**, wird ihm auf Ende Januar in die Selbstständigkeit folgen. Gross ist nun die Unruhe bei Schweiz Tourismus, dass weitere Schmid-Getreue dem Beispiel Pellis folgen könnten. (hmo)

Jakob Augstein, Brandstifter von links, leistet sich gerne immer wieder einmal eine sprachliche Entgleisung. Bei den Gewaltkrawallen in Hamburg twitterte er fasziniert, der Preis müsse «so in die Höhe getrieben werden, dass niemand eine solche Konferenz ausrichten will». Angesichts der sexuellen Belästigungen in der Kölner Silvesternacht liess er wissen: «Ein paar grapschende Ausländer, und schon reisst bei uns der Firnis der Zivilisation.» Einen neuen Tiefpunkt setzte Augstein mit einem Tiervergleich anlässlich von Bundeskanzlerin **Angela Merckels** nach wie vor stabiler Position in der CDU: «Merkel erinnert inzwischen an Insekten, die sogar noch den Atomkrieg überleben. Sie bleibt einfach immer übrig.» Wenn das ein rechter Politiker sagen würde. (fsc)

Nachruf



Beharrliches Schweigen: Salvatore Riina.

Salvatore «Totò» Riina (1930–2017) — Die «Bestie» der sizilianischen Mafia herrschte und mordete 24 Jahre im Untergrund und verbrachte die letzten 25 Jahre seines Lebens in wechselnden Hochsicherheitstrakten. Der geheimnisvolle «u curtu» (er mass nur 1,56 Meter) hatte lange nur das Gesicht eines alten Passbildchens und eines Ferienfotos beim Taubenfüttern in Venedig. Der Boss aller Bosse der Cosa Nostra aus dem Bergstädtchen Corleone tauchte 1969 ab und begann den blutigsten Krieg, der je ein Land in Friedenszeiten terrorisierte: gegen rivalisierende Banden in Palermo, gegen den Staat mit Massenmorden an Polizisten, Richtern, Politikern, Geschäftsleuten, Rivalen und

reumütigen Verrätern aus den eigenen Reihen. Seine klandestine Schreckensherrschaft fusste auf einer nie restlos geklärten Kollusion mit Behörden und Parteien bis nach Rom. Kronzeuge Di Matteo berichtete von dem legendären Respektskuss zwischen Riina und dem langjährigen christdemokratischen Regierungschef und Drahtzieher **Giulio Andreotti**. Die Schlinge um Riina zog sich zusammen, nachdem die Mafia 1992 innerhalb von 57 Tagen die Untersuchungsrichter **Falcone** und **Borsellino** mit spektakulären Sprengstoffanschlägen beseitigt hatte, aus Rache gegen den «Maxiprocesso» in Palermo mit Hunderten von verurteilten Mafiosi, darunter Riina selber.

Am 15. Januar 1993 wurde der Gangster in seinem Auto am Stadtrand von Palermo gefasst. Er hatte mit seiner Frau **Ninetta**, einer Lehrerin, und den vier Kindern unbehelligt in einer Stadtvilla gelebt. Ein Rätsel blieb auch, weshalb das Haus nach Riinas Verhaftung nicht durchsucht wurde. Hinter den Gefängnismauern hat er beharrlich geschwiegen. Die dezimierte sizilianische Cosa Nostra verlor ihre wichtigsten Geschäftsfelder im öffentlichen Auftragswesen und zahlt als Arbeitgeber den Familien von Strafgefangenen bloss noch 750 Euro monatlich. Den Drogenhandel kontrolliert die brutale **Camorra** in Neapel, als globaler operativer Arm des organisierten Verbrechens hat sich die unauffällige kalabrische **'Ndrangheta** etabliert. Welchen Schatz Riina gebunkert hat, weiss angeblich niemand ausser seinem drittgeborenen Sohn **Salvo**, 40, der in der Verbannung in Padua lebt. *Peter Hartmann*

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Wieso KMU keine «industrielle» Betriebe sind

ab Montag, 27. November 2017,
täglich um 17.35 Uhr

auf diesen Sendern:



und unter:

www.fokus-kmu.tv



«Gelassenheit und Augenmass»: Manager Dörig.

Rede der Woche

Vertrauen aufbauen

Von Rolf Dörig — Die Digitalisierung eröffnet ungeahnte neue Möglichkeiten. Der Wirtschaft bringt sie grosse Chancen, wenn die Unternehmen ihre Pflichten wahrnehmen. Plädoyer für eine digitalisierte Wirtschaft, die sich an den Menschen orientiert.

In der Schweiz kommt die Digitalisierung zunehmend in Schwung, in vielen Unternehmen und an Veranstaltungen sind die möglichen Umwälzungen ein Top-Thema. Wie kann es auch anders sein: Im Jahr 2017 das Thema Digitalisierung nicht in den Mittelpunkt zu rücken, scheint fast undenkbar. Kaum ein Tag, an dem keine News oder umfassenden Berichte zum Thema in den Meinungsmarkt gelangen. Doch ist das wirklich Grund genug, hier die Revolution auszurufen, wie es das Konferenzmotto suggeriert?

Meine Frage lässt erkennen: Ich plädiere in der Digitalisierungsdebatte für ein grosses Mass an Gelassenheit und für Augenmass.

Natürlich haben wir allen Grund, uns intensiv Gedanken darüber zu machen, was Digitalisierung für all unsere Lebensbereiche wirklich bedeutet. Es wäre naiv, die Auswirkungen

der technologischen Entwicklungen kleinreden zu wollen. Und doch bin ich diesbezüglich eher nüchtern unterwegs, zögere, wenn da von Revolution die Rede ist. In der Wirtschaft sind wir seit den neunziger Jahren durch das Internet herausgefordert, und die eigentliche Technologie dahinter geht in die siebziger Jahre zurück. In der Zwischenzeit haben sich neue Geschäftsmodelle und unglaublich viele Dienstleistungen entwickelt – und gleichzeitig wurde jedoch nicht einfach alles zur Seite gespült, was eine liberale Wirtschaftsordnung und die Art ausmacht, wie die Menschen handeln und empfinden.

Was für eine Zeit!

Ich habe einige wirtschaftliche Zyklen durchlebt. Wir haben miterlebt, dass fundamentale Veränderungen immer mehr Zeit in Anspruch

nehmen, als dies in den Phasen der Euphorie angenommen wird. Das hat viel mit der Natur des Menschen zu tun: Unsere Adaptationsfähigkeit kennt ihren eigenen Rhythmus. Nur ein Teil der dramatischen Voraussagen von Fachleuten schlägt nachhaltig auch in der Realität Wurzeln. Wir erinnern uns an die Dynamik in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, als sich die sogenannte *dot-com bubble* in der Euphorie aufblähte und dann glorios platzte. Was für eine Zeit! Was wir damals alles glaubten und in der herrschenden Begeisterung über die Visionen auch gewissermassen als *Fait accompli* betrachteten!

Zugegeben – die Vergangenheit ist nicht immer der Massstab dafür, wie sich die Zukunft gestalten wird. Ich selber sehe mich in derlei Diskussionen als Optimist und gehöre zu denen, die sich an längeren Zeitreihen und Ent-

wicklungen orientieren. In diesem Punkt heisst das: Neue Technologien haben stets ökonomisches Wachstum stimuliert, indem sie die Produktivität gesteigert und die Kosten gesenkt haben. Neue Technologien kreieren neue Möglichkeiten, zu arbeiten, zu gestalten, ja letztlich die Gesellschaft als Ganzes weiterzubringen.

Diese Betrachtungsweise bedingt aber auch, das Phänomen ganzheitlich anzuschauen. Wenn wir heute von Digitalisierung sprechen, reden wir meist von einem unscharfen Begriff, der viele unterschiedliche Facetten umfasst.

«Wer über 65 Jahre hinaus arbeiten will, soll dies auch können – und davon profitieren.»

Einerseits geht es um die immensen technologischen Möglichkeiten und die gesellschaftlichen Aspekte. Und andererseits um die wirtschaftlichen und psychologischen Auswirkungen, die uns Menschen fordern, aber auch weiterbringen.

Was heisst das für mich persönlich? Als Verwaltungsratspräsident von Adecco und Swiss Life habe ich das Privileg, in zwei für die Menschen äusserst relevanten Bereichen tätig zu sein: in der Welt der Arbeit und der Vorsorge. Das prägt meine Betrachtungsweise. Arbeit und Vorsorge sind gesellschaftliche Schlüsselthemen, denen man nur in einer langfristigen Perspektive gerecht wird – auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen. Ich möchte dies anhand von drei Thesen darlegen:

1) Digitalisierung ist keine rein technologische Herausforderung, sondern eine soziale. Sie birgt das Risiko von Entsolidarisierung, sozialer Unruhe und staatlicher Intervention.

Digitalisierung verstehe ich als Anwendung von Internettechnologien zur Kommunikation zwischen Menschen, Maschinen und Produkten. Anwendungsgebiete sind Automatisierung, künstliche Intelligenz, Big Data Analytics und Cloud-Computing. Technologie bildet den Kern, um den sich alles dreht.

Wir dürfen uns in der Debatte aber nicht nur auf den technologischen Aspekt beschränken. Der Mensch um den technologischen Kern ist ebenso entscheidend. Die Digitalisierung birgt das Risiko von Entsolidarisierung, sozialer Unruhe und staatlicher Intervention.

Zum einen wird die Technologie gewisse Berufe ergänzen und ganz neue Jobprofile schaffen, zum anderen werden bestimmte Beschäftigungen einfach verschwinden. Unmittelbare Gewinner werden jene sein, die über eine angemessene Ausbildung und das nötige Wissen verfügen. Sie können sich rasch anpassen. Die Technologie wird die Berufswelt so gesehen

noch stärker polarisieren, und die Ausbildung jedes Einzelnen wird noch wichtiger, als sie heute schon ist.

Gefahr von mehr staatlicher Regulation

Die neuen Technologien werden Wachstum, enormen Reichtum und Verbesserungen in vielerlei Aspekten unseres Lebens schaffen, zugleich aber auch Verlierer hervorbringen. Damit entsteht sozialpolitischer Sprengstoff. Ich sehe deshalb die Gefahr von zusätzlicher staatlicher Regulation und Intervention, was in letzter Konsequenz zu schlechteren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft oder gar zu Einschränkungen von digitalen Technologien und Kanälen führen würde. Regulierung verhindert die Digitalisierung nicht, aber die Anpassungsfähigkeit der Menschen an sie. Daraus könnte sich ein Teufelskreis entwickeln, der Innovation und Wachstum verhindert.

Eine soziale Zeitbombe ist die in vielen Ländern hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die Suche nach Arbeit ist für Millionen junger Menschen ein langwieriger Kampf, da bedarf es beträchtlicher Investitionen in Aus- und Weiterbildung von höchster Qualität. Junge Menschen sollten Qualifikationen erhalten, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden, sie brauchen Zugang zu sozialer Sicherheit und Chancengleichheit. Je besser ihre Ausbildung, desto eher werden sie sich an die Herausforderungen der Digitalisierung anpassen können.

Darin liegt die Krux: Die Digitalisierung bringt uns zwar ungeahnte Möglichkeiten für die Verbesserung der Chancengleichheit und die Beschäftigung der jungen Menschen. Aber die technologische Entwicklung wird ihr enormes Potenzial nicht zur Entfaltung bringen können, wenn gegenüber der Art und Weise, wie Digitalisierung die Arbeitswelt verändern wird, tiefgreifender Widerstand erwächst. Es bedarf deshalb einer engen Zusammenarbeit und des Zusammenhalts aller Stakeholder wie der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft sowie der Bildungsinstitutionen, um den sozialen Folgen der Digitalisierung angemessen zu begegnen.

Es ist nötig, dass die Menschen die Digitalisierung als Chance erfahren, dass sie es mit Leistung auch in einer digitalisierten Welt zu etwas bringen können. Aufstiegschancen und soziale Mobilität schaffen Vertrauen in unser Wirtschaftssystem. Die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sind gleichermaßen gefordert. Sie müssen über den rein technologischen Aspekt der Digitalisierung hinausdenken und anerkennen, dass es hier um eine fundamentale Transformation der sozialen Systeme geht. Dies führt zu meiner zweiten These:

2) Wir müssen Arbeit neu denken – technologische und demografische Entwicklungen verändern die Berufswelt fundamental.

Menschen, Maschinen und Algorithmen sind in Kombination die Treiber einer Arbeits-

welt der Zukunft, die neues Wissen und neue Fähigkeiten fördern und fordern wird. Die industrielle Logik des 20. Jahrhunderts wird mit der Digitalisierung aus den Angeln gehoben. Neue Geschäfts- und Organisationsmodelle treten an ihre Stelle, die alle Bereiche unserer Gesellschaft tangieren werden. Kritiker befürchten, dass die neuen Technologien die Arbeitnehmer versklaven und dass diesen Armut und Verzweiflung drohen. Die Befürworter einer digitalisierten Welt sehen hingegen, dass diese Fortschritt brächten, der die Arbeiter von mühsamen und langweiligen oder gar gefährlichen Arbeiten befreien würde. Beides ist nicht ganz richtig und nicht ganz falsch.

Die Geschichte zeigt, dass es zumindest in einer Übergangsphase auch zu einem Mangel an Fachkräften kommen wird, die mit dieser neuen Welt umzugehen verstehen. Dabei spielt Demografie eine zentrale Rolle. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der demografischen Entwicklungen werden in vielen Lebensbereichen immer noch massiv unterschätzt. Wir leben immer länger, und wenn die Lebenserwartung auf neunzig oder sogar hundert Jahre steigt, verschiebt sich das gesellschaftliche und ökonomische Koordinatensystem grundlegend.

Hier sehe ich die Dynamik, die eine digitale Ökonomie in Gang setzt, als grosse Chance. Immer mehr Menschen werden in wechselnden Arbeitsmodellen tätig sein. Weiterbildungen und Zweitausbildungen werden zur Normalität. Und immer mehr Menschen werden – auch über das Pensionsalter hinaus – länger als heute berufstätig sein wollen, weil sie sich fit fühlen und weil sie dies als sinnstiftend empfinden – und weil sie unterstützt werden durch neue Technologien, die Kollaboration nicht nur unabhängig von Ort und Zeit mög-

«Hier sehe ich die Dynamik, die eine digitale Ökonomie in Gang setzt, als grosse Chance.»

lich machen, sondern auch über Generationen hinweg. Dies bedingt allerdings eine Beschäftigungspolitik, die Flexibilität im Arbeitsmarkt mit sozialer Absicherung und vor allem mit Mobilität, Weiterbildung und Unternehmertum kombiniert.

Die zunehmende Langlebigkeit der Bevölkerung wird in Europa oft als Belastung dargestellt. Man verweist auf überlastete Sozialversicherungssysteme und Pensionskassen oder auf die Tatsache, dass die Staatsfinanzen heute kaum das abbilden, was die demografische Zeitbombe dereinst verursachen wird. Doch diese Sichtweise scheint mir allzu eng. Längeres Leben ist nicht einfach eine Last, sondern eine Chance, weiter zu wachsen, zu lernen und besser zu leben. Schliesslich ist Langlebigkeit keine Selbstverständlichkeit,

Schulter an Schulter

Die Digitalisierung soll auch durch die Kooperation privater Firmen mit staatlichen Unternehmen vorangetrieben werden. Wohin führt das?



Bundsrätin Leuthard am 1. Digitaltag.

Am Dienstag ist die Schweiz mit dem ersten landesweiten Digitaltag offiziell und feierlich ins digitale Zeitalter geschubst worden oder jedenfalls über eine Schwelle, von der aus die neue Welt sichtbar sein soll. Zur Eröffnung der Veranstaltung verkündete Bundespräsidentin Doris Leuthard auf der Bühne im Zürcher Hauptbahnhof, man zünde nun «die erste Stufe der Digitalisierungsrakete Schweiz». Getragen wurde die überregional organisierte Veranstaltung praktisch von den Firmen der Vereinigung Digitalswitzerland, die in einer Art privat-öffentlicher Kooperation in der Schweiz die Digitalisierung voranbringen wollen. Behörden, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Forschung sollen zusammengebracht werden. Der öffentliche Charakter wurde dadurch unterstrichen, dass der Tag unter dem Patronat von Bundespräsidentin Doris Leuthard und Bundesrat Johann Schneider-Ammann stand, mit von der Partie war auch Bundesrat Alain Berset.

Der Digitaltag war eigentlich die auf breite Publikumswirkung ausgerichtete Verstärkung der nationalen Konferenz «Digitale Schweiz», die tags zuvor in Biel vom Bund organisiert worden war, ebenfalls mit der Beteiligung Leuthards und Schneider-Ammanns. Die Schauplätze für den vom

Schweizer Fernsehen optisch betreuten und online ins Netz übertragenen Digitaltag waren in Zürich, Genf, Lugano und Chur eingerichtet, daneben gab es Dutzende von lokalen Veranstaltungen im Land draussen, aber das Hauptspektakel spielte sich in Zürich ab.

Die Szenen beim Gang durch den Zürcher Bahnhof erinnerten an Filme, in denen die Helden Schulter an Schulter den Herausforderungen entgegengehen. Bundespräsidentin Leuthard schritt voran, neben ihr hielt sich Marc Walder, Ringier-Konzernchef und treibende Kraft bei Digitalswitzerland, leicht dahinter SBB-Chef Andreas Meyer.

Digitale Identität

Leuthard lobte unter anderem die von Bund und Privatwirtschaft gemeinsam erarbeitete «Lösung für eine digitale Identität Schweiz», an der neun Unternehmen aus staatlichem und privatem Sektor beteiligt sind: SBB, Post, Swisscom, die Versicherungsgruppe Mobiliar, die Banken Credit Suisse, UBS, Raiffeisen und Zürcher Kantonalbank sowie die Schweizer Börse SIX tun sich zusammen, um die «einfache, sichere und eindeutige Identifizierung» von Personen im digitalen Raum zu regeln. Diese Gruppe soll im gemeinsamen Unternehmen Swiss Sign Group eine Schweizer Marke für E-ID aufbauen, so dass man sich künftig nicht mehr mit Reisepass, Identitätskarte oder Führerausweis behelfen müsse.

Dies ist nur ein Beispiel für privat-staatliche Kooperationen, wie man sie nun möglicherweise vermehrt erleben wird. Digitalisierung in der Bildung kann die Aufgaben der Schulen und der Verwaltung erheblich ausweiten und den Abstimmungsbedarf zwischen Branchen und Bildungsinstitutionen in die Höhe treiben. Die Beschleunigung der Innovation durch neue Technologien sehen viele als stark politisches Thema. Auch zur Vernetzung einer «menschengerechten» Mobilität in der Schweiz oder zur digitalen Durchdringung des Gesundheitswesens gibt es Vorstellungen einer engen Zusammenarbeit zwischen Firmen und Verwaltung. Schliesslich steht die Digitalisierung der Beziehungen zwischen Behörden und Bürgern auf der Liste, aber gerade da wird man eine klare Linie zwischen Staat und Privat ziehen müssen, wenn die Demokratie bewahrt werden soll. *Beat Gygi*

sondern eine gesellschaftliche Errungenschaft. Der gilt es Sorge zu tragen.

Sich die Chancen vorzustellen, die ein längeres Leben mit sich bringt, ist ein Mittel gegen negative Schlagzeilen und ermöglicht einen neuen Blick auf das Thema Altern. Wir müssen unsere Vorstellung von Alter revidieren und das Zusammenleben zwischen Jung und Alt neu austarieren. Dazu gehört, das Thema Arbeit fundamental neu zu denken. Mit Blick auf die Rahmenbedingungen müssen wir dafür sorgen, dass die über Fünfzigjährigen auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Und wer über 65 Jahre hinaus im Arbeitsprozess bleiben will, soll dies auch können – und davon profitieren. Und wir als Arbeitgeber werden unsere Beschäftigungspolitik auf eine Welt einstellen müssen, in der viele Menschen

«Langlebigkeit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Errungenschaft.»

als freie Unternehmer und nicht mehr als Angestellte arbeiten werden. Menschen mit mehrfachen Arbeitsverhältnissen, wie wir es heute von den Freelancern kennen, wird es immer mehr geben.

Technologie und Demografie als Treiber der gesellschaftlichen Entwicklung führen beide zu einem Mentalitätswandel. Damit wir diesen schaffen und die dazu erforderlichen Reformen breite Unterstützung finden, müssen alle davon profitieren können und sich sozial aufgefangen und respektiert fühlen. Gelingt dies nicht, werden uns eines Tages auch in diesem Bereich Regulierungen vorgegeben, die den Arbeitsstandort Schweiz schwächen.

Die Wirtschaft, die Welt der Unternehmen, ist dabei nicht einfach Zuschauer. Wir sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen, die Menschen in die Lage zu bringen, diese Veränderungen bewältigen und mitgestalten zu können. Und die Politik soll uns den Spielraum lassen, Arbeitsmodelle auszuprobieren. Damit komme ich zu meiner dritten und letzten These:

3) Besonders in Zeiten politischer, sozialer und ökonomischer Unsicherheit sowie bei rasantem technologischem Wandel suchen die Menschen Orientierung und Werte. Vertrauen bleibt die Währung jeglichen geschäftlichen Erfolgs. Die Wirtschaft steht in der Pflicht, das Vertrauen in ihr Wirken zum Wohl der Gesellschaft zu stärken.

Die Finanzkrise von 2008, die Stagnation der Mittelklasse in vielen hochentwickelten Staaten und die an vielen Orten wachsende Ungleichheit bei den Einkommen sind Herausforderungen für unseren tief verwurzelten Glauben, wie eine faire und gut funktionierende Gesellschaft organisiert sein sollte. Die Öf-



«Technologie steht im Dienst der Menschen.»

fentlichkeit stellt vermehrt Fragen nach der Verantwortung – und dies zu Recht. Unternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag an die Sicherung des Wohlstandes und die Weiterentwicklung einer Gesellschaft. Damit einher geht eine unternehmerische Verantwortung, aber auch eine Rechenschaftspflicht.

Der Druck seitens Konsumenten, Stakeholder und Aktivistengruppen auf die Firmen hat der Bewegung rund um die soziale Verantwortung von Unternehmen Auftrieb gegeben. An einigen Orten war dies wohl auch nötig, aber viele Unternehmen handeln aus eigenem Antrieb, aus gutem Grund: Junge Mitarbeiten-

de erwarten immer häufiger und auch immer direkter, dass ihre Arbeitgeber offen sind für soziale Fragen und Engagements. Sie erwarten, dass die Unternehmen der Gesellschaft, in der sie aktiv sind, etwas zurückgeben. In ähnliche Richtung werden sich mehr und mehr auch die Kunden orientieren. Nur Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, sind auch langfristig erfolgreich.

Was die Erfolgsformel bildet

Die Erscheinungsformen der Digitalisierung wirken als Verstärker all dieser Diskussionen, sie geben jungen Menschen Plattformen und Kanäle, um sich zu äussern. Es braucht heute keine etablierte Organisation mehr, um seine Meinung einem breiten Publikum kundzutun. Angesichts des bunten Strausses an Herausforderungen, die unsere Gesellschaft zu bewältigen hat, können wir es uns nicht leisten, dass die Menschen der Wirtschaft misstrauen. Wir stehen als Wirtschaftsführer in der Pflicht, das Vertrauen in unsere Aufgabe als Unternehmen zu stärken und zur Lösung der gesellschaftlichen Fragestellungen beizutragen. Das bedeutet, für die Anliegen offen zu sein und diese ernst zu nehmen.

Sowohl bei Adecco als auch bei Swiss Life beteiligen wir uns deshalb so gut wie möglich an den gesellschaftlichen Diskussionen, die für die jeweiligen Branchen und die Menschen re-

levant sind. Wir bauen mit an der Arbeit und an der Vorsorge der Zukunft unter Rahmenbedingungen, die wir heute erst vermuten können. Der soziale Friede und die Solidarität, das liberale Klima, die Leistungskultur und damit verbunden der Wunsch nach Selbstbestimmung bilden in Kombination die Erfolgsformel, die unser Land stark gemacht hat. Eine Formel, die es immer wieder neu auszuhandeln gilt.

Gerade als Wirtschaftsführer haben wir unseren Beitrag zu leisten, dass es gelingt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren. Digitalisierung hin, technologischer Wandel her – eins bleibt unverändert: Zu einer prosperierenden Wirtschaft gehört eine Kultur des Vertrauens, wie wir sie in der Schweiz kennen. Dieser Kultur gilt es Sorge zu tragen. Es ist deshalb von grösster Relevanz, wie die Wirtschaft, die Unternehmen und ihre Leistung von den Menschen beurteilt werden. Schliesslich arbeiten wir als Unternehmen mit und für die Menschen. Eine andere Daseinsberechtigung gibt es nicht. Technologie steht im Dienst der Menschen und nicht umgekehrt.

Rolf Dörig ist Verwaltungsratspräsident von Swiss Life und Adecco. Obenstehender Text beruht auf einem Vortrag Dörigs zum Thema digitale Revolution am Europa Forum Luzern vergangener Woche.

Das Radio mit Herz

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein breiter Musik-Mix täglich bei Radio Central. Jetzt Reinhören!

Digitalradio
DAB+



RadioCentral

www.radiocentral.ch

Universitärer Ungeist

Von Christoph Mörgeli — Die Neo-Schweizerin und Gender-Dozentin Franziska Schutzbach forderte die rechtliche und wirtschaftliche Ausgrenzung «rechtsnationaler Kräfte». Gemeint war vor allem die SVP. Nun distanziert sich die Rektorin der Universität Basel. Wie politisch dürfen Wissenschaftler sein?

Ob persönliche Sexismusbetroffenheit, Verteidigung der Kopfbedeckung von Musliminnen, Stellungnahmen zu Barbiepuppen und TV-Bacheloretten oder Fake-Artikel unter falscher Autorenangabe: Franziska Schutzbach bringt sich gerne und unzimperlich ins öffentliche Gespräch. Doch der jüngste Wirbel nach Berichterstattungen von *Weltwoche* und *Basler Zeitung* verläuft wohl nicht so recht nach dem Geschmack der seit vier Jahren eingebürgerten Deutschen. Zitiert wurden dort nämlich Aussagen der von der Universität Basel beschäftigten Feministin, die von einer bemerkenswerten Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit zeugen. In ihrem privaten Blog «Präzis und kopflos» schrieb Schutzbach am 23. Mai 2016, es werde nicht funktionieren, «die rechtsnationalen Kräfte in Europa auf formaldemokratischem Weg zurückzudrängen». Sie rief alle «nicht-reaktionären» Politiker, Richter, Staatsangestellten sowie Leiter von Universitäten und Schulen auf, «ihren rechtsextremen KollegInnen die juristische und ideologische Autorität» abzuerkennen. Denn es gehe schliesslich um «demokratiefeindliche Weltanschauungen», um «Feinde der Demokratie».

Was die Autorin unter «rechtsextrem» versteht, machte sie mit ihrem Vorschlag deutlich, dass die Nationalräte den Saal verlassen sollten, sobald ein «extremer Richter» wie Roger Köppel «den Mund aufmacht». Sie erhoffte sich, dass künftig «rechte Abstimmungsvorlagen für ungültig erklärt» würden. «Menschenrechtsfeindliche» SVP-Vorstösse sollten einfach nicht umgesetzt werden, sondern in den Bundesämtern liegenbleiben und verrotten. Dem liess Franziska Schutzbach einen Aufruf zum «wirtschaftlichen Ungehorsam» folgen: «Keine Anzeigen mehr in der *Weltwoche*, Taxiunternehmen und Fluggesellschaften sollten keine Rechtsnationalen mehr transportieren, Veranstaltungsorte und Hotels keine SVP-Parteizusammenkünfte mehr in ihren Räumlichkeiten zulassen. Mikrofone können auch einfach ausgeschaltet werden. Fernsehsender müssen keine rechten Talkgäste einladen. Zeitungen nicht mehr über sie berichten.»

Schutzburg für Schutzbach

Angesichts solch schreierischer Boykottfantasien nehmen sich Franziska Schutzbachs Bekenntnisse zur Demokratie, wie sie diese wenig später im *Migros-Magazin* geäußert hat, wenig glaubwürdig aus: «Niemand will eine

Diktatur. Wer nicht erträgt, dass Minderheiten versuchen, ihre Interessen mit demokratischen Mitteln durchzusetzen, ist zutiefst antidemokratisch eingestellt.» Diese Aussage fällt nun auf Franziska Schutzbach selber zurück, ist doch etwa die SVP wie übrigens alle Schweizer Parteien genau eine solche Minderheit, die versucht, ihre Interessen mit demokratischen Mitteln durchzusetzen. Aber für Schutzbach ist linke Minderheit eben nicht rechte Minderheit. Es ist eigenartig, wenn dieselbe Autorin die «Hasskultur im Netz» einen «antidemokratischen Rückschlag» nennt. Wie steht es denn um die von ihr gepflegte Hasskultur? Ist diese etwa kein antidemokratischer Rückschlag? Überhaupt sorgt für wachsendes Missbehagen, wenn Intellektuelle mit deutschen Wurzeln hierzulande hinter fast jedem Baum einen Faschisten wittern. Sogar die *Sonntagszeitung* hat jüngst daran erinnert, «dass der Zweite Weltkrieg nicht auf dem Rütli ausbrach».

Selbstverständlich erhielt die wegen ihres demokratiepolitischen Ungeists kritisierte Soziologin unverzüglich publizistisch Feuerschutz. «Wir basteln uns eine Reizfigur», ärgerte sich die prominente Journalistin Michèle Binswanger in einem Kommentar im *Tages-Anzeiger*. Sie stellte Schutzbach als «junge Frau» in die Opferecke, befand deren eininhalb Jahre zurückliegenden Blog-Beitrag als antiquiert und tat einen stilistischen Missgriff, für den sie einen männlichen Journalistenkollegen wohl getadelt hätte: «Da hat man wieder eine Sau gefunden, die man durchs Dorf jagen kann.» Auch die *Tageswoche* stürzte sich in den Verteidigungskampf und fürchtete, dass Schutzbachs Basler Uni-Stuhl bereits gefährlich wackle: Intellektuelle und Geisteswissenschaftler dürften sich auch mal «provokant, satirisch und politisch äussern, ohne um ihre Stelle fürchten zu müssen». Sie arbeite eben gerne mit «lustigen und übertriebenen Bildern».

Schutzbach griff also zur Behauptung, sie gebrauchte in ihren Texten oft «satirische Stilmittel». Plötzlich verwandelte sich die verbissene Feministin in eine schenkelklopfende Humoristin. Nur, so beklagte sich die Ertappte, werde ihre Satire von den Schweizern nicht

verstanden. Das ist nicht weiter verwunderlich. Gänzlich ironiefrei war jedenfalls Schutzbachs Kampf gegen den Begriff «Mohrenkopf» im «Komitee gegen rassistische Süßigkeiten», wobei sie sich zur Behauptung verstieg: «Wenn wir nicht bereit sind, Sprache zu dekolonisieren, werden auch weiterhin Geflüchtete ertrinken.» Und die Genderfrau machte keinen Witz, als sie mit der Petition «Keine Sklavendarstellungen auf dem Weihnachtsmarkt» gegen die historische Karussellfigur eines Schwarzen mit Turban ankämpfte, die einen Wagen schiebt und somit den Kindern eine rassistische Vorstellung vermittele.

Aufruf zum Verfassungsbruch

Franziska Schutzbach ist mit ihren 38 Jahren noch immer Doktorandin am Zentrum Gender Studies der Universität Basel. Sie übt dort allerdings auch einen mit Steuergeld finanzierten Lehrauftrag aus und sitzt in der Gleichstellungskommission Basel-Stadt. Dass eine staatliche Gleichstellerin offen zur Ausgrenzung Andersdenkender aufruft, dürfte am Rheinknie noch zum Thema werden. In Deutschland hätte Schutzbach als beamtete Person möglicherweise einen Eid auf das Grundgesetz ablegen müssen. In der Schweiz kann sie indessen problemlos zum vielfachen Verfassungsbruch aufrufen. Gemäss Zweckartikel 2 der Schweizerischen Bundesverfassung schützt die Eidgenossenschaft die Freiheit und die Rechte des Volkes. Dazu gehören insbesondere die Rechtsgleichheit vor dem Gesetz und das Diskriminierungsverbot,

speziell aufgrund der «weltanschaulichen oder politischen Überzeugung» (Art. 8). Auch das Willkürverbot (Art. 9) oder die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 15) bilden wichtige Verfassungsgrundlagen. Artikel 16 verleiht jeder Person das Recht, «ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten», Artikel 17 verbietet die Zensur. Schutzbachs Vorstellung von der Behinderung der Versammlungsfreiheit gemäss Artikel 22, die auch für die SVP gilt, ist ebenso stossend wie die von ihr propagierte Untergrabung der Vereinigungsfreiheit (Art. 23) und des Rechts auf Bildung von Fraktionen in den Parlamenten (Art. 154). Schutzbach verstösst



Andrea Schenker-Wicki.

«Es ist undemokratisch, Ausgrenzungen und Boykotte zu fordern.»



Dürfen staatlich besoldete Lehrkräfte ihre politischen Ansichten in Hörsälen ausbreiten? Schutzbach-Selfies.

mit ihren Diskriminierungsfantasien überdies gegen die Garantie der politischen Rechte zum Schutz der freien Willensbildung (Art. 34) oder gegen das aktive und passive Wahlrecht gemäss Artikel 134.

Extremisten im Staatsdienst

Die Vorstellungen von Franziska Schutzbach sind darum speziell pikant, weil sie als Urheberin an der Universität Basel in öffentlicher Stellung Wissenschaftliches dozieren soll. Auf diese Problematik angesprochen, antwortet die Rektorin der Universität Basel, Andrea Schenker-Wicki: «Die Universität Basel sieht grundsätzlich keinen Anlass, sich zu einem

privaten Blog-Eintrag einer Mitarbeiterin zu äussern.» In «diesem speziellen Fall» distanziert sich Rektorin Schenker-Wicki, die früher als Stadtzürcher CVP-Präsidentin auch politisch tätig war, allerdings deutlich: «Die Vorschläge von Frau Schutzbach entsprechen nicht der Art und Weise, wie in der Schweiz Politik betrieben wird. Es gehört zu unseren demokratischen Spielregeln, andere Positionen offen und direkt zu kritisieren. Es ist aber undemokratisch, Ausgrenzungen und Boykotte zu fordern.»

Franziska Schutzbach indessen verbreitet ihre Ansichten als Mitherausgeberin des Blogs «Geschichte der Gegenwart», in den Sendun-

gen «Kontext» oder «Club» von SRF und in Artikeln in der *Wochenzeitung*. 2015 durfte sie zwei Beiträge im *Magazin* publizieren, wo ihr Partner Mikael Krogerus als Redaktor arbeitet. Beim Fall Schutzbach stellt sich die Frage, wie staatlich besoldete Lehrkräfte ihre politischen Ansichten in Schulstuben oder Hörsälen ausbreiten dürfen. Selbstverständlich sind auch sie freie Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die als Privatpersonen ihre Meinung vertreten, Parteimitglieder sein und Behördenämter bekleiden sollen. Ihre parteipolitische Präferenz, ihre politischen Lieblinge oder Feindbilder haben aber nichts mit den von ihnen zu vermittelnden Lehrinhalten zu tun. Die Geisteswissenschaften sind der politischen Vereinnahmung selbstverständlich stärker ausgesetzt als Physik, Medizin oder Ingenieurwesen. Der Autor dieses Beitrags veranstaltet selber seit fast dreissig Jahren Kurse und Vorlesungen an der Universität Zürich. Er tat dies auch in politisch exponierter Stellung als Nationalrat, ohne sein Fachgebiet als parteipolitische Propagandaplattform zweckzuentfremden.

Ideologie vs. das klügere Argument

Was die politischen Ansichten betrifft, so wären wohl jene roten Linien sinnvoll, wie sie der ehemalige Zürcher Bildungsdirektor Alfred Gilgen gezogen hat: Er liess nur Personen zum Staatsdienst zu, die auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaates standen; wer Gewalt und Ausgrenzung als Mittel der politischen Auseinandersetzung legitimierte, kam für ihn nicht in Frage. Völlig haltlos war aber die unlängst geäusserte Behauptung einer Gender-Exponentin in der NZZ, unter Gilgen seien «Linke im Zürcher Schulwesen nicht geduldet» worden. Selbstverständlich waren Sozialdemokraten und Grüne dort jederzeit breit vertreten und auch als nebenamtliche Parlamentarier tätig.

Aus den Wissenschaften lassen sich niemals direkte politische Handlungsanweisungen ablesen. Denn echte Wissenschaft muss immer kontrovers und vielstimmig bleiben; ihr Wesen besteht nicht aus einem alleinigen, allumfassenden Wahrheitsanspruch, sondern aus miteinander konkurrierenden Wahrheitsansprüchen. Entscheidend ist das klügere Argument, die einsichtiger Methode, die bessere Nachprüfbarkeit. Die Wissenschaften können niemals letzte Gewissheit bieten – dies gilt für die überaus umstrittene Gender-Theorie zuallererst. Darum muss eine angebliche Forscherin wie Franziska Schutzbach misstrauisch machen, wenn sie verlangt, es sei ein Drittel ihrer Mitbürger wegen politisch missliebiger Überzeugung rechtlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich auszubremsen bzw. zu boykottieren. Dies umso mehr, als sie ja nicht gleichzeitig bei ihrem persönlichen Gehalt auf jeden «rechten» und «rechtsnationalen» Steuerfranken verzichten will.

Zur Steueroptimierung verpflichtet

Von Beat Gygi — Die Berichterstattung zu den «Paradise Papers» erweckt den Eindruck, bei Offshore-Plätzen handle sich es um mehr oder weniger kriminelle Zonen. Das stimmt nicht.

Die Medienkampagne zu den «Paradise Papers» hat den Begriff Offshore-Plätze wieder einmal ins Scheinwerferlicht gerückt – und zwar in ein schwefelgelbes, damit deutlich werde, wie verwerflich solche Standorte seien, welche die Regierungen bei der weltweiten Koordination ihrer Steuersysteme stören. Die jüngste Welle von Vorwürfen und Anschuldigungen gegen Offshore-Standorte und da ansässige Firmen erweckt den Eindruck, als sei die Offshore-Welt eine mehr oder weniger kriminelle Zone mit gaunerhaften Behörden und Unternehmen, die man oft zwar nicht direkt wegen Straftaten, aber doch wegen unmoralischen Verhaltens anklagen kann. Vor diesem Hintergrund sind einige Klarstellungen angebracht.

1 — «Offshore»

Im Begriff «Offshore» schwingt oft der Vorwurf mit, es handle sich bei solchen Plätzen praktisch um gesetzeslose Territorien. Offshore-Standorte sind aber einfach Gebiete ausserhalb des eigenen Staates und damit der eigenen Rechtsordnung und des eigenen Fiskus. Wer zum Beispiel aus der Schweiz heraus offshore eine Firma oder ein Finanzkonstrukt gründet oder Geld investiert, begibt sich in ein anderes Rechtssystem mit anderen Regeln zu Besteuerung, Wirtschaftsrecht und anderem. Viele Offshore-Plätze sind aus früheren Kolonien oder Verwaltungsgebieten entstanden, die nach der Erlangung der Selbstständigkeit schauen mussten, womit sie sich in der weltweiten Konkurrenz der Standorte profilieren wollten. Oft standen Tourismus und Finanzdienstleistungen im Vordergrund. Niedrige Steuern, vergleichsweise einfache und flexible Regeln sind für diese Länder wichtige Mittel, um Unternehmen und Steuerzahler anzuziehen – zum Missfallen der Hochsteuerländer.

2 — «Dubioses Geld»

Geld in Offshore-Anlagen wird vielfach als dubios eingestuft, weil ein ehrbarer Anleger keinen Grund für solche Investitionen habe. Aber Offshore-Anlagen gehören zum regulären Finanzgeschäft. Niedrigere Steuern oder flexiblere und unkompliziertere Regulierungen geben oft den Ausschlag dafür, dass Anleger in Firmen oder Fonds investieren, die an Offshore-Plätzen domiziliert sind. So sind von den in der Schweiz zugelassenen Anlagefonds über die Hälfte nach luxemburgischem Recht ausgestaltet, vor allem, weil es da bei Vertrieb und Besteuerung Vorteile gibt. Besonderes Aufsehen erregte die Schweizerische National-



Unmoralisches Verhalten?

bank 2013, als sie für die von der geretteten UBS übernommenen Ramschpapiere einen speziellen Fonds errichten (Stabfund) und diesen auf den Cayman Islands ansiedeln wollte, weil es eilte und man flexible Regeln brauchte. Der politische Widerstand in der Schweiz zwang sie dann aber zur aufwendigen Erfindung einer Berner Alternative mit einer speziellen «Stabfund-Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen» samt Subgesellschaften und Klauseln zur Steuerbefreiung.

3 — «Steueroptimierung»

Hat ein Konzern Tochtergesellschaften an Offshore-Plätzen mit niedrigen Steuern, gilt das als verwerfliche Flucht vor dem Fiskus im Heimatland. Für den Chef eines internationalen Konzerns ist es aber Pflicht, die geografische Verteilung der Einnahmen und Kosten auf die Töchter im Rahmen der Gesetze so zu beeinflussen, dass in Ländern mit hoher Steuerbelastung möglichst wenig steuerbarer Gewinn anfällt, an Standorten mit niedriger Belastung dafür mehr. In Irland zeigt Apple lieber Gewinne als in der Steuerhölle USA. Wenn ein Firmenchef den legalen Spielraum zur Optimierung nicht nutzt und bewusst mehr Steuern als nötig bezahlt, tut er dies auf Kosten seiner Aktionäre; damit schädigt er sie.

4 — «Gewinnverschiebung»

Apple und anderen Firmen wird vorgeworfen, sie würden willkürlich viel Gewinn zu Töchtern in Tiefsteuerländern verschieben, zum Beispiel viel nach Irland, wenig nach Deutschland. Für Finanzchefs ist es jedoch schwierig geworden, in internationalen Konzernen die Geografie der Einnahmen und Kosten frei zu gestalten. In jedem Land interveniert die Steuerbehörde sofort, wenn sie findet, die lokalen Kosten seien zu hoch oder die lokalen Einnahmen zu niedrig angesetzt. Erbittert ist der Kampf um die sogenannten Transferpreise, also um die unternehmensinternen Tarife, die zum Beispiel die deutsche Konzerntochter der Schweizer Mutter für Beratungsleistungen bezahlt.

5 — «Steuervernichtung»

In der Debatte über die «Paradise Papers» haben sich viele darüber ereifert, dass Offshore-Standorte mit niedriger Steuerbelastung den Hochsteuerländern mobile Bürger und Firmen und damit Staatseinnahmen entziehen würden. «Steuervernichtung» sei das, «Diebstahl am Volk», wettern linke Politiker und Umverteiler, das Geld sei verloren. Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich aber: Das Geld ist einfach anderswo. Nicht in staatlicher, sondern in privater Hand, wo es mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger nach bürokratischen, sondern eher nach wirtschaftlichen Erwägungen ausgegeben wird. Gut möglich, dass ein privater Dollar mehr Nutzen stiftet als ein staatlicher Dollar.

6 — «Unfaire Unternehmen»

Unternehmen, die wenig Steuern zahlen, gelten als unfair gegenüber privaten Steuerzahlern, die deshalb entsprechend mehr belastet würden. Unternehmen sind aber nur rechtliche Konstruktionen, die letztlich immer mit Privatpersonen verbunden sind. Wenn der Fiskus tausend Dollar Steuern von der Firma verlangt, kommen diese von Privatpersonen, die mit dem Unternehmen auf irgendeine Weise verbunden sind. Eine erhöhte Steuerbelastung dürfte auf diesem Weg die Löhne der Mitarbeiter reduzieren, die Absatzpreise für die Kunden steigern oder die Rendite für die Eigentümer verringern. Es tragen immer irgendwelche Personen die Last. Wer verlangt, dass Firmen mehr Steuern bezahlen sollen, treibt so ein Umverteilungsspiel, bei er andere Personengruppen im Auge hat. ○

Schweigen über Schweizer Jihad A.

Von Philipp Gut — Die *Weltwoche* machte publik, dass die Stadt Zürich einen Mann einbürgert, der sich «Jihad» (heiliger Krieg) nennt. Jetzt beschäftigt der Fall die Politik. Die Verantwortlichen ducken sich und verweigern jede Transparenz.

Vor drei Wochen berichteten wir an dieser Stelle, dass die Stadt Zürich einen staatenlosen Mann mit dem Namen Jihad A. einbürgert («Jihad wird Schweizer», Nr. 44/17). Man könnte sich überhaupt darüber wundern, dass Staatenlose eingebürgert werden, deren Identität und Herkunft nicht geklärt ist, aber man wundert sich noch mehr, dass ein staatenloser Mann Schweizer wird, der mutmasslich aus dem radikalisierten Krisengebiet im Nahen Osten stammt und sich «Jihad» nennt.

Die Behörden von der Stadt über den Kanton Zürich bis zum Bund blockten alle Fragen der *Weltwoche* zu den Hintergründen und möglichen Sicherheitsrisiken dieses umstrittenen Einbürgerungsfalls ab. Doch nun beschäftigt er die Politik. Die Zürcher Gemeinderäte Samuel Balsiger und Dubravko Sinovcic (beide SVP) wollten vom Stadtrat unter Präsidentin Corine Mauch (SP) erfahren, wie die Einbürgerung von Jihad A. vonstattenging und wie man generell mit Einbürgerungsgesuchen verfährt, wenn Signale einer radikalislamischen Gesinnung oder einer Terrorgefahr bestehen.

Doch die Fragen, die Licht in den Fall hätten bringen können, drangen gar nicht bis zum Stadtrat vor. Das Büro des Gemeinderats, des städtischen Parlaments, wies die Anfrage überraschend zurück. Das Büro des Gemeinderats ist ein politisch zusammengesetztes Gremium mit Vertretern der Parteien, präsidiert wird es von Peter Küng (SP). Es umfasst dreizehn Parlamentarier, davon zwei der SVP. Einer von ihnen fehlte an der entsprechenden Sitzung krankheitsbedingt. Die Linken stellen im Gremium die Mehrheit. Warum es den Mantel des Schweigens über die Angelegenheit breitet, begründete das Büro nicht.

Keine «Zensur»

Stadtparlamentarier Samuel Balsiger verlangte in der Folge eine schriftliche Begründung für die Nichtanhandnahme seines Vorstosses. Diese Begründung mit Datum vom 20. November liegt nun vor, unterzeichnet von Peter Küng. Der Ratspräsident versteckt sich zunächst hinter dem Datenschutz. Laut Einschätzung des städtischen Datenschützers Marcel Studer lasse das Einbürgerungs-

recht «eine öffentliche Zugänglichkeit der nachgefragten Informationen» nicht zu. Ja, mehr noch: Das Stellen solcher Fragen sei ein «Missbrauch des politischen Instruments, da der Datenschutz nicht mit parla-



«Datenschutz»: Gemeinderatspräsident Küng (SP).

mentarischen Vorstössen ausgehebelt oder eingeschränkt werden darf». Küng versteigt sich sogar zur Aussage, die Anfrage verstosse gegen «den Anstand und die guten Sitten». Einige Mitglieder des Büros hätten die Formulierungen «widerrechtliche Grenzöff-

Die Fragen, die Licht in den Fall hätten bringen können, drangen gar nicht bis zum Stadtrat vor.

nungen» und «städtische Masseneinbürgerungen» als «tatsachenwidrig» eingestuft. Es handle sich bei der Zurückweisung der Fragen aber nicht um eine «Zensur».

Verräterisch: Die Fragesteller haben selber nirgends von «Zensur» gesprochen. Man muss also davon ausgehen, dass es dem Büro des Gemeinderats selber nicht ganz wohl ist mit seiner von oben verordneten Omertà. Der Datenschutz entpuppt sich als Vorwand, um eine politisch unerwünschte

Diskussion im Keim zu ersticken. Sensible persönliche Daten von Jihad A. will gar niemand erfahren.

Nachdem Stadtrat Richard Wolff (AL) der Polizei die Nennung der Nationalität von Verbrechern verboten hat, ist der Fall Jihad A. ein weiteres Indiz dafür, dass die Politiker der grössten Schweizer Stadt Probleme lieber unter den Tisch kehren als sie demokratisch zu lösen. Mit berechtigtem Datenschutz hat das Vorgehen des Gemeinderatspräsidenten nichts zu tun, eher erweckt es den Anschein von Demokratieverhinderung.

Es mag ja sein, dass Jihad A. ein vorbildlicher Schweizer wird. Es kann aber auch sein, dass er zum Sicherheitsrisiko mutiert. Die *Weltwoche* hat schon in dem Artikel vom 2. November, der den Fall ins Rollen brachte, auf die wunden Punkte hingewiesen. Die nun auch vom Parlament weggeschickten Fragen sind unmittelbar sicherheitsrelevant: Wurde der Mann auf den Namen Jihad getauft? Oder hat er ihn sogar selbst gewählt? Wäre das Letztere der Fall, dann würde es in Zeiten des islamistischen Terrors ans Grobfahrlässige grenzen, Sicherheitsaspekte bei der Einbürgerung ausser Acht zu lassen. Die Verantwortlichen handeln verantwortungslos, wenn sie solche Fälle nicht seriös prüfen.

Parlamentsspitze behindert Demokratie

Mit ihrem konsequenten Abblocken kritischer Fragen befördern die Politiker die Zweifel, die sie aus dem Weg räumen müssten. Auch staatspolitisch giessen sie Öl ins Feuer: Ist das Ratsbüro wirklich dazu da, unbequeme Fragen von der Regierung fernzuhalten? Wo bleibt die Kontrolle der Exekutive, wenn ausgerechnet der leitende Parlamentsausschuss kritische Fragen abwürgt? Muss man sich wundern, wenn die Stimmbürger den Eindruck erhalten, «die da oben» machten sowieso, was sie wollen?

Der Fall Jihad A. stellt schliesslich ein Einbürgerungssystem in Frage, das der demokratischen Entscheidung entrückt und zum reinen Verwaltungsamt geworden ist. Es bleibt unwahrscheinlich, dass die Bürger einen Mann zum Schweizer gemacht hätten, der seine Herkunft verschleiert und sich «heiliger Krieg» nennt. *Affaire à suivre.*

Durchgeknallte Menschenrechtler

Von Christoph Mörgeli

Der Uno-Menschenrechtsrat ist eine Erfindung von alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Wahlgremium bildet die Uno-Vollversammlung. Voll war die Vollversammlung offensichtlich vor allem bei ihrer Staatenwahl: Über die Menschenrechte wachen Musterknaben wie Ruanda, wo 90 Prozent des Tutsi-Volkes massakriert wurden. An der Elfenbeinküste sind willkürliche Verhaftungen und aussergerichtliche Tötungen an der Tagesordnung. Togo betreibt Kindersklaverei und Zwangsarbeit im grossen Stil. In Nigeria werden Homosexuelle gesteinigt. In Kenia gehören Kinderprostitution und Mädchenbeschneidung zum Alltag.

Laut *20 Minuten* rügte der Irak die hiesige Frauendiskriminierung bei den Löhnen. Gleichzeitig hören wir von irakischen Frauen über ihre Männer den Aufschrei: «Sie halten uns wie Tiere» (*Spiegel* online). Russland kritisiert die Überfüllung der Schweizer Gefängnisse; das Zuchthaus Polareule im russischen Westsibirien gilt als zweitschlimmstes der Welt. Ungarn kritisiert die SVP-Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter». Viktor Orbán hatte aber kein menschenrechtliches Problem, sein Volk bei der Aufnahme von gerade mal 1294 Flüchtlingen mit 98 Prozent Nein abstimmen zu lassen. Venezuela, wo eine Linksdiktatur blühende Landschaften mit reichen Bodenschätzen völlig zugrunde gewirtschaftet hat, schreit zetermordio über die Schweiz wegen «zu rechten Medien». In Venezuela sind bürgerliche Zeitungen längst verboten. Und sogar linke Zeitungen am Verschwinden – wegen Papiermangel.

Wie kommen solche Länder zu ihren abartigen Menschenrechtsbefunden? Sie holten sich ihre Informationen bei den hiesigen Hilfswerkern. Dann besuchten sie das Departement von Simonetta Sommaruga, wo sie politisch zusätzlich aufgerüstet wurden. Die Uno-Jauche, die sich die Schweiz über den Kopf schütten lässt, wird von den Schweizer Gutmenschen-NGOs und von den Beamten des Justizdepartements angerührt. Und damit erst noch von den Steuerzahlern finanziert. Es ist eine Schande, wie Bundesbern solchen Uno-Denunzianten im In- und Ausland hofiert. Auch unser Land braucht nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen. Was nützt es, wenn wir den Machthabern im Irak, in Russland, Ungarn oder Venezuela zurufen: «Ihr habt die Menschenrechte gebrochen!»? Sie werden antworten: «Macht nichts, dann machen wir halt neue!»

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Semi-Truck: Mercedes unter Druck

Von Peter Bodenmann — Dieser Tesla-Sattelschlepper soll selbst in Amerika günstiger sein als Diesel-Trucks.



Elektrolastwagen bezahlen heute in der Schweiz keine LSWA.

Elon Musk hat in Sachen Elektromobilität eine Revolution ausgelöst. Alle grossen Autokonzerne beginnen mit dem Umsteuern.

Wird Musk die Revolution überleben, oder frisst diese ihr liebstes Kind? Alles hängt davon ab, ob die bisher stockende Produktion von Teslas Model 3 im ersten Quartal 2018 zum Laufen kommt oder nicht.

Musk ist in der Defensive und geht mit seinem Sattelschlepper in die Offensive. Die vollmundig angekündigten Fakten:

— Elon Musk gibt auf seinen Semi-Truck eine Garantie für die ersten 1,6 Millionen Fahrkilometer. Weil Elektromotoren so zuverlässig seien wie Schweizer Uhren und beim Rekuperieren weitgehend die Bremsen ersetzen würden.

— Vollbeladen beschleunigen Musk-Laster in 20 Sekunden von null auf hundert. Und schaffen auch Steigungen von 6 Prozent mit 104 Stundenkilometern auf dem Tacho.

— Die maximale Reichweite eines Semi-Trucks von Tesla soll bei 800 Kilometer liegen. Und 650 Kilometer Reichweite kann der Truck während einer dreissigminütigen Prostata-Pinkelpause nachtanken.

— Der Semi-Truck will in den USA die Diesel-Lastwagen von den Strassen fegen, weil er über alles gerechnet günstiger sei als ein Diesel-Truck. Obwohl der Diesel in den USA mit 75 Rappen pro Liter nur halb so viel kostet wie in der Schweiz und das Land keine LSWA kennt.

Versuchen wir zu verstehen, wie das Ding funktioniert: Pro Kilometer braucht der wind-schlüpfrige Semi-Truck von Tesla gut eine Kilowattstunde Strom. Seine Batterie muss folglich 800 Kilowattstunden speichern können und wird drei bis vier Tonnen schwer sein. Ein Dieselmotor samt Tank ist auch nicht viel leichter.

Wenn Musk in der auf dreissig Minuten verlängerten Pinkelpause 650 Kilowattstunden nachtanken will, braucht er einen Charger mit einer Leistung von 1300 Kilowatt. Vier Charger brauchen somit so viel Leistung wie eine SBB-Lokomotive. Heavy Metal und eine Chance für die regulierbare Wasserkraft.

Nirgends sind die Rahmenbedingungen für Tesla-Laster besser als in der Schweiz. Weil hier Vierzig-Tonnen-Lastwagen pro Kilometer einen Franken Schwerverkehrsabgabe bezahlen. Das heisst: Auf den ersten 1,6 Millionen Kilometern bezahlt in der Schweiz ein Diesel-Lastwagen 1,6 Millionen Franken Schwerverkehrsabgabe. Falls er nicht vorher den Geist aufgibt und ersetzt werden muss. Heute steuerfrei sind noch die Elektrolastwagen, also mögliche Musk-Trucks.

Mercedes und Co. werden alles daransetzen, damit ihnen Musk im Lastwagengeschäft nicht davonfährt. Deutsche Ingenieure sind besser als amerikanische und schlechtere Verkäufer. Was macht die Schweiz, wenn die LSWA wegbricht?

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Die Kröte SRG

Von Kurt W. Zimmermann — Wer eine Kröte schluckt, hat nur dann ein Problem, wenn er die Kröte nie mehr ausspucken kann.

Wenn es um Subventionen geht, dann muss man nach Bündlen. Beginnen wir also mit dem Medienhaus Samedia in Chur.

Samedia bekommt von der SRG 6,7 Millionen Franken Gebührengelder im Jahr. Es bekommt sie für seine Regionalsender Radio Südostschweiz und TV Südostschweiz. Ohne die 6,7 Millionen wären die beiden Sender in der Krise, weil die ertragsschwache Samedia nur 4 Millionen Franken Jahresgewinn zustande bringt. «63 Leute würden ihre Stelle verlieren», sagt Samedia-CEO Andrea Masüger.

Samedia ist ein gutes Beispiel, wie private Verlagshäuser von der öffentlichen Anstalt SRG abhängig sind. Sie sind finanziell abhängig oder geistig abhängig.

Die NZZ-Gruppe etwa bekommt von der SRG 5,9 Millionen für ihre TV-Kanäle Tele 1 in der Innerschweiz und TVO in der Ostschweiz. Die AZ Medien aus Aarau bekommen 5,8 Millionen an SRG-Gebühren für ihre TV-Sender Tele Bärn und Tele M1.

Insgesamt schüttet die SRG jährlich 67,5 Millionen Franken an private Radio- und TV-Betreiber aus. Es sind dies, man darf das ohne Polemik sagen, reine Bestechungsgelder.

Die Bestechungsgelder, wie man nun sieht, sind gut investiert. Kein einziges privates Medienhaus wird die «No Billag»-Initiative unterstützen. Die Verleger lassen es dabei bewenden, angesichts der aggressiven Strategie der SRG im Unterhaltungs-, Werbe- und Online-Markt nur ein bisschen den Zeigefinger zu heben.

Die SRG hat schon vor Jahren die privaten Verlage als Spezis an Bord geholt. Die Strategie entwickelte der damalige Medienminister Moritz Leuenberger. Er wusste als Zyniker, dass die privaten Verlage nur schwerlich mit Argumenten von der SRG zu überzeugen sind, aber umso leichter mit Geld.

Das einzige Medienhaus, das nicht finanziell profitiert, ist der Tamedia-Konzern. Tamedia betreibt keine Radio- und TV-Stationen und wird darum nicht von der SRG subventioniert. Doch nun will es die glückliche Fügung, dass Tamedia-Präsident Pietro Supino gleichzeitig auch Chef des Verlegerverbandes ist. Er kann in dieser Rolle nicht gegen die SRG antreten und etwa die «No Billag»-Initiative unterstützen. Bei seinen Verbandsmitgliedern, die bei der SRG jährlich ihre 67,5 Millionen abholen, würde er sich unmöglich machen.

Noch enger verkettet mit der SRG ist Ringier Schweiz. Ringier betreibt gemeinsam mit der SRG und dem Drittpartner Swisscom



«Sympathien für No-Billag»: Peter Wanner.

die Werbeplattform Admeira. Weit über die Hälfte der digitalen und der Print-Erlöse kommt von Admeira, das Konstrukt ist überlebenswichtig. Ringier legt darum eine gewaltige Kampagne hin. Im letzten Monat erschienen in der *Blick*-Gruppe über einhundert Pro-SRG-Artikel.

Taktiker Leuenberger

Samedia aus Chur wird sich ähnlich ins Zeug legen, auch Tamedia und die NZZ-Gruppe werden die SRG nicht im Stich lassen.

Der einzige Verleger, der etwas seitab steht, ist der Aargauer Peter Wanner. «Als Liberaler», sagt er, «habe ich Sympathien für die «No Billag»-Initiative.» Die 5,8 Millionen, die seine AZ-Medien für ihre zwei TV-Sender bekommt, seien für sein Haus «nicht existenziell».

Vor fünfzehn Jahren haben die Verleger eine Kröte geschluckt. Sie akzeptierten staatliche Gebührengelder für ihr privates TV und Radio. Erst waren es vierzig Millionen im Jahr, bald werden es achtzig Millionen sein. Sie werden die Kröte nicht mehr los.

Ersonnen hat das Konstrukt der damalige Medienminister Moritz Leuenberger im Jahr 2002. Taktiker Leuenberger sah voraus, dass die SRG irgendwann unter Druck kommen und Verbündete brauchen würde. Leuenberger ging darum den einfachsten Weg. Er kaufte die Verbündeten.

Lustige Zeiten

Von Henryk M. Broder — Jamaika: Vollgas im Leerlauf.

Dumm gelaufen. Das Kind hatte schon einen Namen, es war überfällig, nur über den Zeitpunkt, wann die Geburt eingeleitet werden sollte, mussten sich die Ärzte noch einigen. Doch plötzlich rief einer der Geburtshelfer: «Ich habe keine Lust mehr!», stand auf und verliess den Kreissaal. Daraufhin wurde die Geburt für gescheitert erklärt.



So könnte man das Märchen von der Jamaika-Koalition erzählen. Viel Lärm um nichts. Ausser Spesen nichts gewesen. Vollgas im Leerlauf. Und am Ende: tiefe Enttäuschung und gegenseitige Schuldzuweisungen. Man sei sooo nah an einer Einigung gewesen, erklärte ein Sprecher der Grünen, ein Vertreter der Liberalen widersprach; es habe noch über hundert Punkte gegeben, über die man keine Einigung erzielt habe. «Was stimmt denn nun?», fragt sich der Wähler, der ohnehin staunen musste, weil ihm das, was da vier Wochen lang in Berlin aufgeführt wurde, schon eine ganze Weile unheimlich vorkam. Das sollten «Sondierungsgespräche» sein? Also das Vorspiel zum ersten richtigen Date, nämlich den Verhandlungen über die Bildung einer Koalition?

Die «Kanzlerdämmerung» ist schon öfter herbeigeschrieben worden. Diesmal könnte sie tatsächlich eintreten. Der Autoritäts- und Glaubwürdigkeitsverlust der Kanzlerin ist enorm. Wie will sie daheim regieren und auf der Bühne der Weltpolitik agieren, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, sich im kleinen Kreis durchzusetzen? Sie sei, erklärte Regierungssprecher Seibert, fest entschlossen, «Deutschland gut durch schwierige Zeiten zu führen...». Ja, was denn sonst? Wofür wird sie bezahlt? Um Deutschland schlecht durch rosige Zeiten zu führen? Was hat sie eigentlich die letzten zwölf Jahre gemacht? Doch nicht etwa regiert?

Und weil inzwischen von Neuwahlen die Rede ist – um der SPD die Möglichkeit zu geben, ohne Gesichtsverlust mit der Union eine Regierung zu bilden –, wacht auch der Bundespräsident auf und erklärt, die politische Verantwortung könne «nicht einfach an die Wähler zurückgegeben» werden. Recht hat er. Man soll es mit der Demokratie nicht übertreiben. Die Wähler entscheiden zu lassen, ist immer mit einem Risiko verbunden. Vor allem in Zeiten wie diesen, die «schwierig» sind. Aber sie sind auch lustig. Und das wiederum verdanken wir den Politikern.

Tatort Leutschenbach

Der Vorwurf der «Rundschau» wiegt schwer: Urner Strafverfolger sollen Spuren gefälscht haben, um einen Unschuldigen zu verurteilen. Doch der Mordprozess um den Nachtclubbesitzer Ignaz Walker entpuppt sich zusehends als Affäre SRF: Die TV-Macher selber haben Beweise manipuliert, Fakten unterschlagen – und mit einer Verschwörungstheorie das Opfer zum Täter gemacht. *Von Alex Baur*



«Exklusiv!»: «Rundschau»-Moderator Brotz.



Freispruch: Angeklagter Walker (r.), Anwalt

Einen Krimi versprach «Rundschau»-Moderator Sandro Brotz letzte Woche dem Schweizer TV-Publikum, «[...] ein Krimi, der selbst einen <Tatort> in den Schatten stellt und nicht nach neunzig Minuten gelöst ist». Der nachfolgende «Rundschau»-Beitrag zum Mordprozess in Uri gegen Ignaz Walker hinterlässt denn auch den Eindruck, als wäre alles völlig offen: Ist der ehemalige Nachtclubbesitzer Ignaz Walker ein Täter – oder aber das Opfer einer perfiden Verschwörung? Es gilt die Unschuldsvermutung!

Doch dieser Eindruck täuscht, wie so vieles, was das TV-Magazin bisher zum Fall Walker verbreitet hat. Der von der «Rundschau» in bislang elf Folgen nach allen Regeln der Kunst zum vermeintlichen Justizskandal hochgestemte Reality-TV-Krimi um Ignaz Walker wurde vom Bundesgericht bereits im letzten Frühling entlarvt als das, was er wirklich ist: eine schmierige Posse um einen Bordellwirt, der auf einen betrunkenen Gast geschossen hat und einen Killer auf seine Ex-Frau angesetzt haben soll. Zum Glück überlebten beide Opfer. Alles andere ist Schall und Rauch.

Mit seinem Urteil vom 10. April 2017 hat das Bundesgericht abschliessend festgehalten: An den von SRF seit zwei Jahren über alle Kanäle gestreuten Zweifeln und Verschwörungstheorien ist nichts dran. Es ist erwiesen, dass der Milieuwirt Ignaz Walker mit seiner eigenen Pistole am 4. Januar 2010 vor seinem Nachtlokal in Erstfeld auf einen Gast geschossen hat. Walker wurde deshalb zu Recht wegen «Gefährdung des Lebens» verurteilt. Sodann ist gemäss Bundesgericht erwiesen, dass mit derselben Pistole zehn Monate später in Erstfeld Nataliya K., die Ex-Frau von Walker, angeschossen und lebensgefährlich verletzt wurde. Der Schütze, ein gewisser Sasa Sindelic, ist rechtsgültig verurteilt. An all dem gibt es nichts mehr zu deuteln.

Manipulierte Entlastungsbeweise

Beim laufenden Prozess in Uri geht es nur noch um die Frage, ob Ignaz Walker dem Killer Sasa Sindelic den Auftrag gab. Doch die Antwort hat das Bundesgericht eigentlich bereits vorweggenommen, als es den Freispruch von

Walker in diesem Punkt aufhob. Die Rückweisung aus Lausanne war derart explizit und scharf formuliert, dass etwas anderes als eine Verurteilung von Walker nur theoretisch vorstellbar ist. Offen ist im Grunde nur noch das Strafmass. Wie im Gesetz vorgesehen, haben es die Bundesrichter dem Ermessen des Urner Obergerichts überlassen.

Eine derart resolute Abfuhr aus Lausanne in einem Mordfall ist rar, wenn nicht einzigartig. Und nicht nur das. Das Bundesgericht hat im selben Urteil (6B-824/2016) festgestellt: Die «Rundschau» hat im laufenden Verfahren manipulierte Beweisstücke zu den Gerichtsakten gegeben, die zu falschen Schlüssen führen. Das Schweizer Fernsehen hat sich in einem Mordfall zum Komplizen des mutmasslichen Täters gemacht. Um Walker zu entlasten, versuchte es, das Opfer zum Täter zu machen. Der vermeintliche Urner Justizskandal wird damit definitiv zum «Fall Rundschau».

Als die «Rundschau» im Oktober 2014 ihre Kampagne startete, hatte das Urner Obergericht Walker bereits wegen Mordes und versuchter



Jaeggi, 18. April 2016.

Tötung zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Fall lag beim Bundesgericht (siehe Chronologie rechts). «Wir stellen nur Fragen, ohne dass wir uns als Richter aufspielen wollen», säuselte Moderator Sandro Brotz damals.

Doch der Verdacht, den die «Rundschau» in die Welt setzte, war happig: Ein Polizist, der zuvor einmal privat in einen Rechtsstreit mit dem Milieuwirt verwickelt gewesen war, soll eine falsche DNA-Spur auf eine Patronenhülse «gepflanzt» haben, um Walker zu überführen. Tatsächlich sind DNA-Spuren auf gebrauchten Patronenhülsen extrem selten, in der Regel werden sie beim Abfeuern der Kugel vernichtet. Tatsächlich stand «Ignaz der Schreckliche» seit Jahren in einem Dauerkonflikt mit Urner Polizei.

Das ist der Stoff, auf dem Anwälte vor Gericht ihre Verteidigung aufbauen. Das ist ihr Job. Solche

Spekulationen tauchen in jedem umstrittenen Prozess auf. Doch die Unschuldsvermutung gilt nicht nur für Kriminelle, sie gilt auch für Polizisten. Wer derart gravierende Vorwürfe am Fernsehen erhebt, muss auch Beweise liefern.

Vor allem aber: Anders als von der «Rundschau» behauptet war die DNA-Spur keinesfalls das «Hauptindiz», um das sich alles drehte. Man konnte die Spur getrost aus dem Recht weisen, so wie es das Bundesgericht längst getan hat. Es gibt mehr als genug andere, gewichtigere Indizien, die Walker belasten.

«Das entscheidende Puzzleteil»

Diverse Zeugen waren zugegen, als Ignaz Walker an jenem 4. Januar 2010 in seinem Lokal mit einem Gast, einem niederländischen Drogenhändler, in einen Streit geriet; die Zeugen sahen, wie der Niederländer das Etablissement verliess und wie Walker ihm nachstürmte; andere hörten und sahen wenig später, wie ein Mann auf der Strasse auf den Niederländer schoss. Zwar konnte niemand Walker als Schützen identifizieren. Doch die am Tatort sichergestellte Patronenhülse wurde aus einer Pistole abgefeuert, die Ignaz Walker gehörte, mit oder ohne DNA-Spur. Es ist dieselbe Waffe, mit der zehn Monate später auf seine Ehefrau geschossen wurde.

Von all diesen belastenden Zeugnissen und Indizien erfuhr der Zuschauer der «Rundschau» so gut wie nichts. Im Einklang mit Walkers Verteidiger stellten die TV-Macher die Anklage wegen der Schiesserei so dar, als würde sie allein auf der DNA-Spur und den Beschuldigungen des Niederländers beruhen, der sich in der Zwischenzeit ins Ausland abgesetzt hatte.

Nach der Polizei nahm die «Rundschau» die Staatsanwaltschaft von Uri ins Visier. Das Muster war ganz ähnlich wie bei der DNA-Spur. Ignaz Walker behauptet nämlich, der Holländer habe ihm gegenüber gestanden – unter vier Augen, leider ohne Zeugen –, dass er ihn bei der Polizei zu Unrecht beschuldigt habe. Gemäss der «Rundschau» wusste die Staatsanwaltschaft genau, wo sich der Niederländer aufhielt – doch sie habe diese Informationen verheimlicht, um eine erneute Befragung zu vereiteln.



Er soll eine falsche DNA-Spur auf eine Patronenhülse gepflanzt haben.

Hinter diesem gravierenden Vorwurf steckt eine komplizierte Geschichte, deren Rekapitulation wir uns ersparen können. Denn das Bundesgericht hat klipp und klar festgestellt: Der Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft zielt ins Leere, die Ermittler haben keine Akten unterschlagen, sie hatten denselben Wissensstand wie die Verteidiger. Abgesehen davon wären von der neuen Befragung des Niederländers kaum relevante Erkenntnisse zu erwarten gewesen. Er ist mittlerweile verstorben.

Die Anwürfe der «Rundschau» gegen die Ermittler waren bis da-

Chronologie

4. Januar 2010, 5 Uhr — Ignaz Walker schießt vor seinem Nachtclub in Erstfeld UR auf einen niederländischen Drogenhändler. Dieser erstattet Anzeige, die Urner Polizei stellt am Tatort eine Patrone sicher, Walker verbringt eine Nacht in Haft.

12. November 2010, 0.40 Uhr — Nataliya K., Walkers Frau, wird in Erstfeld aus naher Distanz angeschossen; trotz schwerer Verletzungen alarmiert sie die Polizei. Diese verhaftet später Walker sowie den Schützen Sasa Sindelic; bei Letzterem wird die Pistole sichergestellt, die in beiden Schiessereien zum Einsatz kam.

24. November 2012 — Das Landgericht Uri spricht Walker in beiden Fällen schuldig und bestraft ihn mit 10 Jahren Gefängnis. Während Sindelic seine Strafe (8 1/2 Jahre Gefängnis) akzeptiert, fechten Walker und der Staatsanwalt das Urteil an.

11. September 2013 — Das Obergericht des Kantons Uri erhöht das Strafmass gegen Walker auf 15 Jahre Gefängnis.

1. Oktober 2014 — Die «Rundschau» lanciert den ersten Beitrag zum Fall Walker mit einem Interview aus dem Gefängnis und erhebt schwere Vorwürfe gegen die Urner Ermittlungsbehörden.

10. Dezember 2014 — Das Bundesgericht weist das Urteil gegen Walker zur Neubeurteilung an den Kanton Uri zurück.

7. Januar 2015 — «Rundschau»-Interview mit Sindelic aus dem Gefängnis; Sindelic behauptet, Nataliya K. habe den Mordanschlag gegen sich selber inszeniert.

Februar 2015 — Walker wird nach 4 Jahren aus der U-Haft entlassen.

24. Juni 2015 — Obwohl Sindelic sein Interview zurückgezogen hat, beharrt die «Rundschau» auf der Verschwörungstheorie um den fingierten Mordanschlag.

10. Februar 2016 — «Rundschau»-Moderator Sandro Brotz verhöhnt den Kanton Uri im Vorfeld des neuen Prozesses vor dem Obergericht als «Bananenrepublik» und wirft den Urner Strafverfolgern «gravierende Unterlassungen» vor.

18. April 2016 — Das Urner Obergericht spricht Walker vom Attentat auf Nataliya K. frei und reduziert die Strafe auf 28 Monate.

10. April 2017 — Das Bundesgericht hebt Walkers Teilreispruch mit einer ungewohnt scharfen Rüge wegen Willkür auf; die Lausanner Richter werfen den SRF-Journalisten vor, Beweise «manipuliert» zu haben; aufgrund eines Zufallsfundes stellten sie fest, dass die «Rundschau» unter Verweis auf den Quellenschutz Textpassagen so eingeschwärzt hatte, dass falsche Schlussfolgerungen resultierten.

hin halbwegs hinter Fragezeichen kaschiert. Doch prozessuale Zweifel reichten nicht aus für einen TV-Krimi. Die «Rundschau» wollte mehr: die Unschuld von Ignaz Walker beweisen, auf eigene Faust. Dies wurde spätestens am 21. Oktober 2015 offenkundig, als Sandro Brotz triumphierend verkündete: «Das entscheidende Puzzleteil findet sich nicht in den Gerichtsakten – zum Kronzeugen –, mein Kollege Roman Banholzer hat es gefunden – exklusiv!»

Interview aus dem Gefängnis

Mit jeder Folge erhöhen Brotz und seine Gesellen die Dosis. Die Tonalität wird aggressiver. Aus «berechtigten Zweifeln» werden «Unterschlagungen» des Staatsanwaltes und der Polizei, die auch mal als «dein Freund und Gesetzesbrecher» beschimpft wird. Urner Oppositionspolitiker werden an Bord geholt, die eine schonungslose Untersuchung fordern und den Mordprozess zum Politikum adeln. Der Reality-«Tatort» aus dem TV-Studio Leutschenbach – gemäss Brotz «ein Kriminalfall, wie ihn die Schweiz so noch nie gesehen hat» – wird nach allen Regeln und Tricks der Dramaturgie aufgebaut und hochgekocht.

Mit einem ausführlichen Interview aus dem Gefängnis ist Ignaz Walker von Anfang an mit dabei. Mehrfach betont er seine Unschuld. In der Sendung vom 7. Januar 2015 lanciert das TV-Magazin dann den grossen Hammer: das Knast-Interview mit Killer Sindelic. Angeblich von Gewissensbissen geplagt – «Ich will, dass die Wahrheit endlich ans Licht kommt» –, beschuldigt Sindelic Nataliya, die Ex-Frau von Walker, den Mordanschlag gegen sich selber in Auftrag gegeben und inszeniert zu haben. Ihr Motiv für die Verschwörung: Sie habe ihren Gatten, von dem sie sich getrennt hatte, aus Rache hinter Gitter bringen wollen.

Und das Motiv?

Die TV-Reporter machen damit das Opfer zum Täter. Dabei stützen sie sich allein auf die Aussagen eines verurteilten Killers, gemäss Gerichtsgutachter ein notorischer Lügner mit hohem Psychopathie-Indikator. Ausser dem TV-Interview mit Sindelic gibt es kein plausibles Indiz, welches die Verschwörungstheorie der «Rundschau» irgendwie stützen würde. Aber es gibt vieles, was dagegen spricht.

Angefangen beim Motiv: Es ist nicht ersichtlich, welchen Vorteil es der Noch-Ehefrau Nataliya hätte bringen können, wenn sie ihren Gatten hinter Gitter gebracht hätte. Sie hätte einen fingierten Mordanschlag auch kaum so arrangiert, dass sie dabei fast ums Leben gekommen wäre.

Ignaz Walker dagegen hätte Nataliyas Tod eine ganze Reihe von Vorteilen gebracht: Er hätte nicht mehr für seine Ex-Frau zahlen müssen; er hätte die Obhut über den heissgeliebten Sohn erhalten; er hätte wohl, das alte Lied, ihre Lebensversicherung kassiert. Und vor allem: Nataliya hätte ihr Wissen um die Schwarzgeld-



«Ich will, dass die Wahrheit endlich ans Licht kommt»: verurteilter Auftragskiller Sindelic.

geschäfte des Walker-Clans mit ins Grab genommen. Die un versteuerten Konten, die wie ein Damoklesschwert über dem Scheidungsverfahren von Ignaz Walker geschwebt hatten und den Mann erpressbar machten, waren während des Mordprozesses ans Tageslicht gekommen.

Es ist bewiesen, dass Sindelic und Walker in den Tagen vor dem Mordversuch an Nataliya intensiv miteinander kommunizierten. 56 kurze Telefongespräche sind dokumentiert. Längere Gespräche mieden sie. Sindelic und Nataliya kannten sich dagegen kaum. Kurz vor dem Mordanschlag tauchte er an ihrem Arbeitsplatz auf, mutmasslich, um Nataliya auszuspiionieren. Sindelic hielt sich nachweislich in der Nähe des Tatorts auf, als Nataliya in der Nacht auf den 12. November 2010 aus einem Hinterhalt angeschossen und lebensgefährlich verletzt wurde. Sie befand sich auf dem Heimweg.

Auf dem Phantombild identifiziert

Mindestens drei unbeteiligte Zeugen hörten in jener Tatnacht die Schüsse; und sie sahen wenig später, wie sich ein mit einer Kapuze verhüllter Mann vom Tatort entfernte. Ihre Beschreibung des Mannes passt – abgesehen von einem Pelz an der Kapuze – zu Sindelic, den die Zeugen später sogar auf einem Phantombild identifizierten. Bewiesen ist sodann, dass Sindelic nach den Schüssen im Nachtclub von Ignaz Walker auftauchte. Walker liess Sindelic in der Folge von einem Mitarbeiter nach Hause chauffieren, was beide zwar anfänglich bestritten, unter dem Druck der Beweise aber schliesslich zugeben mussten.

Und last, but not least: Zwei Wochen nach dem Mordversuch stellte die Kantonspolizei Uri die Tatwaffe bei Sindelic beziehungsweise bei des-

sen Freundin sicher. Es war Ignaz Walkers Pistole, mit der dieser bereits auf den Niederländer geschossen hatte. Der Kreis schliesst sich.

Der Auftragskiller Sasa Sindelic wurde im Oktober 2012 wegen der Schüsse auf Nataliya rechtskräftig zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Inzwischen hat er seine (erstaunlich milde) Strafe verbüsst. Kürzlich wurde er wegen guter Führung vorzeitig aus dem Vollzug entlassen und nach Kroatien ausgeschafft.

Wenn es nach all dem noch Zweifel an der Verstrickung zwischen Walker und dem Killer gibt, dann hat die Ex-Freundin von Sindelic diese ausgeräumt. Die Frau, die vom Urner Landgericht als sehr glaubwürdig eingestuft wurde, belastete Walker im Zeugenstand schwer. Gemäss ihren Aussagen hatten Sindelic und Ignaz Walker den Mord über Wochen geplant. Das Motiv: Sindelic brauchte Geld.

Nun liegt zwar eine E-Mail bei den Akten, in der die Frau einer Nebenbuhlerin gesteht, dass sie ihren Ex-Freund Sindelic hasse und diesen «zerstören» wolle. Walkers Verteidiger liess die angeblich verräterische Mail letzte Woche im Gerichtssaal in Altdorf eine halbe Stunde lang an die Wand projizieren. In seinen Augen ist sie der schlagende Beweis, der die Aussagen der Ex-Freundin zur Makulatur macht. Doch der Hellraumprojektor half nicht wirklich weiter.

All die Beschwörungen und Wiederholungen des Anwaltes können es nicht ungeschehen machen: Die Ex-Freundin von Sindelic verfügte bei den Einvernahmen über Insiderinformationen, Täterwissen im Juristenjargon, das sie nicht aus den Medien haben konnte. Sie machte Angaben – zur Vorbereitung, zur Tat selber und zur Flucht –, die sie nur vom Täter erhalten haben konnte, wie das Bundesgericht bestätigte. Die Ex-Freundin hatte keinen Grund, Ignaz



Lebensgefährlich verletzt: Nataliya K.

Walker unnötig zu belasten. Dagegen hatte der Auftragskiller Sindelic sehr wohl ein Motiv, den TV-Reportern eine Räuberpistole aufzubinden. Geht man davon aus, dass er im Solde von Ignaz Walker auf Nataliya schoss, durfte er auch mit einer grosszügigen Belohnung rechnen, wenn er seinen Auftraggeber entlastete. Die Strafe hatte er ja schon fast verbüsst, als er der «Rundschau» das Interview gewährte. Seine Aussagen gegenüber dem Reporter waren nicht rechtsverbindlich. Er konnte diese jederzeit zurückziehen – und das hat er inzwischen auch getan.

Das Verfahren gegen Ignaz Walker ist ein klassischer Indizienprozess. Indizien haben es an sich, dass sie keine Beweise sind. Ignaz Walker wurde verurteilt, weil sich Hinweise und Zeugnisse wie ein Mosaik zu einem Gesamtbild zusammenfügen, das eine alternative Deutung schlechterdings weltfremd erscheinen lässt. Doch von all diesen Mosaiksteinen finden sich höchstens ein paar verzerrte Fragmente in den «Rundschau»-Berichten.

Gericht weicht dem medialen Druck

Am 22. Februar 2016 wird der Walker-Prozess vor dem Urner Obergericht neu aufgerollt. Die «Rundschau» hat den Fall zur Cause célèbre gemacht. Andere Medien, allen voran der *Tages-Anzeiger*, sind aufgesprungen und zeichnen ein düsteres Bild von einem hinterwäldlerischen Kanton Uri, wo eigenmächtige Staatsanwälte und Polizisten mit Verdächtigen umspringen wie Sheriffs im Wilden Westen. Einzig die NZZ hält dagegen.

Zwölf Tage vor dem Prozess haut die «Rundschau» – es ist mittlerweile der zehnte Beitrag zur Affäre Walker – noch einmal mächtig auf die Pauke. Mit dem ihm eigenen Charme eines Grossinquisitors präsentiert Moderator Brotz

zur Einstimmung eine Fasnachtszeitung, die Uri als «Bananenrepublik» verhöhnt. Mit grimmiger Miene stellt er gleich klar, dass es «definitiv nichts mehr zu lachen» gibt. Es gehe um «gravierende Unterlassungen».

Das Urner Obergericht sprach Ignaz Walker im April 2016 in Bezug auf das Mordkomplott gegen seine Frau Nataliya frei und verurteilte ihn wegen des Schusses auf den Niederländer zu 28 Monaten Gefängnis, die er bereits verbüsst hatte. Die Richter hatten schlicht und einfach dem übermächtigen medialen Druck stattgegeben. Anders ist der in sich widersprüchliche Teilfreispruch nicht zu erklären. Zum einen verwies das Urner Obergericht die Verschwörungstheorie der «Rundschau», nach der Nataliya den Mordanschlag gegen sich selber inszeniert haben soll, ins Reich der Märchen. An einer anderen Stelle schliesst es etwas Derartiges dann aber doch nicht ganz aus.

Das Bundesgericht bereitete dem Verwirrspiel mit dem eingangs erwähnten Entscheid vom 10. April 2017 ein Ende. Damit steht fest: Die Verschwörungstheorie von SRF entbehrt jeder Grundlage; die Vorwürfe an die Adresse der Staatsanwaltschaft sind haltlos; es steht zweifellos fest, dass aus Walkers Pistole auf Nataliya geschossen wurde und dass Walker enge Kontakte zum Schützen Sindelic pflegte; die belastenden Aussagen der Ex-Freundin des Auftragskillers Sindelic müssen ebenso beachtet werden wie die Aussagen anderer Zeugen; Anhaltspunkte für eine Dritttäterschaft gibt es nicht.

Verteidiger Jaeggi beschwor die Urner Richter, sich über das Verdikt aus Lausanne kurzerhand hinwegzusetzen. Er verlangte die Offenlegung der ungeschnittenen «Rundschau»-Interviews mit Sindelic entgegen dem Njet aus Lausanne. Denn gegenüber den TV-Reportern, so liess Jaeggi durchblicken, habe Sindelic behauptet, sein Bruder habe die Schüsse auf Nataliya abgegeben. Doch über all diese Geschichten hat das Bundesgericht längst entschieden. Und es bleibt auch schleierhaft, warum Ignaz Walker als Auftraggeber ausser Betracht fällt, wenn Sindelic den Mordauftrag an seinen Bruder delegiert haben sollte.

Ein ebenso trotziger wie wohl sinnloser Angriff des Verteidigers gegen das Bundesgericht – mehr bleibt von der Urner Justizaffäre nicht übrig. Ein halbes Leben lang hatte der bauernschlaue Ignaz Walker die Urner Behörden immer wieder genarrt. Doch nach dem Mordanschlag kam er mit seinen Fisimatenten nicht mehr durch. Also spannte er über seinen Anwalt Journalisten ein, die nach seiner Pfeife tanzten. Der Erfolg schien in Griffweite, als das Bundesgericht die Notbremse zog und dem Spektakel ein schroffes Ende bereitete.

Wie ist es möglich, so fragt man sich augenreißend, dass sich die «Rundschau» derart instrumentalisieren liess?

SRF-Reporter Roman Banholzer, der bei der Affäre Walker Regie führte, ist ein erfahrener Mann. Er kennt die Innerschweiz. 2013 sorgten seine Enthüllungen um die «Luzerner Polizeiaffäre» für Aufsehen. Kommandant Beat Hensler musste zurücktreten, weil er nicht konsequent genug gegen Übergriffe im Korps vorgegangen war. Gut möglich, dass Banholzer den grossen Coup wiederholen wollte. Doch Gerichtsprozesse sind keine Politaffären.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die «Rundschau» in eine laufende Strafuntersuchung eingemischt und einen beträchtlichen Schaden angerichtet hat. Auch beim Fall der «Hasch-Mami von Malters», die sich im März 2016 bei einem Polizeieinsatz das Leben nahm, fiel das TV-Magazin durch eine aggressive Berichterstattung auf. Auch dort war es Roman Banholzer, der schwere Vorwürfe gegen den Luzerner Polizeikommandanten und den Einsatzleiter erhob. Beide wurden in der Folge wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Beim Prozess vor dem Bezirksgericht Kriens im letzten Juni fielen die Anschuldigungen in sich zusammen wie ein Kartenhaus, die Polizeichefs wurden freigesprochen. Die «Rundschau» hatte zentrale Elemente ausgeblendet (*Weltwoche* Nr. 25/17, «Anklage mit Lücken»).

Vorbild Amerika

Neben Banholzer mischte im Fall Walker «Rundschau»-Chef Mario Poletti persönlich mit. Auch Poletti recherchierte in einem vertrauten Umfeld. Genau wie der in Zürich domizilierte Verteidiger Linus Jaeggi stammt auch er aus dem Kanton Uri. Haben urbanisierte Exil-Urner ihre privaten alten Rechnungen beglichen, als sie einen primitiven Mordanschlag zur «Affäre Uri» hochstilisierten? Gab es politische Motive? Wollten die Reporter der

mächtigen SRG einfach mal Gott spielen?

Vielleicht muss man gar nicht so weit suchen. «Die «Rundschau» hinterfragt die Macht – mit hartnäckigen Recherchen, enthüllenden Reportagen und brisanten Interviews», schreibt Chef Poletti über das Sendegefäss. Seine Vorbilder sind amerikanische Star-Reporter, welche Regierungen stürzen, Weltkonzerne in die Knie zwingen und Unschuldige aus der Todeszelle holen. Doch die Schweiz ist ein trostloses Pflaster für unerschrockene Helden der Enthüllung. Die Versuchung, dem vermeintlichen Skandal auf die Sprünge zu helfen, ist gross. Auch wenn dabei exakt jene Tricks verwendet werden, die man eigentlich denunzieren wollte. Offenbar fehlte beim Monopolsender eine Sicherung, welche die Irrläufer gestoppt hätte. ○

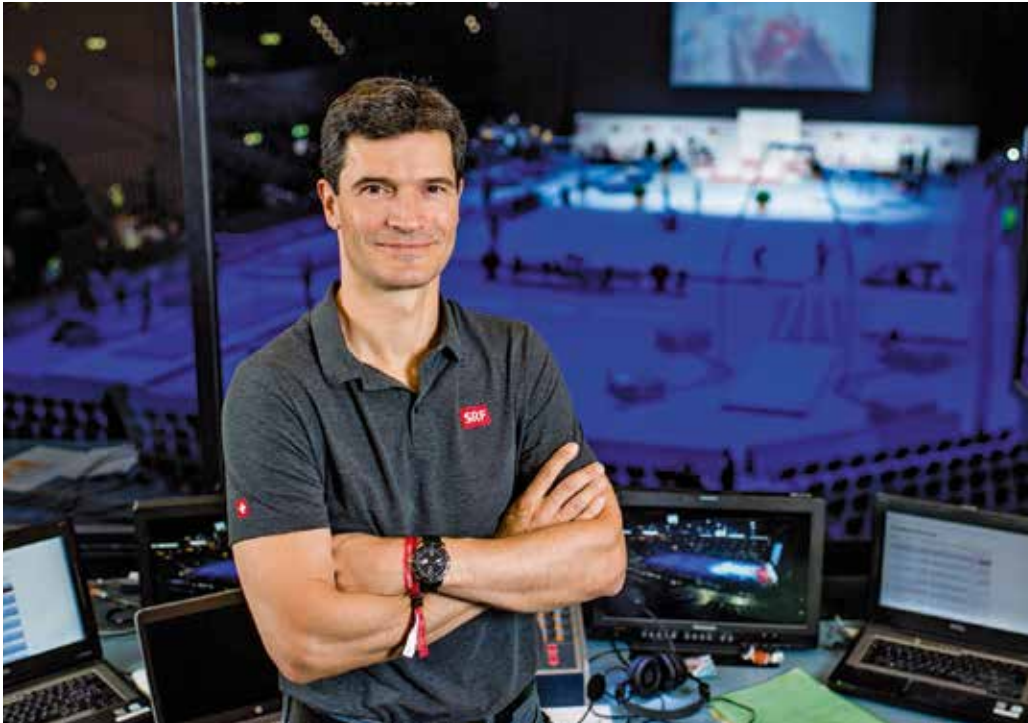


SRF-Journalist Poletti.

Wollten die Reporter der mächtigen SRG einfach Gott spielen?

Fake News und süsses Nichtstun

Der Fall sorgte für Aufsehen: Eine ehemalige Mitarbeiterin berichtet auf Facebook über die Privilegien der SRG-Angestellten. Sofort verlautet aus der SRG, die Frau sei ein Fantasieprodukt böswilliger Gegner. Doch ihr Profil erweist sich als echt. Was sagt uns die Affäre? *Von Florian Schwab*



In Wallung: Sportkommentator Hofmänner.

Noch dauert es vier Monate bis zur Abstimmung über die Volksinitiative «No Billag», doch die nervöse Anspannung in den Redaktions- und Verwaltungsräumen der SRG scheint sprunghaft zu steigen. Nichts belegt die Stimmungslage besser als die seltsame Episode, die sich letzte Woche abspielte. Zwar berichteten einige Medien darüber, doch der Stoff verflüchtigte sich im Internet und die SRG gibt sich Mühe, möglichst rasch Gras über die Sache wachsen zu lassen. Weil es sich um einen wirklich interessanten Fall handelt, hier nochmals die Fakten:

Es waren wenige Sätze in den sozialen Medien, die den Stein ins Rollen brachten: Anfang vergangener Woche kommentierte die ehemalige SRG-Angestellte C.S. einen Artikel über «No Billag» auf Facebook. Sie sei zwar unschlüssig, wie sie abstimmen werde, aber ihre eigene Zeit bei der SRG lasse sie nachdenklich werden. «Ehrlich gesagt» habe sie «sehr, sehr wenig gearbeitet und einfach gut verdient». Es schien am Leutschenbach «allgemein wichtig zu sein, so zu tun, als ob man Stress hätte», Kaffeepausen und «Luxus-Events» seien ein «zentrales Element» gewesen. Dafür wolle sie keine Steuern zahlen, auch wenn «unabhängiger Journalismus» durch den Staat «irgendwie ermöglicht» werden müsse.

Auf diese Aussagen wurden am Mittwoch auch etliche SRG-Mitarbeiter aufmerksam,

darunter der Skisportkommentator Stefan Hofmänner. Auf Facebook zog er die Darstellung von C.S. in Zweifel: «Eine C.S. hat nie bei SRG gearbeitet. Der untenstehende Post ist frei erfunden. Wer ihn gelesen hat, wurde schamlos angelogen. Es ist zutiefst erschreckend.» Hofmänner's angebliche Enthüllung versetzte die SRG in Wallung. Viele Kollegen teilten seinen Beitrag weiter oder markierten ihn mit «Gefällt mir». Am Donnerstag sprang der *Blick* auf und titelte: «Stefan Hofmänner enthüllt <erfundene> Kollegin».

Dass C.S., aufgeschreckt durch das von ihr ausgelöste Erdbeben, ihre Accounts auf sämtlichen sozialen Medien löschte, wurde von den SRG-Kämpfern in den sozialen Medien als Eingeständnis gewertet, dass es sich tatsächlich um eine böswillig angelegte Scheinidentität handelte mit dem Ziel, die SRG in Misskredit zu bringen. «Fakeprofile, Fakemeinungen bei NoBillag: Diese Frau hat nie bei SRG gearbeitet. Sie hat ihr Profil (FB & LinkedIn) mittlerweile gelöscht», triumphtierte SRG-Radiomoderator Rouven Born auf Twitter.

Schweigen der Betroffenen

Am Freitag dann die grosse Überraschung: Das Online-Portal *Watson* enthüllte, dass C.S. sehr wohl existiert und auch bei der SRG gearbeitet hat. Gegenüber dem News-Portal räumt die SRG

ein: «Mitarbeitende von SRF haben auf ihren privaten Social-Media-Accounts Vorwürfe erhoben, die nicht stimmen. Die besagte Person war vor mehreren Jahren einige Zeit für SRF tätig.»

Bleibt die Frage: Wie kommen Angestellte derjenigen Organisation, die sich als Gralshüter der höchsten Werte im Journalismus aufführt, dazu, sich mit Fake News in einen Abstimmungskampf einzumischen? Wie die *Weltwoche* aus dem Umfeld von Stefan Hofmänner erfahren hat, war er sich seiner Sache wohl relativ sicher. In seinem Kollegenkreis hält man es für sehr unwahrscheinlich, dass er den Facebook-Kommentar abgesetzt hat, ohne zumindest informell bei der hauseigenen Personalabteilung nachzufragen. Ist die SRG mittlerweile zu einer Kampforganisation verkommen, bei der politisch motiviert aus der Hüfte geschossen wird?

Gerne hätte die *Weltwoche* in Erfahrung gebracht, wie die Fake News genau entstehen konnten. Doch an einer Aufarbeitung des Falles scheint die SRG nicht interessiert zu sein. Sie lässt konkrete Fragen unbeantwortet: «SRF und Stefan Hofmänner haben die Angelegenheit richtiggestellt und sich entschuldigt. Weiter äussern wir uns nicht mehr dazu.»

Dafür, dass diese Affäre sich überhaupt abspielen konnte, ist die SRG-Spitze verantwortlich. Zu Beginn des Abstimmungskampfes hat sie die Weisungen über öffentliche Äusserungen der Mitarbeiter in den Social Media gelockert. War es ihnen zuvor kaum gestattet, sich zu ihrem Arbeitgeber oder zu politischen Vorlagen zu äussern, hiess es jetzt neu: «Die Haltung für alle Äusserungen ist immer sachlich und informativ. Das schliesst direkte Abstimmungsempfehlungen aus.» Seither bewegt sich ein vielstimmiger Mitarbeiterchor im Hochrisikogelände der sozialen Medien.

Nach Ansicht von Kommunikationsberater Jürg Wildberger, der selbst einmal für das Schweizer Fernsehen tätig war, ist der Einsatz der Mitarbeiter zwar verständlich, aber unter Umständen kontraproduktiv. «Das Signal der SRG, auf welches die Bevölkerung wartet, wäre Bescheidenheit.» Anders sieht es der frühere SRG-Chefredaktor Peter Studer: «Ich halte es für richtig, dass sich die SRG-Mitarbeiter als Betroffene zur «No Billag»-Initiative äussern.» Ab wann der Einsatz übertrieben sei, könne er nicht beurteilen. «Das bleibt der vernünftigen Einschätzung der betreffenden Person überlassen.» Immerhin: Seit der Affäre C.S. halten sich die SRG-Mitarbeiter in den sozialen Medien merklich zurück. ○

NEW



SUBARU XV 4x4 UND IMPREZA 4x4.

Mit den besten Sicherheitssystemen ihrer Klasse. Zum Beispiel:
84% weniger Auffahrunfälle dank EyeSight¹. Der neue Subaru XV 4x4 und
der neue Impreza 4x4. Am 1. und 2. Dezember an den Black & White Tagen
bei Ihrem Subaru-Vertreter.

1./2. DEZEMBER 2017:
PREMIERE
BLACK & WHITE TAGE
BEI IHREM SUBARU-VERTRETER

Sicherheit ohne Aufpreis.

Symmetrical 4x4
Boxermotor
EyeSight Fahrerassistenz-System
Advanced Safety Package ²
Lineartronic



SUBARU

Confidence in Motion

Rechenbeispiele: Subaru XV 1.6i AWD Advantage, Lineartronic, 5-türig, 114 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO₂ 145 g/km (32 g/km*), Verbrauch gesamt 6,4 l/100 km, Farbe Pure Red, Cool Grey Khaki oder Sunshine Orange, Listenpreis Fr. 25'825.-, Leasing Fr. 234.45/Monat, Fr. 7.70/Tag. Impreza 1.6i AWD Advantage, Lineartronic, 5-türig, 114 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO₂ 140 g/km (31 g/km*), Verbrauch gesamt 6,2 l/100 km, Farbe Pure Red, Listenpreis Fr. 24'150.-, Leasing Fr. 219.25/Monat, Fr. 7.20/Tag. Rechenbeispiele bei einer Leasingdauer von 48 Monaten (365 Tage/Jahr) und 10'000 km pro Jahr. Sonderzahlung: 20%. Kautions: 5% vom Finanzierungsbetrag. Bei einem Finanzierungsbetrag von unter Fr. 20'000.- mindestens aber Fr. 1'000.-. Effektiver Jahreszins 1,92%. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Bitte beachten Sie die aktuellen Tagessätze auf multilease.ch. Leasingaktion gültig bis am 31. Dezember 2017. Immatikulationen bis am 28. Februar 2018. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 134 g/km. *CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder Strombereitstellung.

subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. ¹Firmeninterne Untersuchung basierend auf den Daten des japanischen Instituts für Verkehrsunfallforschung und -datenanalyse. ²Modelle Swiss Plus und Luxury.

Berset und das Prinzip Hoffnung

Die Invalidenversicherung hat sich finanziell erholt. Ist sie auch bald saniert, wie das Sozialminister Alain Berset voraussagt? Neuste Zahlen wecken Zweifel.

Von Katharina Fontana

Um die Invalidenversicherung (IV), lange Zeit das grösste Sorgenkind unter den Sozialwerken, ist es ruhig geworden. Das könnte sich aber bald wieder ändern. Denn die IV steht vor ihrer Bewährungsprobe: Ab 2018 wird sie keine Zusatzgelder mehr aus der Bundeskasse erhalten und muss allein über die Runden kommen.

Die IV ist in vielerlei Hinsicht ein Lehrstück dafür, wie schnell ein Sozialwerk durch Laisser-faire-Politik heruntergewirtschaftet werden kann. Geschaffen als Existenzsicherung für Menschen, die körperlich oder psychisch krank sind, musste sich die IV ab den 1980er Jahren immer mehr um Problemfälle aller Art kümmern, für die sie nicht zuständig war. Profiteure waren vorab die Unternehmen, die ihre älteren Mitarbeiter bequem loswerden konnten, sowie die Gemeinden, die weniger Sozialhilfe für Fürsorgefälle zahlen mussten. Verschlimmert wurde die Situation dadurch, dass der Krankheitsbegriff auf das psychosoziale Wohlbefinden ausgedehnt wurde. Salopp gesagt, konnte sich jeder, dessen Befindlichkeit irgendwie litt, bei der IV melden. Die Zahl der Behinderten schnellte in der Folge empor, die Ausgaben taten es ebenso, die Schulden der IV explodierten. Jeder einzelne Tag brachte ein Minus von 4 Millionen Franken.

Angesichts der desaströsen Entwicklung und unter Druck gesetzt durch die von der SVP angetriebene Debatte um «Scheininvaliden», machte sich die Politik vor rund fünfzehn Jahren schliesslich ans Werk und verordnete der IV einen Kurswechsel. Statt die Leute zu ver-



Zunehmend dünnhäutige Bevölkerung: Bundesrat Berset.

renten, ging es nun darum, sie im Berufsleben zu halten. In der Folge sank die Zahl der Neurenten massiv, von 28 000 im Rekordjahr 2003 auf 14 000 im Jahr 2016. Da das Sozialwerk aber derart in der Krise steckte, benötigte es auch Unmengen an Geld. So erhielt es 2011 von der AHV fünf Milliarden Franken als Startgeld für einen eigenen Fonds, die Schuldzinsen wer-

den aus der Bundeskasse bezahlt. Zudem fliessen der IV seither aus einer bis Ende 2017 befristeten Mehrwertsteuer-Erhöhung jährlich rund 1,1 Milliarden Franken Extra-Einnahmen zu. Dank diesem Geld – und nur dank diesem Geld – schreibt die IV derzeit positive Abschlüsse und konnte ihre Schulden bei der AHV von rund 15 Milliarden Franken auf 11,5 Milliarden Franken Ende 2016 reduzieren.

Die Finanzen der IV

In Millionen Franken

Jahr	Total Ausgaben	Einnahmen						Umlageergebnis	Stand des IV-Fonds	
		Beiträge	Mehrwertsteuer	Bund	Bund-Schuldzinsen	Andere Einnahmen	Total Einnahmen		Kapital	Schulden beim AHV-Fonds
2016	9201	5172	1112	3525	30	55	9893	692	5000	-11406
2017	9216	5279	1139	3578	28	54	10077	861	5000	-10455
2018	9189	5374	245	3590	0	53	9263	74	5090	-10368
2019	9185	5451	0	3658	0	53	9162	-23	5087	-10250
2020	9145	5528	0	3717	0	52	9296	151	5065	-9920
2021	9307	5612	0	3772	0	52	9436	129	5155	-9709
2022	9242	5709	0	3830	0	51	9590	348	5119	-9151
2023	9306	5804	0	3878	0	52	9733	426	5155	-8592
2024	9238	5898	0	3926	0	51	9874	636	5117	-7752
2025	9343	5990	0	3972	0	51	10013	670	5175	-6983
2030	9294	6461	0	4204	0	50	10715	1422	5147	-731
2035	9584	6979	0	4458	0	52	11488	1905	13856	0

QUELLE: FINANZHAUSHALTE, BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN, 29.6.2017

Zu rosige Projektionen? Der Bund sagt kräftige Überschüsse (in der Grafik: Umlageergebnis) voraus.

Aufstieg des Kellerkinds

Das einstige Kellerkind hat sich also aufgerappelt. Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Lange schien es nämlich so, als könne man gegen die steigende Zahl von IV-Bezüglern nichts ausrichten, als handle es sich sozusagen um eine unumgängliche Begleiterscheinung der neuen, verstärkt auf Effizienz getrimmten Arbeitswelt und einer zunehmend dünnhäutigen Bevölkerung. Das Schreckensszenario einer IV als Fass ohne Boden ist glücklicherweise nicht eingetreten. Doch auch wenn die IV aus dem grössten Schlamassel herausgefunden hat: Heisst das nun, dass sie aus dem Schneider ist? Dass sie auch ohne den bisherigen Milliardenzuschuss ab 2018 schwarze Zahlen schreiben und in ein paar Jahren schuldenfrei sein wird?

Schaut man sich die Projektionen des Bundes an, sieht alles ganz wunderbar aus. Die IV

– die ohne Zusatzfinanzierung immer noch rund eine halbe Milliarde Franken jährlich im Minus liegen würde – wird laut offiziellen Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) in Zukunft nicht nur keine Defizite mehr schreiben, sondern kräftige Überschüsse verzeichnen und ihre Schuld bei der AHV in Riesenschritten abtragen. Ob diese Projektionen plausibel sind, ist allerdings eine andere Frage. Es fällt nämlich auf, dass sich die Aussichten in der letzten Zeit deutlich verdüstert haben. Um dies an nur einem Beispiel zu zeigen: Noch im letzten Jahr ging das BSV davon aus, dass die IV ihre Schulden bei der AHV bis zum Jahr 2025 auf knapp 3,7 Milliarden Franken senken könnte. Heute rechnet man mit etwa dem Doppelten: Auf 7 Milliarden soll sich der IV-Schuldenberg 2025 noch belaufen.

Beim BSV, das Bundesrat Alain Berset (SP) untersteht, erklärt man die verschlechterten Aussichten in erster Linie mit den gedämpften wirtschaftlichen Aussichten. Dies führe dazu, dass der Bundesbeitrag an die IV (der den Mehrwertsteuer-Einnahmen folgt) tiefer ausfalle. Laut Rolf Camenzind vom BSV darf man dennoch damit rechnen, dass die IV die letzte Schuldentranche im Jahr 2031 getilgt haben wird. Diese Einschätzung sei viel zu optimistisch, meint dagegen Martin Kaiser vom Arbeitgeberverband. Die finanzielle Lage der IV sei viel prekärer, als offiziell suggeriert werde. Die Ent-

schuldung, die man dem Volk ursprünglich per 2023 versprochen habe, werde laufend hinausgeschoben. Dass die IV ab 2018 positive Ergebnisse erzielen wird, hält Kaiser für fraglich. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Bundesrat mit seinen Projektionen zur finanziellen Entwicklung sehr sportlich unterwegs sei. So sei etwa die zugrundegelegte durchschnittliche Nettomigration von 60 000 Personen, welche die IV-Kasse mit satten Lohnbeiträgen füllen würden, viel zu hoch angesetzt.

Lockerung der Gerichtspraxis?

Die Entwicklung der Zuwanderung und der Lohnbeiträge ist aber nur eine Unbekannte. Daneben gibt es weitere Faktoren, die massgeblich dazu beitragen können, dass die IV wieder ins Trudeln gerät. So etwa, wenn die Gerichtspraxis gelockert wird. Das Bundesgericht steht derzeit nämlich unter Druck, seine bisherige restriktive Praxis bei mittelschweren Depressionen aufzugeben und betroffenen Personen künftig vermehrt eine IV-Rente zuzusprechen. Machen die Richter diesen Schritt, dürfte sich das auf die Zahl der Neurenten spürbar auswirken. Überdies haben Bundesrat und Parlament in den letzten Monaten neue Leistungen zugunsten von Familien mit schwerbehinderten Kindern und von in Teilzeit erwerbstätigen Frauen beschlossen, die für die IV spürbar ins Geld gehen. Beim BSV räumt man ein, dass die auf zehn,

fünfzehn Jahre angelegten Finanzperspektiven mit vielen Unwägbarkeiten verbunden seien und noch viel passieren könne. Insofern ist es erstaunlich, dass keine Massnahmen vorbereitet werden, um die sich abzeichnende Verschlechterung der IV-Finanzien aufzufangen. So hat der Bundesrat dem Parlament zwar im Februar 2017 neue Ideen für eine Verbesserung der IV zugeleitet, die vor allem auf Junge und auf psychisch Kranke abzielen. Die Vorlage sieht aber keinerlei Einsparungen vor. Sozialminister Alain Berset hielt noch im letzten Juni in der Fragestunde im Nationalrat mit bemerkenswerter Nonchalance fest, dass die Sanierung der IV auf Kurs sei, wenn auch mit leichter Verzögerung; neue Massnahmen brauche es keine.

Anders sehen dies freilich die meisten Kantone, die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände. Sie sind weniger zuversichtlich, was die Gesundung des Sozialwerks angeht, und verlangten bei der Vernehmlassung mit Nachdruck, dass der Bundesrat in der neuen IV-Reform auch zusätzliche Kosteneinsparungen vorsehe. Das Geschäft befindet sich derzeit in den Händen der nationalrätlichen Sozialkommission; sie hat mit der Beratung noch nicht begonnen.

Dass die Sanierung der IV tatsächlich gelingt, ist zum jetzigen Zeitpunkt also keineswegs sicher, rosige Projektionen von Berset hin oder her. Lässt der Druck nach, kann die IV schnell wieder ins alte Fahrwasser geraten. ○



Einladung zum Polit-Gipfel mit Christoph Blocher, Peter Bodenmann, Franz Steinegger und Roger Köppel (Moderation)

In Zusammenarbeit mit **EfficiencyClub**
Wirtschaft im Dialog

Dienstag, 5. Dezember 2017

Die Schweiz und Europa – 25 Jahre nach dem EWR-Nein

Ort

Volkshaus
Theatersaal
Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich

Programm

19.00 Uhr Einlass
20.00 Uhr Polit-Gipfel
ca 21.30 Uhr Ende des Anlasses

Informationen

Ihre Anmeldungen erwarten wir gerne bis spätestens Sonntag, 3. Dezember 2017, per E-Mail unter events@efficiency.ch

Bürger gegen Bundesrätin

Hans Rudolf Wyss aus Seuzach startet eine Einzelinitiative gegen die Asylpolitik von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Die Regierung verletze die Gesetze. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs hilft dem engagierten Bürger. *Von Philipp Gut*

Der Kampf ist ungleich: Hier der engagierte Bürger, dort die mächtige Bundesrätin. Hans Rudolf Wyss, parteilos, pensionierter Maschinenbauer und Informatikpionier, nimmt es mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) und dem riesigen Verwaltungsapparat des Staatssekretariats für Migration (SEM) auf. Wyss ist überzeugt, dass Sommaruga und ihre ausführenden Beamten das Asylgesetz sowie internationale Verpflichtungen verletzen. Dies, indem sie illegalen Migranten Asyl gewähren oder sie als vorläufig Aufgenommene im Land lassen.

Wyss hat an seinem Wohnort Seuzach eine Einzelinitiative eingereicht, gestützt auf Paragraph 50 des Zürcher Gemeindegesetzes. Demgemäss kann jeder Stimmberechtigte über einen in die Befugnis der Gemeindeversammlung fallenden Gegenstand eine Initiative lancieren. «Die Gemeinde Seuzach verlangt von der Justizministerin Frau Simonetta Sommaruga eine Überprüfung des Asylstatus der zugewiesenen Asylanten mit Ausweis N, F und B», heisst es in der Initiative, die Wyss Ende Oktober eingereicht hat. Zur Erklärung: Den N-Ausweis bekommen Asylbewerber, den F-Ausweis vorläufig Aufgenommene, den B-Ausweis anerkannte Flüchtlinge.

Weiter fordert Hans Rudolf Wyss den Bundesrat auf, «unverzüglich für einen lückenlosen Gesetzesvollzug zu sorgen». Er hofft, dass sein Vorstoss für rechtmässig erklärt und die Gemeindeversammlung von Seuzach darüber wird abstimmen können.

EuGH spricht von «illegalen Migranten»

Der um die Einhaltung der Gesetze besorgte Bürger argumentiert, dass die Schweiz in grossem Stil Personen Asyl oder eine vorläufige Aufnahme gewährt, die als illegale Migranten ins Land gekommen sind. Dadurch verstosse der Bund sowohl gegen das Schweizer Asylgesetz als auch gegen das Schengen-Dublin-Abkommen, dessen Mitglied die Schweiz ist.

Juristische Schützenhilfe erhält Wyss durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Dieser hatte in einem Grundsatzentscheid vom 26. Juli 2017 ein weitreichendes Urteil gefällt (Rechtssache C-646/16). Hans Rudolf Wyss hatte davon in deutschen Zeitungen gelesen, sich aber gewundert, dass es in der Schweiz kein Thema wurde. Als Mitglied des Schengen-Dublin-Raums muss die Schweiz die entsprechenden Verordnungen und Gerichtsurteile anwenden.



Illegale Migranten bleiben illegale Migranten: Initiant Wyss, Justizministerin Sommaruga.

Worum geht es? Kurz gesagt darum, dass die in der sogenannten Dublin-III-Verordnung sowie im Schengener Grenzkodex festgelegten Regeln zur Zuständigkeit von Asylanträgen und zur Sicherung der Aussengrenzen auch in aussergewöhnlichen Situationen gelten, in denen überdurchschnittlich viele Migranten

Wyss fordert den Bundesrat auf, «unverzüglich für einen lückenlosen Gesetzesvollzug zu sorgen».

nach Europa strömen. Die Dublin-Regeln besagen, dass der Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig ist, den der Bewerber zuerst betreten hat.

Konkret ging es in der Rechtssache C-646/16 um eine Klage zweier Asylbewerberinnen aus Afghanistan gegen das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl. Die beiden Afghaninnen waren im Rahmen der grossen Migrantenwelle 2015 («Willkommenskultur») von Kroatien nach Österreich eingereist und hatten dort um internationalen Schutz ersucht. Die österreichischen Asylbehörden lehnten die Anträge als unzulässig ab und ordneten die Abschiebung und Rückführung ins EU-Nachbarland Kroatien an, von wo die beiden Frauen eingereist waren.

Die Klägerinnen aus Afghanistan stellten sich auf den Standpunkt, in der Situation vom Sommer und Herbst 2015, als eine ungewöhnlich hohe Zahl von Asylbewerbern in den Schengen-Dublin-Raum strömte, hätten auch andere Länder als der Erststaat – in diesem Fall Kroatien – die Asylgesuche prüfen müssen. Ihre Durchreise durch einen oder mehrere Staaten von Schengen-Dublin sei als eine Art «Visum» zu betrachten, und ihr gewünschter Zielstaat – in diesen Fall Österreich – habe auf ihren Asylantrag einzugehen.

Der Europäische Gerichtshof wies die Klage der Afghaninnen im Urteil vom 26. Juli 2017 zurück. Es liege kein «Visum» vor, urteilt der EuGH, «wenn die Behörden eines Mitgliedstaats in einer Situation, in der sie mit der Ankunft einer aussergewöhnlich hohen Zahl von Drittstaatenangehörigen konfrontiert sind, die durch diesen Mitgliedstaat durchreisen möchten, um in einem anderen Mitgliedstaat internationalen Schutz zu beantragen, die Einreise dulden, obwohl sie die im erstgenannten Mitgliedstaat grundsätzlich geforderten Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen».

Weiter urteilt der EuGH mit verschachteltem Satzbau, aber inhaltlich und juristisch glasklar, «dass ein Drittstaatenangehöriger, dessen Einreise von den Behörden eines Mitgliedstaats in einer Situation geduldet wird, in

der sie mit der Ankunft einer aussergewöhnlich hohen Zahl von Drittstaatenangehörigen konfrontiert sind, die durch diesen Mitgliedstaat, dessen grundsätzlich geforderte Einreisevoraussetzungen sie nicht erfüllen, durchreisen möchten, um in einem anderen Mitgliedstaat internationalen Schutz zu beantragen, die Grenze des erstgenannten Mitgliedstaats [...] «illegal überschritten» hat».

Einfach gesagt: Es können noch so viele Migranten nach Europa drängen, die Schengen-Dublin-Regeln gelten, so der EuGH. Illegale Migranten bleiben illegale Migranten.

Schweiz soll Gesetze einhalten

Dieser Grundsatzentscheid des Europäischen Gerichtshofs ist auch für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Bürger Wyss hat das erkannt: «Wir besitzen keine Schengen-Aussen-grenze und sind somit nur zuständig für Asylanträge von Personen, die per Flugzeug oder mit einem gültigen Visum einreisen», sagt er. Grenzübertritte aus Italien, Frankreich, Österreich oder Deutschland in die Schweiz seien gemäss dem Grundsatzurteil der europäischen Richter illegal.

Der Urteilsspruch aus Luxemburg bestärkt Hans Rudolf Wyss in seinem Kampf gegen die rechtswidrige Massenmigration in die Schweiz unter dem Deckmantel des Asyls. Wyss hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga bereits vor dem EuGH-Grundsatzentscheid in einem Brief darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Seuzach Asylbewerber aufnehmen muss, die via Italien einreisen und keine gültigen Asylgründe vorbringen («Es gab keine Perspektive, und ich hatte Existenzangst», «Ich wurde zum Militärdienst gezwungen»). Anstelle von Bundesrätin Sommaruga antwortete SEM-Vizedirektor Pius Betschart ausweichend auf die konkreten Fragen von Wyss. Auf eine Replik von Wyss nach dem EuGH-Urteil antworteten Bundesrätin Sommaruga beziehungsweise ihre Asylchefs nicht mehr. Nun hofft der unerschrockene Bürger, dass seine Einzelinitiative durchkommt und dass die Schweiz die geltenden nationalen und internationalen Gesetze endlich einhält.

Dass sie das heute sehr oft nicht tut, folgert Wyss neben der im Widerspruch zum EuGH-Urteil stehenden Asylpraxis der Schweiz auch aus dem Umstand, dass den Behörden nur ein kleiner Bruchteil der Asylbewerber wirklich bekannt ist. Wie die *Weltwoche* berichtete («Asyl für unbekannt», Nr. 32/17, «Bern schaut weg», Nr. 39/17), steht nach Angaben des Bundes bei neun von zehn Gesuchstellern die Identität nicht zweifelsfrei fest. Bei minderjährigen Asylbewerbern wissen die entscheidenden Behörden sogar nur in 3,7 Prozent der Fälle, wen sie vor sich haben. Hans Rudolf Wyss folgert daraus, dass die Rechtmässigkeit vieler positiver Asylentscheide fraglich ist. Mit seiner Initiative will er das ändern, zuerst einmal im überschaubaren Gebiet der Gemeinde Seuzach. ○

Justiz

Bransons heikle Doppelrolle

Die interne Organisation der Finanzmarktaufsicht verstösst gegen rechtsstaatliche Grundsätze. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht kürzlich festgestellt. Die Behörde bessert nach.

Für die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) ist es ärgerlich: Vor zwei Wochen hat das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen in harschen Worten die Finma kritisiert. Sie habe «eine Organisation auf die Beine gestellt», welche «in keiner Weise die verfassungs- und gesetzmässige Garantie des Rechts auf ein gerechtes Verfahren respektiert».

Für rechtsstaatlich nicht vertretbar halten die Richter die Doppelrolle des nur dreiköpfigen Enforcement-Ausschusses, bestehend aus dem Direktor, dem Leiter Strategische Dienste und dem Leiter der Enforcement-Abteilung. Der Ausschuss ist gemäss Geschäftsreglement der Finma sowohl für endgültige Entscheidungen in bedeutenden Fällen der Rechtsdurchsetzung (Enforcement) als auch für die Behandlung von Haftungsklagen gegen die Finma zuständig.

In dem konkreten Fall tritt die heikle Konstellation ausgerechnet in der Person von Finma-Direktor Mark Branson zu Tage. Dieser wirkte als Mitglied des Ausschusses am Verfahren gegen die Lebensversicherungsgesellschaft Zenith Vie im Jahr 2014 mit. Selbiges endete mit dem Konkurs des Unternehmens. Ein Betroffener verklagte die Finma auf 75 Millionen Franken Schadensersatz. Doch derselbe Enforcement-Ausschuss ist auch für die Behandlung solcher Haftungsklagen zuständig und legte das Verfahren auf Eis. Die entsprechende Verfügung über die Sistierung unterschrieb unter anderen Mark Branson.

Generell sind die Richter der Ansicht, die Finma habe sich so organisiert, dass «das in Frage gestellte Organ über seine eigene Arbeit urteilt und somit das Recht auf ein gerechtes Verfahren nicht gewährleistet ist». Zudem habe Finma-Direktor Mark Branson im vorliegenden Fall «zwingende Gründe» gehabt, in den Ausstand zu treten, weil er persönlich in den Entscheid involviert gewesen sei, der die Haftungsklage ausgelöst habe.

Ein nicht in den Fall involvierter Wirtschaftsanwalt, der in anderen Fragen mit der Finma zu tun hat und darum anonym bleiben möchte, sieht durch den Richterspruch das «Grundproblem der Behörde bestätigt»: Dass die Finma das Gremium und damit die Personen über sich selbst urteilen lasse, sei ein Symptom für «das vorherrschende Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit». Es sei bemerkenswert, dass die Finma

den Banken und Finanzdienstleistern, die sie beaufsichtigt, detaillierte Vorschriften über die innere Organisation mache mit dem Ziel, die Unabhängigkeit der verschiedenen Gremien zu gewährleisten und Interessenkonflikte zu vermeiden. «Es mutet ein bisschen ironisch an, dass die Aufsicht jetzt wegen genau solcher Fragen selber im Regen steht.»

Nach Ansicht von Rechtsanwalt Thierry Cagianut, der das Verfahren gegen die Finma in St. Gallen gewonnen hat, schadet der «institutionalisierte Rechtsmissbrauch» durch die Finma dem «Ansehen des Schweizer Finanzplatzes und damit seiner Wettbewerbsfähigkeit». Aus Gründen der Glaubwürdigkeit «sollten die Personen, die dieses Reglement verantworten, zum Rücktritt aufgefordert werden».



Finma-Chef Branson.

Heimlichtuerei

Für Erstaunen sorgt, dass die Finma während des Verfahrens auf die Geheimhaltung ihres Geschäftsreglements pochte. In dem Urteil sind nur die massgeblichen Auszüge publiziert. Auch auf Anfrage der *Weltwoche* möchte die Behörde das von den Richtern kritisierte Dokument nicht herausrücken. Es sei «nicht publik», so ein Sprecher. Über die Gründe der Heimlichtuerei kann man nur spekulieren: Weist das Reglement etwa noch weitere Fragwürdigkeiten auf? Immerhin sichert die Finma zu, das Reglement nach dem Richterspruch zu ändern. Für Finma-Direktor Branson bedeutet dies in Zukunft, dass er entweder an der Rechtsdurchsetzung mitwirkt oder an Verfahren bei Haftungsklagen. Ganz beseitigen liessen sich Interessenkonflikte aber auch in Zukunft nicht, so ein Finma-Sprecher: «Die Aufgabe der Finma, über ihre eigenen Staatshaftungsfragen in erster Instanz entscheiden zu müssen, bringt Unabhängigkeitsprobleme mit sich, die nicht umfassend zu lösen sind.»

Das Bundesverwaltungsgericht hält genau diese Konstellation offenbar für problematisch. Als Wink mit dem Zaunpfahl hält es in Richtung Bern fest, «nur der Gesetzgeber» könne Abhilfe schaffen. Thomas Aeschi, Fraktionschef der SVP, sagt auf Anfrage der *Weltwoche*: «Man muss überlegen, ob nicht besser das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) Fragen der Staatshaftung bei der Finma beurteilen würde.» Bei anderen Bundesbehörden sei schliesslich auch das EFD zuständig. Florian Schwab

Besuch des alten Onkels

Bundesbern blickt der Visite des EU-Chefs Jean-Claude Juncker voller Vorfreude entgegen, als stünde Dürrenmatts «alte Dame» ins Haus. Aber Vorsicht: «Mister Europa» bringt kein Geld mit – er will eine Milliarde abholen. Von Wolfgang Koydl

Manchmal sieht man ihn durch die Strassen rings um den rond-point Robert Schuman streifen, den Kopf nach vorne gebeugt, die Hände in den Taschen vergraben. Dann weiss man, dass Jean-Claude Juncker mal wieder die Zigaretten ausgegangen sind und er sich in einem der Kioske in Brüssels Europa-Quartier Nachschub besorgt.

Nicht, dass er zum Rauchen das Gebäude verlassen müsste. Nachdem er vor drei Jahren die Bürosuite des Präsidenten der EU-Kommission im 13. und obersten Stock des Berlaymont-Gebäudes bezogen hatte, wurde für den Kettenraucher eine Entlüftungsanlage eingebaut. Die EU mag zwar Regeln für das Rauchen am Arbeitsplatz erlassen, aber das heisst nicht, dass sie auch für ihren obersten Repräsentanten gelten.

Wie von der Kommandobrücke eines gewaltigen Flugzeugträgers aus hat Juncker einen guten Blick auf die anderen Institutionen der Europäischen Union: Gleich gegenüber liegen die Gebäude des Ministerrates, der Vertretung der Mitgliedsstaaten: Der alte Justus-Lipsius-Bau und das neue Europagebäude, in dem wenige Monate nach dem Bezug giftige Dämpfe Evakuierungen erzwangen. Links am Schuman-Kreisel amtiert Federica Mogherini, die Aussenbeauftragte der Union, und über den Dächern ragt die verspiegelte Glasfront des Parlaments in den Brüsseler Himmel.

Erinnerungen an Mitterrand und Kohl

Juncker kann zufrieden sein, wenn er sein Reich überblickt: Europa liegt ihm zu Füssen – sein Europa. Wenn auch Rat und Parlament unabhängige und mit der Kommission konkurrierende Einrichtungen sein sollen, so ist doch er der wahre Herr der EU. Er hat seine Behörde wieder zum entscheidenden Machtfaktor gemacht, nachdem sie unter seinem Vorgänger José Manuel Barroso zum Bettvorleger der Nationalstaaten verkümmert war. Juncker indes führt eine «politische Kommission» – weder dem Parlament noch den Regierungen untertan.

Dass ihm das weitgehend gelungen ist, liegt zweifellos auch daran, dass Juncker schon immer da gewesen zu sein scheint, schon zu Zeiten, als François Mitterrand, Margaret Thatcher und Helmut Kohl den Ton angaben: als Luxemburger Dauer-Premier, als Dauerchef der Euro-Gruppe, als Architekt der Gemeinschaftswährung und des Maastricht-Vertrages und schliesslich – die Krönung – als Präsident der Kommission.

Wenn die oft so gesichtslose EU ein Antlitz hat, dann ist es das jenes Mannes, der heute zum Staatsbesuch nach Bern kommt: Jean-Claude Juncker, Mister Europa. Nicht nur Bundespräsidentin Doris Leuthard sieht der Visite mit Vorfreude entgegen. Manche erwarten von dem netten alten Herrn aus Brüssel Wohltaten für die nette kleine Schweiz – so wie die Bewohner des Städtchens Güllen in Dürrenmatts Tragikomödie von der vermeintlich netten alten Dame Claire Zachanassian. Doch wie sie verfolgt auch Juncker seine eigene Agenda – und die ist nach wie vor die Schaffung eines europäischen Einheitsstaates.

«Ich glaube, dass er, entgegen dem Zeitgeist, eine bestimmte Idee von europäischer Einheit verkörpert, die letztlich zur Überwindung des Nationalstaats führen soll», urteilt denn auch Günter Verheugen, ehemals Vizepräsident der EU-Kommission. Alle Rückschläge der vergangenen Jahre haben Juncker nicht von seinem Ziel abgebracht, und der bevorstehende Austritt Grossbritanniens beflügelt ihn sogar bei seinen Plänen. Ohne die lästigen Bremser lässt sich das grosse Einigungswerk nun womöglich rascher vollenden.

Deshalb sehen nicht nur EU-Skeptiker den Berufeuropäer kritisch. Er sei ein «aufgeblasener und überbezahlter Wichtigtuer», der «dem europäischen Projekt einen schlechten Namen gibt», urteilte sogar ein Mann wie Vince Cable – und der ist immerhin Vorsitzender der EU-freundlichen britischen Liberaldemokraten.



Körperkontakt: Bundespräsidentin Leuthard.

Cable gab Juncker sogar eine Mitschuld am Brexit-Votum seiner Landsleute: «Er hat eine Menge Leute in Britannien vergrault, die der EU eigentlich wohlgesonnen waren.»

Juncker dürfte das nicht stören. Nach der Abstimmung versprach er, den Briten eine «sehr gesalzene» Abschlussrechnung auszustellen. Zugleich kündigte er an, fortan nicht mehr Englisch sprechen zu wollen, «weil diese Sprache nicht mehr relevant ist in der EU». Und nach einem missratenen Dinner mit der

«Ich habe gelitten mit Europa und mich gequält wegen Europa.»

britischen Premierministerin im vergangenen Frühjahr teilte er seiner Duzfreundin Angela Merkel am Telefon mit, dass Theresa May in einem «Paralleluniversum» lebe.

Ehemals treuer *Weltwoche*-Leser

Tatsächlich ist das Europabild des Luxemburgers Juncker beeinflusst von französischen Vorstellungen, gemäss denen die Briten lieber auf ihrer nebligen Insel im eigenen Saft schmoren sollten, als mit bizarren Ideen das Einigungswerk zu hintertreiben.

Das Austrittsreferendum hat ihn darüber hinaus in seiner Abneigung gegen alle Formen direkter Demokratie bestätigt. Seine bevorzugte Methode ist es, lenkend in den Willen des Volkes einzugreifen: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert», verriet er einmal. «Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

Aus diesem Grund ist ihm auch die Schweiz immer suspekt gewesen, auch wenn er sich gerne – so wie man das halt macht – als Freund des Landes bezeichnet. Selbst als treuer *Weltwoche*-Leser offenbarte er sich einem Emissär des Blattes. Er habe die Berichte verschlungen und zum Teil bis heute aufbewahrt. Doch mit dem Eigentümer- und Richtungswechsel bei der *Weltwoche* sei die Liebe schlagartig erkaltet. So ist denn auch sein Versprechen, für das Magazin einen «Liebesbrief an die Schweizer» zu schreiben, bis heute uneingelöst.

Fremd sind ihm auch die ost- und mittel-europäischen EU-Mitglieder. Seit seiner Wahl



EU first: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

zum Kommissionschef hat er kaum einmal seine westeuropäische Komfortzone verlassen und wäre mal in den wilden Osten des Kontinents gereist. «Für ihn sind wir nur lästige Zigeuner», meinte ein ungarischer Amtsträger. Juncker gehe es um ein Kerneuropa, in etwa in den Grenzen des hochmittelalterlichen Stauferreiches plus Frankreich. Juncker sagt, solche Kritik belaste sein Denken und Handeln. Doch wenn er dann Ungarns Regierungschef Viktor Orbán mit dem Ruf «Hallo, Diktator!» und einer spielerischen Ohrfeige begrüsst, ist von solchen Seelenqualen nichts zu spüren. Das Verhältnis zu Orbán ist auch persönlich zerrüttet, seitdem dieser gemeinsam mit dem damaligen Briten-Premier David Cameron Juncker als Kommissionschef verhindern wollte. Cameron ist längst weg, bald auch sein Land. Doch Orbán tut ihm diesen Gefallen nicht.

Juncker selbst sieht sich als grossen Europäer in der Tradition von Lichtgestalten wie Robert Schuman. Er braucht die europäische Bühne, weil nur sie ihm die Gelegenheit bietet, jenen

Part zu spielen, der ihm angemessen scheint: eine Hauptrolle vor internationalem Publikum. Staatsmännische Statur erreichte er damit nicht wirklich. Jacob Rees-Mogg, Jungstar der britischen Konservativen, nannte ihn ebenso vernichtend wie zutreffend einen «Bismarck aus einem Ein-Pfund-Discountshop».

Traum vom Superstaat

Europa ist ohne Juncker nicht denkbar – und Juncker nicht ohne Europa: «Ich habe mein ganzes Leben lang das europäische Projekt geliebt», bekannte er in einer emotionalen Rede. «Ich habe gelitten mit Europa und mich gequält wegen Europa. Ich bin durch dick und dünn gegangen mit der Europäischen Union und habe doch nie meine Liebe für diese Europäische Union verloren. Und wie wir alle wissen: Es gibt keine Liebe ohne Enttäuschungen, oder jedenfalls nicht oft.»

Aus diesen Worten klingt eine Leidenschaft für das europäische Gemeinschaftswerk an, wie es in der Nachkriegszeit erdacht und auf-

geleitet worden war: der Traum von einem wohlhabenden, friedlichen, geeinten Europa, dem Superstaat. Heute mutet dieser Traum naiv an, aber es wäre falsch, Juncker als blauäugig abzutun. Fragt man ihn, bestreitet er, ein «Integrationsfanatiker» zu sein. Aber er sei schon «sehr für eine Vertiefung der Europäischen Union».

Dieses Ziel hat er nicht aufgegeben, auch wenn das Brexit-Votum, die Griechenlandkrise und der Zusammenbruch des Schengen-Systems wegen der unkontrollierten Migration Rückschläge brachten. Eine Zeitlang habe im Berlaymont eine «F**k die Kommission-Stimmung» geherrscht, vertraute ein Eingeweihter dem Onlinemagazin *Politico* an. Inzwischen haben sich Juncker und die EU wieder gefangen: Bei den Gesprächen mit London bewahren die Mitglieder eine gemeinsame Linie, die Euro-Krise ist aus den Augen geraten, die Flüchtlingszahlen sinken.

Im persönlichen Gespräch wirkt Juncker wie ein netter Onkel, ein Mann, für den man das

Wort «jovial» hätte erfinden können. Freundlich, aber auch täppisch und recht undiplomatisch. Allein seine besitzergreifenden Begrüssungsrituale lassen Gäste erschauern. Man frage nur Simonetta Sommaruga. «Juncker ist Juncker», heisst es dann entschuldigend in seiner Umgebung. Er sei nun mal «äusserst authentisch» und verstehe sich nicht, wenn er jemanden nicht leiden kann.

Manchmal wirkt er eher wie jener peinliche Onkel, der auf Familientreffen schlüpfrige Witze erzählt, die Mädels begrabscht und gerne zu tief ins Glas schaut. Letzteres sagt man

Er habe kein Problem mit dem Alkohol, spottete ein Beobachter, sondern nur eines ohne einen Drink.

Juncker auch nach. Er habe kein Problem mit dem Alkohol, spottete einmal ein Beobachter, sondern nur eines ohne einen Drink. «Nach dem Mittagessen war es zwecklos, mit ihm zu reden», kolportierten EU-Diplomaten.

Das Bild darf freilich nicht über Junckers ausgeprägten, fast schon machiavellistischen Instinkt hinwegtäuschen. Dieser ist gekoppelt mit einem Terabyte-Gedächtnis, das nichts vergisst und vergibt, sowie einer ungesunden Portion Zynismus. «Wenn es ernst wird, muss man lügen», lautet sein wohl berühmtestes Zitat. «Ich bin für dunkle, geheime Debatten.» Zu viel Transparenz hält er für «naiv», und es mache ihm auch nichts aus, wenn man ihn als «unzureichend demokratisch» bezeichne.

«Ho-Chi-Minh-Stil»

Die Geheimniskrämerei hat Methode. In seinem Büro umgibt er sich mit einem kleinen Zirkel enger Vertrauter, in deren Mittelpunkt sein Kabinettschef Martin Selmayr steht. Der Deutsche wurde Juncker von seiner luxemburgischen Landsmännin Viviane Reding empfohlen, für die er zuvor gearbeitet hatte. Als Manager von Junckers EU-Wahlkampf erwarb sich Selmayr sein Vertrauen und wurde mit dem Topjob belohnt. Die engen Mitarbeiter sind ihm absolut loyal ergeben. Wer nicht dazugehört, klagt über mangelnde Motivation und Demoralisierung und nennt Junckers Führungsstil schon mal die «Ho Chi Minh School of Management».

Zwei Jahre bleiben Juncker noch, um seine Agenda durchzudrücken. Im Herbst 2019 endet seine Amtszeit, und für eine zweite steht er nicht mehr zur Verfügung. Das dürfte gesundheitliche Gründe haben: Juncker sieht älter aus als seine 63 Jahre, und seine Mitarbeiter registrieren, dass er sich immer häufiger Pausen gönnt. Beim jüngsten EU-Sozialgipfel in Göteborg quälte er sich nur mühsam aus dem Fond seines Autos. Doch solange er noch Kraft hat, wird er an seinem Ziel festhalten: EU *first*. ○

Verhandlung, die keine ist

Der Bundesrat behauptet, zur Kohäsionsmilliarde habe er noch nicht entschieden. Tatsächlich wird Brüssel das Geld bekommen. Hintergründe eines teuren Polit-Theaters. Von Hubert Mooser

Die Tafel im Von-Wattenwyl-Haus in der Berner Altstadt ist gedeckt, die Blumen sind aufgestellt, das Bundeshaus ist beflaggt. Es ist alles vorbereitet für den Empfang von EU-Chefkommissar Jean-Claude Juncker. Er hätte bereits im Oktober kommen sollen. Aber dann wurde das Treffen auf den November verschoben, man weiss nicht wieso.

Bis letzte Woche hatte Bundespräsidentin Doris Leuthard auch diesmal keine Gewissheit, ob der EU-Kommissions-Chef kommen würde. Deshalb habe der Bundesrat nach der Sitzung vor einer Woche in Sachen Kohäsionsmilliarde nicht Klartext reden wollen, heisst es in Bern. Statt des neuen Chefs des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) Ignazio Cassis, federführender Bundesrat bei diesem dornigen Dossier, trat Vizekanzler André Simonazzi vor die Medien – um zu sagen, dass er eigentlich nichts zu sagen habe.

Viel deplatzierte Geheimniskrämerei, die bundesratsnahe Kreise mit folgender Erklärung rechtfertigen: «Wenn die Regierung alles schon ausgebreitet hätte, bräuchte Juncker gar nicht mehr in die Schweiz zu kommen.» Der Bundesrat habe aus taktischen Überlegungen Stillschweigen vereinbart. Plötzlich lässt die Regierung, die sich in den vergangenen Jahren von der EU am Gängelband führen liess, taktisches Raffinement aufblitzen.

Glanz und Gloria der Bundesräte

Doch was ist bloss so geheim an diesen Gesprächsinhalten, dass die Öffentlichkeit erst nach der Visite von Juncker mehr darüber erfahren darf? Seit Juni kursieren in Bern vertrauliche Papiere des Bundesrates, in denen Erwartungen und Vorgehen seitenlang beschrieben sind. Es geht um die Zahlung von 1,3 Milliarden Franken an dreizehn EU-Staaten im Osten. Der Bundesrat verkauft dies als einen freiwilligen Beitrag der Eidgenossenschaft zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa. Die EU fordert von der Schweiz die Kohäsionsmilliarde aber wie eine Zwangssteuer ein. Sie spielt dafür über die Bande, lässt Schweizer Unterhändler bei der Anpassung laufender Verträge und bei Entscheidungen zur Schweizer Finanzmarktregulierung zappeln.

Die Heimlichtuerei lässt sich nur so erklären, dass es auf Schweizer Seite nicht mehr

nur um Verhandlungen mit der EU geht – sondern auch um Gesichtswahrung, Prestige, kurz: um Glanz und Gloria. Das weiss keiner besser als der frühere Aussenminister Didier Burkhalter. Er stolperte im Juni genau über den Kohäsionsbeitrag. Burkhalter wollte die Zahlung schon fest zusagen, wie damals

Doris Leuthard will als Retterin des bilateralen Wegs ihr Präsidialjahr krönen.

durchsickerte. Als er mit seinem Plan aufstieg, trat er genervt zurück. Nachfolger Ignazio Cassis hat ein anderes Problem. Er hat sich während der Kampagne für die Burkhalter-Nachfolge weit zum Fenster hinausgelehnt und ist für eine härtere Linie als Burkhalter gegenüber der EU eingestanden.



Geheimniskrämerei: Bundesratssitzung,

Cassis hat dem Vernehmen nach im Bundesrat wiederholt durchblicken lassen, dass er in seiner bisher kurzen Amtszeit keine Möglichkeit gehabt habe, dieses Dossier entscheidend mitzuprägen. Er habe darum vermeiden wollen, das Geschäft vor den Medien vertreten zu müssen – weil man ihm dies als Abkehr von seiner Position zur EU hätte auslegen können. Und das kommt besonders Doris Leuthard gelegen.

Seit sich die Bundespräsidentin im April mit Juncker in Brüssel ein erstes Mal getroffen hat, führt sie Regie bei der unendlichen Geschichte über die künftige Zusammenarbeit mit der EU. Leuthard will als Retterin des bilateralen Weges ihr Präsidialjahr krönen. Dafür hat sie in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt mit dem EU-Chefkommissar telefoniert und ihn mit der Aussicht auf eine Milliardenzahlung nach Bern gelockt, um ihm hier ein paar Zugeständnisse abzurufen.

Argwöhnisch hat ihre Truppe in den letzten Wochen jede Bewegung in Richtung Brüssel registriert, etwa das Treffen von Johann Schneider-Ammann Anfang November mit zwei Vizepräsidenten der EU-Kommission, Andrus Ansip und Jyrki Katainen. Dies aus Angst, der Wirtschaftsminister könnte mit unbedachten Äusserungen das Treffen gefährden. Misstrauisch beobachtet auch das

Lager von Schneider-Ammann die Manöver der CVP-Bundesrätin, mit denen sie sich bei der EU-Frage in den Vordergrund drängt.

Kein Geld für Grenzwachtkorps

So geht das seit Anfang Jahr, nachdem Burkhalter und Schneider-Ammann das Thema Kohäsion in einem Aussprachepapier am 22. Februar 2017 erstmals zur Sprache brachten. Am Ende der animierten Sitzung beauftragte die Landesregierung das FDP-Duo, die Vorbereitungsarbeiten zu einem allfälligen Schweizer Kohäsionsbeitrag weiterzuführen und die Ergebnisse dem Bundesrat in einem zusätzlichen Aussprachepapier im Juni zu unterbreiten. Gleichzeitig wollte man dann eine Standortbestimmung zur Entwicklung der Gesamtbeziehungen Schweiz–EU vornehmen.

Die Zahlung eines weiteren Kohäsionsbeitrages in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken war zu diesem Zeitpunkt längst beschlossen. Das Parlament hatte im September 2016 das entsprechende «Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas» formell abgesegnet. Für den Bundesrat ging es nun vor allem darum, wie man das Geld am effektivsten einsetzen wollte. Schneider-Ammann, Burkhalter und Simo-

netta Sommaruga lieferten dazu die Bausteine. Man einigte sich auf eine thematische Konzentration.

So will die Schweiz mit der Kohäsionsmilliarde die duale Berufsbildung zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit verstärkt fördern. Ein zweiter Schwerpunkt bildet die Migration. Konkret will sich der Bund an der Harmonisierung der europäischen Flüchtlingspolitik und an der Lösung von Flüchtlingsproblemen im Ausland (Italien und Griechenland) beteiligen. 250 Millionen Franken sind für diesen Schwerpunkt vorgesehen. Davon sollen zum Beispiel 50 Millionen Franken in die Integration unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, in Nothilfe und Migrationsmanagement vor Ort fliessen. Mit anderen Worten: Der Bundesrat will die Flüchtlingsprobleme in EU-Ländern lösen, während er für die Bewältigung der eigenen Migrationsprobleme kein Geld hat. Wurde nicht Finanzminister Ueli Maurer zurückgebunden, als er sein Grenzwachtkorps aufstocken wollte?

Die zentrale Frage ist aber: Was verlangt die Schweiz für die 1,3 Milliarden Franken? Über die Kohäsionsmilliarde werde der Bundesrat «im Lichte der Gesamtbeziehungen zur EU» entscheiden, dies die schwammige Erklärung der Regierung. Gemeint ist damit, dass der «definitive» Entscheid über die Zahlung des Erweiterungsbeitrages von den Fortschritten in allen relevanten Dossiers abhängt.

Der Schweizer Wunschkatalog ist indessen mehr oder weniger bekannt. Die Schweiz verlangt eine rasche Aktualisierung bestehender Abkommen und Kooperationsprojekte. Zum Beispiel das Abkommen über technische Handelshemmnisse: Die letzte Aktualisierung erfolgte nach langem Hin und Her im Sommer. Dieses für die Industrie wichtige Abkommen braucht indessen auch in Zukunft periodische Anpassungen. Im Umfeld von Schneider-Ammann gibt es Befürchtungen, dass die EU künftige Aktualisierungen wieder benutzt, um auf die Schweiz Druck auszuüben. Das Gleiche gilt für den Finanzmarkt. Mit der Anerkennung der Schweizer Börse allein ist es in diesem Sektor noch nicht getan. Es gibt noch andere Bereiche des Finanzsektors, für die man von der EU die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Gesetzgebung erwartet. Bezogen auf den Finanzmarkt, kritisiert der Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann: «Die EU verlangt von der Schweiz eine Gegenleistung für einen Entscheid, den er anderen Drittstaaten gegenüber problemlos zugesteht.»

Und über allem schwebt wie ein Damoklesschwert der Rahmenvertrag, der eine engere Anbindung an die EU vorsieht. Man darf gespannt sein, was am Ende des Treffens Leuthard–Juncker für die Schweiz tatsächlich herauspringt. ○



November 2017.

«Trump ist auf Reagan-Kurs»

Donald Trumps Wirtschaftsaufschwung ver helfe Amerikanern zu Möglichkeiten wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr, sagt Faith Whittlesey, Ronald Reagans ehemalige Botschafterin in Bern. Die Schweiz habe eine historische Chance, die Beziehungen mit den USA zu vertiefen. *Von Urs Gehrig und Florian Schwab*

Zierlich und perfekt frisiert sitzt sie vor der riesigen Fensterfront, hinter der sich Herbstwiesen bis zum Bodensee hinunterziehen. «Es ist ein sehr guter Jahrgang», sagt Faith Whittlesey. Gemeint ist der Jahrgang 2017 der Young Leaders – 26 junge Amerikaner, die hier am Wolfsberg, Thurgau, residieren. Whittlesey kennt das Holz, aus dem Führungspersönlichkeiten geschnitzt sind. Seit 35 Jahren sorgt sie im Rahmen der American Swiss Foundation dafür, dass Talente aus Politik, Wirtschaft und Medien Einblick ins Schweizer Räderwerk erhalten.

Die Schweiz kennen- und schätzen gelernt hat Faith Whittlesey, 78, als Botschafterin Ronald Reagans. Gleich zwei Mal (1981–83 und 1985–88) war sie für den «The Gipper» in Bern. Damals wehte Reagan, den man einen «herzlosen Extremisten» und «verrückten Kriegstreiber» schimpfte, ein eisiger Wind entgegen wie heute Donald Trump. Unbeirrt warb sie bei den Schweizern für die Qualität

«Die Schweiz hat ein vitales Interesse daran, dass Trumps Strategie ein Erfolg wird.»

ten Reagans, die längst über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt sind, und knüpfte ein enges Beziehungsnetz, von dem beide Länder bis heute profitieren.

Als vor einem Jahr die Schweizer Politik und Wirtschaft, die auf einen Sieg Hillary Clintons gesetzt hatten, in Schockstarre verfielen, war es Whittlesey, die dem Bundesrat den ersten Kontakt zu Trump vermittelte. Seit Jahren kennt sie ihn persönlich, der Whittlesey «Madam Ambassador» nennt. Lange vor seiner Wahl zum US-Präsidenten verwies sie in einem Artikel für die *Weltwoche* auf die Parallelen zwischen Reagan und Trump (*Weltwoche* Nr. 10/16). Und sie prophezeite, für die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA sei der neue Präsident ein Glücksfall.

Ambassador Whittlesey, Sie haben Donald Trump vehement unterstützt. Sind Sie zufrieden mit seiner Leistung?

Ich habe stark für ihn Partei ergriffen. Weil er im Herzen an einen schlanken Staat glaubt, an den Föderalismus und an den Kapitalismus. Im Gegensatz zu Hillary Clinton und allen anderen republikani-



«Trump bewundert die Schweizer Errungenschaften»: Diplomatin Whittlesey.

schen Kandidaten – mit Ausnahme von Rand Paul – hatte er die richtigen Instinkte, will die Regierung verkleinern und vor allem die Regulierung zurückfahren. Das schafft Wirtschaftswachstum, lässt die Löhne steigen und verhilft den normalen Amerikanern zu Chancen, wie es sie in den letzten drei Administrationen nicht mehr gegeben hat. Aber es ist eine Mammutaufgabe. Etwa so, wie wenn man einen Flugzeugträger umkehren lassen will, der in eine bestimmte Richtung unterwegs ist. Ja, er war nicht vollständig erfolgreich und hat ein paar Fehler gemacht. Aber er hat seine Regierung als wirtschaftsfreundliche Administration in Position gebracht.

In der Schweiz beobachtet man seine Präsidentschaft mit grosser Reserve.

Für die Schweiz ist der amerikanische Wachstumsmotor sehr wichtig. Nicht nur haben Schweizer Firmen grosse Produktions- und Forschungsanlagen in den USA, es gibt auch bedeutsame indirekte Kapitalanlagen in den US-Aktienmarkt. Die Schweiz hat ein vitales Interesse daran, dass Trumps Wachstumsstrategie ein Erfolg wird. In den USA sind derzeit Pro-Business-Kräfte an der Macht. Die amerikanische Bevölkerung ist optimistisch. Trump selbst hat gesagt, er wolle ausländische Investitionen ins Land holen. Trump ist auf Reagan-Kurs in der Wirtschaftspolitik.

Wie sind die Aussichten?

Er versucht, die Unternehmenssteuern von 35 auf 20 Prozent zu reduzieren. Analysten sind optimistisch, dass die Steuerreform bis Ende Jahr steht. Das sind gute Voraussetzungen für Investitionen in den USA. Die Öffnung des Energiezweigs, die Entschlossenheit, die USA zum Selbstversorger zu machen, die Dakota-Pipeline, die Keystone-Pipeline, der Alaska-Ölmarkt, den Trump weiter erschliessen will, all dies bringt Prosperität, und Prosperität bedeutet mehr Konsum, auch für Schweizer Produkte und die Industrie. Es sieht gut aus. Die Börse spiegelt diesen Trend wider.

Was hat Trump diesbezüglich erreicht?

Die Aktienmärkte sind seit seinem Amtsantritt wie eine Rakete losgegangen. Der Reichtum der Investoren hat um 5,4 Billionen Dollar zugenommen. Auch viele Schweizer, die Trump kritisieren, sind dadurch deutlich reicher geworden. Trump hat 3000 Regulierungen aus der Obama-Zeit rückgängig gemacht – Vorschriften, welche das Wirtschaftswachstum einschränken. In den letzten zwei Quartalen ist die Wirtschaft um mehr als drei Prozent gewachsen, unter Obama waren es weit weniger als zwei Prozent. Und wäre es nicht zu den Hurrikans gekommen, dann hätten wir im letzten Quartal wohl ein Wachstum von vier Prozent gesehen. Und dies trotz



«Er ist eben kein amerikanischer Aristokrat»: Trump.

heftiger Opposition von Seiten des republikanischen Establishments, der Demokratischen Partei, vieler Medien und des «Deep State», also einer Beamtenschaft, die nicht demokratisch gewählt ist und viel Macht langfristig an sich bindet. Diese ist unter den letzten drei Administrationen exponentiell gewachsen. Trump hingegen setzt sich für die benachteiligten Amerikaner ein.

Inwiefern?

Die Arbeitslosigkeit ist auf 4,1 Prozent gesunken, so tief wie seit siebzehn Jahren nicht mehr. Trump hat 1,5 Millionen Jobs geschaffen. Er hat auch den sogenannten Clean Power Plan rückgängig gemacht, der Dinge des täglichen Bedarfs wie Heizung und Transport für ärmere Leute verteuert hat.

Moment – die sogenannten *forgotten men and women*, welche prominent in seiner Antrittsrede vorkamen, scheinen immer noch vergessen zu sein. Ihr wichtigster Vertreter,

«Steve Bannon ist der De-facto-Anführer der neuen aufkommenden Republikanischen Partei.»

Steve Bannon, ist weg aus dem Weissen Haus und rüstet zum Krieg gegen das Establishment. Wie kann eine Regierung solide sein, wenn die Partei gespalten ist?

Jede grosse politische Partei hat Flügel. Was Steve Bannons Idee betrifft, die vergessenen Leute wieder ins Zentrum zu stellen, die Hillary als die «Beklagenswerten» (*deplorables*) bezeichnete, so ist sein Abschied vom Weissen Haus eine gute Sache. Als jemand, der selber im Inneren des West Wing gedient hat, kann ich Ihnen sagen: Der Westflügel ist unter jedem Präsidenten eine Schlangen-

grube der Kontroversen. Von aussen hingegen kann Bannon die Republikaner für die Wahlen 2018 und 2020 stärken.

Bannon kämpft für Trump, nicht gegen ihn?

Nun, wenn der Präsident Dinge unternimmt, die im Widerspruch zu seiner Wahlagenda stehen und den Interessen der amerikanischen Mittelschicht zuwiderlaufen, wird er den Präsidenten herausfordern. Er wird ihn angreifen, wenn er sieht, dass der «Deep State» Trump vom Kurs abdrängt. Ich denke, Steve Bannon ist der De-facto-Anführer der neuen aufkommenden Republikanischen Partei.

Hat Trump schlechte Berater?

Sicher hat er Fehler gemacht bei der Auswahl. Er ist eben kein politischer Insider aus Washington. Aber aus den Querelen in der Anfangszeit hat er bestimmt gelernt. Das muss er auch, um sich gegenüber der hochkomplexen Bürokratie zu behaupten, die ihm grösstenteils sehr feindselig gegenübersteht. So etwas habe ich mein ganzes Leben noch nie gesehen. Und unter Ronald Reagan war die Beamtenschaft, der *administrative state*, auch feindselig. Aber die Intensität hat sich verzehnfacht.

Warum ist das so?

Er ist grösser und mächtiger geworden. Präsident Obama hat den bürokratischen Apparat aufgeblasen. Dessen Vertreter sind es gewohnt, Macht an sich zu reissen und auf verschiedene Weise zu behaupten. Etwa durch Kooperationen mit bestimmten Medien wie der *Washington Post* und der *New York Times*. Diese arbeiten Hand in Hand mit der permanenten Bürokratie und treiben eine Agenda voran, welche den Wünschen der Leute widerspricht, die Trump gewählt haben. Die Agenda der Bürokraten ist eine linke, antikapitalistische Agenda. Und sie hat ihre Fürsprecher auch im republikanischen Establishment und im Umfeld des Präsidenten. Sie versuchen, seine Politik in die Richtung zu lenken, wie es der Apparat will. Trump kämpft so gut es geht und hat dabei gewisse Erfolge, aber auch gewisse Misserfolge.

Ronald Reagan war – wie heute Trump – in Europa sehr unpopulär. Wie war die Stimmung, als Sie 1981 Ihr Amt als seine Botschafterin in Bern antraten?

Ronald Reagan wurde sehr skeptisch bewertet. Neben Indifferenz gab es auch regelrechte Feindschaft. Man hielt ihn für einen Kriegstreiber, der die Westmächte mit der Sowjetunion in einen Krieg stürzen würde. Man hielt ihn für wenig intelligent und unerfahren. Er hatte Berater, die nicht in diplomatischen Nettigkeiten geschult waren. Heute ist das Klima ähnlich. Der neue Botschafter Ed McMullen kommt mit seiner Familie Mitte Dezember nach Bern. Ich denke, auch er wird erleben, dass der Präsi-

dent, dem er dient, aus vielen Lagern feindselig beargwöhnt wird.

Aus vielen Lagern oder aus allen Lagern?

Nach zwei Wochen intensiven Gesprächen in der Schweiz kann ich sagen: Es gibt viele Leute, die verstehen, dass die ökonomischen Erfolge auch der Schweiz nützen. Viele Firmenvertreter sehen das positiv.

Viele Schweizer stören sich an Trumps Stil.

Er ist eben kein amerikanischer Aristokrat. Er kommt aus Queens, das ist einer der weniger eleganten Stadtteile von New York. Viele meiner Schweizer Freunde kennen Manhattan ganz gut, aber wenige kennen sich in Queens aus. Hätte er den Stil eines amerikanischen Aristokraten wie Jeb Bush, wäre er wahrscheinlich nicht gewählt worden. Er teilt aus und gibt stets zurück; er ist ein Raufbold. Er kommt aus der Medienwelt. Er ist eine Celebrity und weiss seinen Star-Faktor einzusetzen. Schweizer, die Zurückhaltung und Bescheidenheit als Charaktereigenschaften schätzen, empfinden Trumps Verhalten als anstössig. Ich verstehe das. Aber die USA sind ein anderes Land. Ich denke nicht, dass Trumps Basis schrumpft. Die Menschen werden ihn wiederwählen. Er hat in der Vergangenheit bewiesen, dass die Meinungsumfragen nicht das wahre Denken der Amerikaner reflektieren.

Sie kennen Trumps neuen Botschafter Ed McMullen seit Jahrzehnten persönlich. Wie bewerten Sie ihn?

Er ist ein idealer US-Botschafter für Bern. 1996 nahm er an der «Young Leaders Conference» der American Swiss Foundation teil. Ich kannte ihn damals und habe ihn als aufgehenden Stern am Polihimmel in South Carolina identifiziert. So wurde er auch ausgewählt für die Conference. Seither hat er die Schweiz etliche Male besucht. Er respektiert dieses Land sehr, liebt alles daran. Und er freut sich auf die Aufgabe. Zudem ist er sehr nahe am Präsidenten.

Wie nahe? Kann er ihn jederzeit anrufen?

Ich würde sagen, ja. Er ist so nahe am Präsidenten, wie man es als politische Figur nur sein kann.

Wie kann die Schweiz vom neuen Botschafter profitieren?

Die Schweiz ist eine Wirtschaftsrepublik und glaubt an eine bestimmte Regierungsphilosophie, welche von Trump geteilt wird: Unabhängigkeit der Regionen, möglichst lokale Kontrolle, Steuerwettbewerb, Privatsphäre, tiefe Steuern, flexible Arbeitsmärkte. Das sind die Dinge, für die Ed McMullen sein Leben lang gekämpft hat. Also hat die Schweiz eine historische Chance, mit dieser Regierung zusammenzuarbeiten. Ich glaube, es ist an der Zeit, diese Verbindung auszubauen und zu vertiefen. Das liegt auch im Interesse der Unternehmen. Diese mussten

mit Obama zurechtkommen, der antikapitalistisch war und dauernd nach Wegen gesucht hat, die Wirtschaft immer stärker zu besteuern und zu regulieren.

Grosse Teile der Wirtschaft haben sich gut mit Obama arrangiert.

Das ist vermutlich kurzsichtig. Wenn Sie die Kräfte des Antikapitalismus stärken, dann beißen diese zu. Vielleicht nicht sofort, aber irgendwann umso kräftiger.

Viele Leute, gerade in der Wirtschaft, haben das Gefühl, es wäre gefährlich, zu sehr auf Trump zu setzen, weil er in vier Jahren weg und dann der «Deep State» zurück ist.

Die Schweizer Wirtschaft war über das Wahlresultat geschockt. Der Finanzplatz war überzeugt, dass Clinton gewinnen würde. Entsprechend haben sie ihre Kontakte geknüpft. Aber halten wir uns an die Fakten: Zwei Drittel der Gouverneure sind heute republikanisch. Ebenso zwei Drittel der

«Jeder Staatschef stellt die Interessen des eigenen Landes allem voran. Das erwartet sein Wahlvolk.»

Parlamentarier aus allen fünfzig Bundesstaaten. Es gibt nur noch acht Staaten, wo die Demokraten den Gouverneur stellen und beide Parlamentskammern kontrollieren. Die Demokratische Partei ist in einer sehr geschwächten Position. Selbst wenn Trump verschwinden sollte – und ich denke nicht, dass das passiert –, dürfte die Bewegung, die er repräsentiert, sehr stark bleiben. Die Demokraten haben niemanden auf der Ersatzbank. Ihre Philosophie trifft in der Bevölkerung auf Ablehnung. Sie wollen alles gratis geben, aber die Leute wissen, dass der Staat 20 Billionen US-Dollar Schulden hat. Die Demokraten können ja gar nicht vor die Wähler treten und sagen, wofür sie wirklich stehen: das Aufblähen der Regierung, höhere Steuern und mehr radikale Sozialpolitik. Das wurde zu weit getrieben, und das Volk lehnt es ab.

Unsere Bundespräsidentin Doris Leuthard hat Trump vor der Uno-Vollversammlung frontal kritisiert. Mit Verweis auf Trumps «America first»-Strategie sagte sie: «Wir teilen die Ansicht nicht, dass nur Nationalismus und Patriotismus zum Ziel führen.»

Jeder Staatschef stellt die Interessen des eigenen Landes allem voran. Das erwartet sein Wahlvolk.

Sorgte dieser Kommentar für Irritationen bei Trump?

Ich denke nicht, dass ihr Kommentar von grosser Bedeutung war. Der Präsident sieht über solche Aussagen hinweg. Er weiss, wofür die Schweiz steht. In der Tat bewundert er die Schweizer Errungenschaften. ○



Inside Washington

«Positive Impulse»

Entwarnung bei einem Kaffee in Manhattan. Trump sei gut fürs Schweizer Business.

Letzte Woche habe ich Martin Naville, Chef der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, zum Kaffee getroffen. Wir hatten eine lebhaft Diskussion.

Herr Naville, Sie haben öffentlich bekundet, dass Sie kein Fan vom Menschen Donald Trump sind. Was halten Sie von Trump als Präsidenten? «Dem Wahlkampf von Trump konnte ich nicht viel Positives abgewinnen. Seine apokalyptischen Töne bei der Vereidigung, seine zweifelhafte Haltung gegenüber der Wahrheit und seine Übertreibungen («I will be the best jobs president God ever created») sind doch sehr gewöhnungsbedürftig. Als Präsident hat er mich vom Ton her in meiner Meinung leider bestätigt. Aber in Realität ist alles viel weniger schlimm als angenommen.

Ist die Trump-Regierung gut für das Schweizer Business? «Sie war gut und wird weiterhin gut sein für Schweizer Firmen. Diese haben während allen Administrationen seit Reagan sehr gute Erfolge erzielt. In den letzten fünf Jahren sind die Exporte in die USA um 58 Prozent gestiegen und waren der absolute Motor der Schweizer Exportindustrie. Die Direktinvestitionen in beide Richtungen haben sich seit 2007 verdoppelt. Dieser positive Trend wird auch unter Trump weitergehen: Steuersenkungen, weniger neue Regulierungen und eine pragmatischere Umsetzung von Regulierungen werden positive Impulse bringen.»

Wo sehen Sie Verbesserungspotenzial für Schweizer Handelsinteressen? «Wichtig ist, dass das weltweite Wirtschaftssystem nicht über den Haufen geworfen wird. Das Engagement der USA in der Uno, der Welthandelsorganisation, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist noch unklar, ist aber für uns elementar.»

Ist Trump gefährlich für die globale Stabilität? «Nein! Während seiner ganzen Karriere hat er laute Töne von sich gegeben, dann aber mit Vorsicht Lösungen angestrebt. Er hat in den ersten zehn Monaten nicht viel erreicht, aber auch nichts Unüberlegtes angestellt und kein Geschirr zerbrochen. Amy Holmes

Im Bann sexueller Verzauberung

Eigentlich war es ein unmögliche Ehe. Doch seit 70 Jahren sind Queen Elizabeth und Prinzgemahl Philip verheiratet. Was ist das Geheimnis? Man muss sich die Bilder ihrer Jugend ansehen. Von Julie Burchill

Ein Bild, heisst es, sagt mehr als tausend Worte. Meines Wissens gibt es nur ein Bild von Elizabeth II., Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland sowie ihrer anderen Reiche und Territorien, Oberhaupt des Commonwealth und Beschützerin des Glaubens, das eine heisse Geschichte erzählt. Auf dem berühmten Foto der Queen und ihres frisch Angetrauten sind die beiden auf Hochzeitsreise in der Grafschaft Hampshire, in Tweed gekleidet und am Wandern in der frischen britischen Natur – lauter Dinge, die, für sich genommen, nicht sehr aufregend zu sein scheinen. Doch wie die beiden Jungverheirateten einander anschauen, ist unmissverständlich: Hier sind zwei Menschen im Bann sexueller Verzauberung.

Sie war damals 21 und noch nicht Königin; er war 26 und hatte den Zweiten Weltkrieg hinter sich. Sie sahen aus wie Inbilder von Unschuld und Erfahrung. Wenn sie jetzt ihren siebzigsten Hochzeitstag feiern, ist die 91-jährige Queen der am längsten regierende Monarch Grossbritanniens und ihr Mann das älteste männliche Mitglied der Königsfamilie, das es je gegeben hat; und nachdem er sich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hat, wirkt sie jetzt wie die Erwachsene. Doch gerade im Wechsel ihrer Gestalten und Funktionen können wir vielleicht erkennen, warum diese Beziehung so lange gehalten hat und allem Anschein nach eine glückliche ist.

«Verdammte Amöbe»

Sie begann damit, dass sie missbilligt wurde – was eine Liebesbeziehung immer aufregend macht. Als sie einander kennenlernten, war Elizabeth dreizehn Jahre alt und er ihr achtzehnjähriger entfernter Cousin: ein Ausländer ohne Geld, seine Schwestern verheiratet mit Nazis. Er musste seine Nationalität, seine Religion und seinen Titel eines Prinzen von Griechenland ablegen, um Elizabeth zu heiraten, was ihm nicht ganz leichtfiel. Als er hörte, seine Kinder würden Windsor heissen, soll er gemurrt haben: «Ich bin nicht mehr als eine verdammte Amöbe, der einzige Mann im Land, der seinen Kindern nicht seinen Namen weitergeben darf.» Er, der sich immer gern vorgedrängelt hatte, dürfte auch nicht gejauchzt haben, als er erfuhr, dass er immer zwei Schritte hinter der Königin zu gehen haben werde. Dennoch machte er kein schlechtes Geschäft: Er bekam nicht nur eine Frau, die aussah wie die junge Claire Bloom, sondern auch ein unvorstellbar angenehmes

und luxuriöses Leben – was nicht automatisch geschieht, wenn man auf einem Küchentisch auf Korfu zur Welt gekommen ist. Die Queen ist vermutlich angenehm im Umgang, da sie völlig unprätentiös ist; ausserdem ist ein schüchterner Mensch wie sie ein gutes Publikum für einen Angeber. Das kann freilich auch Nachteile haben: Viele Beobachter glauben, die deplatzierten Sprüche, für die Prinz Philip berüchtigt ist, habe er nur deshalb vom Stapel gelassen, um die Queen zum Lachen zu bringen.

Toller Fang

Obschon ich keine Monarchistin bin, ist mir klar, dass ich wie die meisten von uns ein Leben, wie es die Queen führen muss, nie ausgehalten hätte: dieses unablässige Kommen und Gehen von Fremden, deren Interessantheit, gelinde gesagt, variierte. Ausserdem hatte sie weder erwartet noch erhofft, den Thron zu besteigen – im Gegensatz zum machthungrigen Prinz Charles, der seinem Schwager Earl Spencer beim Begräbnis von dessen Vater sagte: «Du hast Glück, dass du so jung schon das Erbe antreten kannst.» Ihr Vater, George VI., galt als der «widerwillige König»: Als er hörte, er werde gekrönt werden, da sein Bruder auf den Thron verzichtet habe, schrieb er in sein Tagebuch: «Ich brach zusammen und schluchzte wie ein Kind.» Es kann also gut sein, dass die Queen

das Gefühl hat, die Wahl ihres Ehemanns sei die einzige autonome Handlung ihres Lebens gewesen.

Denjenigen von uns, die nicht das zweifelhafte Vergnügen haben, ihn näher zu kennen, kommt der Duke of Edinburgh wie ein ranziger alter Rassist vor. Aber einer Frau, die schon als Kind so gewissenhaft war, dass sie nachts aufschreckte und nachsah, ob ihre Schuhe auch sauber ausgerichtet dastanden, und als Erwachsene so schüchtern ist, dass sie über wenig anderes reden mag als über das Verhalten von Vierbeinern, so einer Frau muss er wie ein toller Fang vorgekommen sein. Ein paar ihrer Bemerkungen zeigen, dass sie weise sein kann («Wir haben die amerikanischen Kolonien verloren, weil wir nicht staatsmännisch genug waren, zu merken, wann und wie wir etwas hergeben sollten, das wir ohnehin nicht behalten konnten»); giftig («Fussball ist eine schwierige Angelegenheit; und was sind das für Primadonnen!») und boshaft («Gott sei Dank hat er nicht die Ohren seines Vaters!») – anlässlich der Geburt von Prinz William). Wenn sie also sagt: «Mein Mann ist all diese Jahre hindurch meine Stärke und mein Halt gewesen; ich bin ihm mehr schuldig, als er je beanspruchen würde», dann sollten wir ihr dies am besten einfach glauben.

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer



Gutes Publikum für einen Angeber: Elizabeth und Philip auf Hochzeitsreise, 24. November 1947.

Die Tragödie des Robert Mugabe

Er war kein dumpfer Despot wie Mobutu, Bokassa oder Idi Amin. Robert Mugabe beeindruckte als tollkühner Kommandant, kühler Stratege und gewandter Diplomat. Trotzdem ritt er Simbabwe ins Elend. Warum? Das erklärt *Jean Ziegler*, der Mugabe persönlich kennengelernt hat.

In der Nacht vom 7. auf den 8. November 2017 betrat General Constantino Chiwenga unangemeldet den Präsidentenpalast. Er forderte den Staatschef zum Rücktritt auf. Mugabe, 93, lehnte ab. Der General verordnete Hausarrest. Elitesoldaten besetzten die Hauptstadt Harare.

Der letzte afrikanische Staatspräsident, der sein Volk in die Unabhängigkeit geführt hatte, war entmachtet. Am vergangenen Dienstag gab er schliesslich seine Demission bekannt.

Simbabwe ist eines der schönsten Länder der Welt. In endlosen Wellen, wie ein grüner Ozean, dehnen sich die mit dunklen Tabakfeldern, Gemüse und Getreideäckern bestandenen Hügel dem Horizont entgegen. In den Berghängen am südlichen Sambesi-Ufer liegen Nickel, Chrom, Kupfer und Gold verborgen. Die zwei uralten Kulturvölker der Shona (ihm entstammt Mugabe) und der Matabele bewohnen das Land. Seit Jahrzehnten liegt es im Ruin: Prostitution, Unterernährung, Aids, Inflation, massive Arbeitslosigkeit peinigten die Menschen. Verantwortlich für dieses Massenelend sind die inkompetente Autokratie und die uferlose Korruption. Eine ganz üble Rolle spielt Mugabes vierzig Jahre jüngere Gattin Grace, die die Regierungspartei Zanu-PF beherrscht.

Abstieg in die Hölle

Im persönlichen Gespräch ist «Comrade» Mugabe, Genosse Mugabe, wie er von seinen Anhängern und ausländischen sozialistischen Besuchern immer noch genannt wird, ein ausserordentlich lebendiger, belesener und auch ironischer Mensch. Über europäische Politik und insbesondere die inneren Widersprüche der Sozialistischen Internationale weiss er bestens Bescheid, fragt nach, korrigiert, in einem gepflegten Englisch.

Er ist kein dumpfer Despot, kein Joseph Désiré Mobutu, Jean-Bedel Bokassa oder Idi Amin Dada. Mit seiner Baseballmütze, dem farbigen Hemd, den weissen Hosen und den Sandalen ist er unentwegt in den Dörfern und Quartieren unterwegs. «Win or war» – das alte Motto des Guerillachefs ertönt immer noch aus den Lautsprechern. Es gilt jetzt der internen Opposition und den britischen und australischen Minengesellschaften, welche dieselbe angeblich finanzieren.

Warum dieser Abstieg in die Hölle? 1964 gibt die Labour-Regierung in London den

Protektoraten Nordrhodesien (heute Sambia), Njassaland (heute Malawi) und der «Crown Colony» Südrhodesien, dem heutigen Simbabwe, die Unabhängigkeit. In Salisbury jedoch, dem heutigen Harare, verweigern die rund 180 000 weissen Siedler London die Gefolgschaft. Unterstützt von der weissen südafrikanischen Rassendiktatur, erklären sie die unilaterale Unabhängigkeit. Der einäugige ehemalige Royal-Air-Force-Pilot (und spätere Tabakmogul) Ian Smith wird ihr Präsident.

Der blutige, sieben Jahre dauernde Befreiungskrieg der afrikanischen Partisanen begann in der Neujahrsnacht 1972 mit dem Angriff auf zwölf weisse Farmen. Der junge Dorfschullehrer Mugabe erwies sich rasch als tollkühner Kommandant, kühler Stratege und gewandter Diplomat. 1979 führte er die afrikanische Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen in London.

Nebst den langen Jahren im Untergrund und der schon in frühesten Kindesjahren erlebten rassistischen Erniedrigung hat ein anderes Ereignis Mugabe geprägt: Der von ihm vertrauensvoll unterschriebene Waffenstillstandsvertrag sah einen zehnjährigen Eigentumsschutz für die weisse Minderheit vor. Danach, im Jahre 1989, sollte die Landreform stattfinden, finanziert von Grossbritannien. Labour stürzte, Margaret Thatcher kam an die Macht. Sie verweigerte jede Hilfe für die Reform.

In den Slums von Bulawayo und Harare, in den Bretterhütten am Rande der weissen Plantagen, lebten Millionen verelendeter afrikanischer Bauern. Im Jahr 2000 schlug Mugabe zu. Ohne Entschädigung, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, wurden die Landbesetzungen, häufig begleitet von irrationaler Gewalt, organisiert. Die weissen Siedler flüchteten. Bevor sie gingen, zündeten sie ihre Häuser an, brachten ihr Vieh um, verwüsteten die Traktoren und die Bewässerungsanlagen. Mugabes Landreform, so nötig sie auch war, endete im Zusammenbruch der Landwirtschaft. Verseuchtes Wasser und Hunger forderten Tausende von Opfern, westliche Geheimdienste verübten Mordanschläge auf Mugabes Familie. Der Staatschef

selbst geriet in eine wohl bloss von einem erfahrenen Psychiater zu erklärende Spirale der Paranoia.

Als Uno-Generalsekretär hat Kofi Annan die Politik der «Subsidiarität» entwickelt. Regionale interstaatliche Organisationen sollten bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen eines Staatschefs für Abhilfe sorgen. Die Afrikanische Union jedoch gab diese Aufgabe an das seit 1994 vom ANC regierte Südafrika weiter. Mandela tat nichts. Auch sein Nachfolger Thabo Mbeki zeigte sich ausserstande, gegen den «Comrade» etwas zu unternehmen, insbesondere die Eisenbahnlinien, welche zu den südafrikanischen Atlantikhäfen führen, zu unterbrechen. Mbeki schuldet Mugabe sein Leben und das seiner Familie.

«Regenbogen-Nation»

Mbeki war Kommandant der Einheiten der ANC-Befreiungsarmee in Südafrika. Als das südafrikanische Expeditionskorps Namibia überannte und nach Südafrika vorstieß, gelang ihm die Flucht nach Simbabwe. Vierzehn Jahre lang hat Mugabe die ANC-Kämpfer geschützt, unterstützt und bewaffnet und wurde dafür vom Südafrikanischen Büro für Staatssicherheit mit Mordanschlägen verfolgt. Weder Mandela und Mbeki gestern noch Jacob Zuma heute – kein ANC-Politiker wird je die Hand gegen Mugabe erheben.

So seltsam es klingt: Mugabe war für Mandela ein Vorbild. 1979 prägte Mugabe den Begriff der «Regenbogen-Nation». Kein Kolonialverbrecher wurde in Simbabwe verurteilt. Mugabe wollte im befreiten Staat die Versöhnung mit den Weissen.

Wird General Chiwenga es wagen, den 93-jährigen Mugabe vor Gericht zu stellen?

Nichts ist entschieden. Freiheitshelden sind im Kollektivbewusstsein tief verwurzelt.

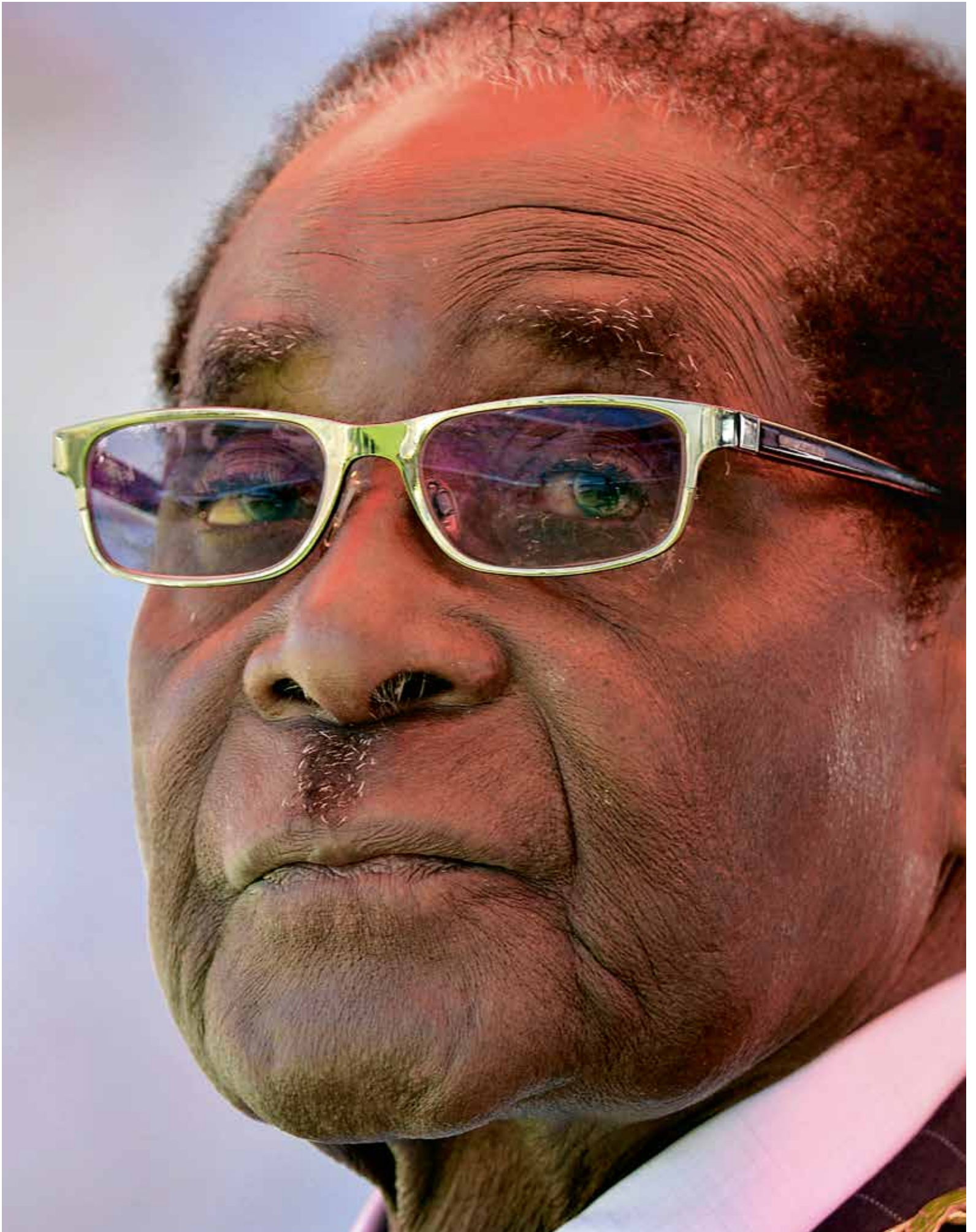
Eines nur ist sicher: Die uralten, geplagten Kulturvölker Simbawwes verdienen endlich ein Leben in Menschenwürde, Glück und Freiheit.

Jean Ziegler ist Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor des autobiografischen Buches «Der schmale Grat der Hoffnung» (Bertelsmann).



Nelson Mandela.

So seltsam es klingt: Mugabe war für Mandela ein Vorbild der Aussöhnung.



Spirale der Paranoia: Präsident Mugabe, 2017.



Spektakuläre Angebote: Geschäftsmann Niel, im September in Paris.

Ein Mann wie aus dem Abenteuerroman

Als Teenager war er Hacker für den Geheimdienst, als Milliardär musste er ins Gefängnis, als Unternehmer verhalf er Macron zur Wahl: Xavier Niel investiert in alles, was Zukunft hat. In Frankreich gehört ihm das Weltblatt *Le Monde*, in der Schweiz der Telekom-Anbieter Salt. *Von Jürg Altwegg*

Die Romanfigur, ein französischer Unternehmer, erleidet ein schreckliches Ende: Islamisten schneiden ihm die Kehle durch. Die literarische Vorlage für den Patron in Karine Tuils «Die Zeit der Ruhelosen» kommt glimpflicher davon: Der Telekom-Milliardär Xavier Niel sass nur einmal einen Monat lang im Gefängnis. Ansonsten aber ist ihm der Romanheld fast bis zur aufdringlichen Kenntlichkeit exakt nachempfunden. Denn auch Niels Leben verlief stets ziemlich abenteuerlich.

Er wurde 1967 als Sohn eines katholischen Juristen und einer jüdischen Buchhalterin geboren. Als er fünfzehn Jahre alt war, schenkte ihm der Vater zu Weihnachten den ersten Computer, einen Sinclair ZX81. Zwei Jahre später hackte Niel die Decoder des Pay-TV-Fernsehsenders Canal Plus. Um einer Strafe zu entgehen, verpflichtete er sich, für den französischen Geheimdienst im Bereich der Überwachung von

Cyberattacken zu arbeiten. Nach der monatelangen Tätigkeit in der Spionageabwehr fiel es ihm schwer, sich auf sein Studium zu konzentrieren. Er brach es ab, als er Millionär geworden war: Er hatte die Millionen mit Telefonsex im französischen Minitel verdient. Diese französischen Ur-Computer verfügten über einen rudimentären Bildschirm, die Inhalte kamen über die Telefonleitung. Man konnte den Fahrplan

Das Internet verdrängte das Minitel – und machte Niel zum Milliardär.

konsultieren, im Telefonbuch nachschlagen und Rezepte beziehen. Oder gegen überhöhte Telefongebühren pornografische Inhalte konsumieren. Auch in Sexshops und Peepshows investierte der Jung-Entrepreneur.

Niels Mitarbeiter überschwemmen die IT-Verantwortlichen in grossen Firmen mit Geschenken und brachten sie dazu, die teuren Leitungen auch über Nacht nicht abzuschalten. Bei der Bank Crédit Lyonnais und beim staatlichen Arbeitsamt wurden die Machenschaften aufgedeckt und die Verantwortlichen von der Polizei verhört. Doch aus Angst vor Imageschäden wurden keine Klagen eingereicht.

Aufstieg in die obersten Kreise

Das Internet verdrängte das Minitel – und machte Niel zum Milliardär. Er begründete seine Telekommunikations-Holding Iliad und lancierte seine Freebox für Telefon, Internet und Fernsehen. Als totaler Outsider trat er gegen das Kartell aus France Télécom (Orange) und den Konzernen SFR (damals Vivendi) und Bouygues (Bauunternehmer und Eigentümer

von TF1, dem grössten TV-Privatsender Europas) an. Mit spektakulären Discount-Angeboten für Handy-Abos mischte Free die Branche auf. Einige von Niels Rivalen müssen frohlockt haben, als er 2004 von seinen Anfängen eingeholt und wegen «verschärfter Zuhälterei» ins Gefängnis gesteckt wurde. Seine Anwältin sprach in ihrem Plädoyer von seinem «Rausch der Transgression», in dem der Rebell seine Karriere gegen den Widerstand des Establishments gemacht habe.

Der Aufstieg in die obersten Kreise der Gesellschaft liess nicht lange auf sich warten. 2010, sechs Jahre nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, begegnete der verheiratete Niel bei einem Diner in Paris Delphine, der einzigen Tochter des reichsten Franzosen, Bernard Arnault, Eigentümer des Luxusgüterkonzerns LVMH. Es war Liebe auf den ersten Blick. Nicht entzückt war Bernard Arnault, als ihm die Gerüchte von der Liaison zu Ohren kamen. Inzwischen haben sich die Beziehungen zwischen Bernard Arnault und seinem Schwiegersohn normalisiert. Niel, der seine Jeans und Hemden im Dutzend und ab Stange kauft, berät Arnault in digitalen Angelegenheiten. Auch ein paar gemeinsame Investitionen haben sie getätigt.

Bernard Arnault hat vor ein paar Jahren Frankreichs führende Wirtschaftszeitung *Les Echos* erworben. Praktisch die gesamten französischen Medien sind inzwischen im Besitz der zehn reichsten Franzosen. Die Hälfte von ihnen – Bouygues als Bauunternehmer, Lagardère, der Raketen verkaufte, und Dassault, der Flugzeugbauer und Waffenhändler, dem *Le Figaro* gehört – verdienen grosse Teile ihres Vermögens dank Geschäften mit dem Staat. 2015 erwarb Bernard Arnault auch noch die grösste Boulevardzeitung des Lan-

des, *Le Parisien*: in der Absicht, sie in den Dienst des geplanten Comebacks von Präsident Nicolas Sarkozy in den Elysée-Palast zu stellen.

«Diese Frau kann Feuer löschen»

An seiner Stelle wurde bekanntlich Emmanuel Macron Präsident. Mit ihm kreuzte Xavier Niel die Klängen, als die Zeitung *Le Monde* einen Käufer suchte. Macron war damals Banker bei Rothschild. Unentgeltlich stellte er sich der Redaktion als Berater bei der Suche nach dem besten Kandidaten für eine Übernahme zur Verfügung. Zu ihrem Entsetzen mussten die Mitarbeiter allerdings feststellen, dass ihr Vertrauensmann gleichzeitig gegen Bezahlung für einen möglichen Käufer arbeitete. Mitten im Wahlkampf hat ein *Monde*-Journalist erzählt, wie er das zufällig entdeckte und den

«Wenn mich Journalisten ärgern, kaufe ich ihre Zeitung und habe meine Ruhe.»

flüchtenden Macron, der den Aufzug blockiert hatte, über mehrere Etagen verfolgte: «Sein Puls war auf 200.»

Die weltweit berühmteste französische Zeitung ging letztlich nicht an Emmanuel Macrons Klienten. Den Zuschlag bekam das Trio Pierre Bergé, Matthieu Pigasse und Xavier Niel, der einmal gesagt hatte: «Wenn mich Journalisten ärgern, kaufe ich ihre Zeitung und habe meine Ruhe.» Die drei kauften später auch das linke Nachrichtenmagazin *Le Nouvel Observateur*. Sie sind dafür bekannt, dass sie sich wenig in redaktionelle Angelegenheiten einmischen. Sehr viel wichtiger als der Einfluss von *Le Monde* war bei der Wahl Emmanuel



Brigitte Macron (l.), Delphine Arnault.

Macrons ein Tipp, den er von Xavier Niel bekam. Als die Gerüchte, Macron sei homosexuell und würde mit dem Direktor des französischen Radios ein Doppelleben führen, von Putins Medien *Russia Today* und *Sputnik* verbreitet wurden, wandte sich Brigitte Macron an Delphine Arnault, mit der sie im gleichen Fitnesscenter trainiert. Niel verwies den bedrängten Kandidaten an die 70-jährige Michèle («Mimi») Marchand. Sie hat ebenfalls Gefängniserfahrung, lebt mit einem früheren Geheimdienstagenten zusammen und herrscht in Paris über den Klatschjournalismus. Sie versicherte Macron, dass sie selber nie kompromittierende Fotos in Auftrag gegeben habe, und konnte nach einer kurzen Abklärung auch bestätigen, dass keine heiklen Bilder auf dem Markt sind.

Gleichzeitig übernahm sie die Inszenierung der Gegenattacke und organisierte das gelungene Treffen, bei dem sich Emmanuel Macron zu den Gerüchten äusserte. *Vanity Fair* beschrieb die Zusammenarbeit in einem Porträt von Mimi: «Diese Frau kann Feuer löschen, Fotos zurückkaufen, Stinkbomben entschärfen.» Ihre Fotografen verfügen seither über die Exklusivität bei Homestorys aus dem Elysée.

Niel hatte Mimi schon vielen bedrängten Freunden empfohlen und das erste Treffen in seinem Pariser Domizil organisiert, dem Palais Rose im 16. Arrondissement. Er ist dem Grand Trianon in Versailles nachgebildet. Niel wohnt in der gleichen Strasse wie sein Rivale Patrick Drahi, Kabelunternehmer in Amerika und Frankreich, direkter Konkurrent im TV-, Internet- und Handy-Geschäft.



Wertvoller Tipp: Niel, Bürgermeisterin Hidalgo, Präsident Macron.

Weil der israelisch-französische Doppelbürger Drahi als offiziellen Wohnsitz Zermatt angibt, wollte ihm Arnaud Montebourg, ehemals sozialistischer Wirtschaftsminister, den Kauf der Telefongesellschaft SFR verweigern. Kürzlich hat Drahi das Nachrichtenmagazin *L'Express* und die Zeitung *Libération* übernommen. Niel und Drahi bekriegen sich auch in Italien und mit Inhalten im französischen Internet. Drahi hat sich die Übertragungsrechte für die Premier League und ab 2018 für die Champions League unter den Nagel gerissen. Auf der Liste der reichsten Franzosen belegt der Einwohner von Zermatt den vierten Rang, noch ein paar Milliarden und Ränge vor Niel.

Wie weiter in der Schweiz?

Die letzte Abnützungsschlacht in ihrem Krieg ist möglicherweise gerade im Gang. Der Aktienkurs von Drahis Dachgesellschaft Altice, einem auf fünfzig Milliarden Schulden gebauten Imperium, hat sich innerhalb weniger Tage halbiert und fiel auf acht Euro (im Juli: 22). Im französischen Telekom-Markt gibt es mit vier Playern einen zu viel – und als schwächster Teilnehmer erscheint plötzlich Drahis SFR, nicht mehr Niels Free.

Aber vielleicht droht Niels Schweizer Tochter Salt dasselbe Schicksal. Darüber spekulierte jedenfalls kürzlich die NZZ. Für 2,8



Gegen das Kartell: Freebox-Präsentation, 2010.

Milliarden Franken hatte Niel 2014 Orange übernommen. Weil der Name in Frankreich

Den grössten Coup seines Lebens allerdings hat Niel aus pekuniären Gründen in den Sand gesetzt.

von der halbstaatlichen Nummer eins (früher France Télécom) besetzt ist, gab Niel der Gesellschaft den Namen Salt. Die Zahl der Stellen wurde von 893 auf 688 abgebaut. Die hohe Verschuldung (2,3 Milliarden Franken) wird von

Niels Schweizer Statthalter Olivier Rosenfeld in *Le Temps* als «durchschnittlich» bezeichnet. Und völlig normal sei es, dass sich der Eigentümer jetzt 500 Millionen Franken an Dividenden habe ausbezahlen lassen. Wahrscheinlich benutzte er sie, um die Aktien des Anfang September verstorbenen Pierre Bergé bei *Le Monde* zu übernehmen, der ihm nun zur Hälfte gehört.

Niel kaufte beinahe Google

Den allergrössten Coup seines Lebens allerdings hat Xavier Niel aus pekuniären Gründen in den Sand gesetzt. Mit diesem spektakulären Misserfolg hadert er noch immer, denn er weiss, dass eine solche Chance nie wiederkommt. Im September 2000 bereiste er das Silicon Valley auf der Suche nach Partnern für seine Freebox. Auf seiner Besuchsliste stand auch ein kleines Start-up-Unternehmen: Google, vier Jahre zuvor gegründet.

Niel wird von Sergey Brin und Larry Page gerne empfangen, denn Google will in Europa Fuss fassen. Man wird sich schnell einig: Free wird Aktionär bei der Suchmaschine und bekommt die Europa-Lizenz. Doch der Deal scheitert am Wechselkurs zwischen der Alten und der Neuen Welt: Ein Jahr vor der Einführung des Euro bietet Niel zehn Millionen alter französischer Francs, Larry Page wollte die gleiche Summe in US-Dollar. ○

Reicher in Rente:

So optimieren Sie Ihre

private Vorsorge.

Diese Woche:
Tipps für die Säule 3a.



www.handelszeitung.ch | Jeden Donnerstag neu am Kiosk | Magazin als mobile App für iPad und iPhone | Kostenloser Newsletter

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung

Trump hält die Stellung in Asien

Von Hansrudolf Kamer — Präsident Trump hat in Asien die Grundlagen seiner Strategie erläutert und die Allianz mit Japan zementiert. Den südostasiatischen Partnern sicherte er bedingte Unterstützung zu.



Sad! Ivanka is not coming to China», twitterte ein chinesischer Journalist vor der Ankunft des amerikanischen Präsidenten in Peking. Die «First Daughter» musste

zu Hause bleiben, weil sonst wieder von Vetterliwirtschaft die Rede gewesen wäre. Trump ist aber in Asien, in China und Vietnam vor allem, populärer als in Washington. Das hat wohl mit seiner kantigen Persönlichkeit zu tun, die dort gut ankommt.

So oder so war es nicht erstaunlich, dass der zwölf tägige Fernost-Trip von den üblichen Verdächtigen – der *New York Times* und dem *Economist* etwa – als Leerlauf dargestellt wurde. Rundreisen dieser Art produzieren tatsächlich selten sofort fassbare Ergebnisse. Das gilt aber auch, wenn der Präsident eine Lichtgestalt wie Barack Obama ist. Sie sind mehr PR-Operationen und Informationsvehikel mit bestenfalls strategischer Langzeitwirkung.

Trump jedenfalls nutzte die Gelegenheit – nebst Anstößen zu Wirtschaftsabkommen – für Darlegungen der amerikanischen Strategie. Japan ist für die Amerikaner der wichtigste Anker in dieser Konstruktion, sowohl als Gegengewicht zum Aufstieg Chinas als auch für die Bedrohung durch Nordkorea. Schon vor dem jüngsten Wahlsieg Shinzo Abes war die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen recht produktiv, und sie wird im Rüstungsbereich weiter intensiviert.

Das gemeinsame Vorgehen gegenüber der Atomrüstung Nordkoreas unter dem Stichwort «maximale Druckentfaltung» wurde bekräftigt. Obwohl es Anzeichen gibt, dass die Sanktionen und die militärischen Machtdemonstrationen zu wirken beginnen und selbst China auf diese Linie halbherzig eingespurt hat, braucht dieses Vorgehen Zeit.

Trump hat inzwischen die Sanktionen weiter verschärft und Nordkorea wieder auf die Liste der Terrorstaaten gesetzt, was der Administration zusätzliche Druckmittel gibt. Das Containment wird fortgesetzt. Am Ende steht aber nicht ein Atomkrieg, wie einige von Trump erschreckte Europäer befürchten, sondern sollen Verhandlungen die Dinge in friedlichere Bahnen lenken.

Allerdings ist Peking wohl noch nicht davon überzeugt, dass die Anti-Nordkorea-Allianz

zwischen Amerika, Japan und Südkorea wirklich solide ist. Das hängt mit der Politik des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In zusammen, der die Druckentfaltung seiner Partner unterläuft. Er ist nicht vollständig auf die harte Linie gegenüber Nordkorea eingeschwenkt und braucht Zuspruch.

Trump hat sich deshalb in Seoul vor allem die Ausführungen Moons über eine künftige Vereinigung der koreanischen Halbinsel angehört. Selber hat er sich dazu in seiner Rede vor der Nationalversammlung nur unbestimmt geäußert. Da die künftige Ordnung in Korea auch für Japan und China von entscheidender Bedeutung ist, wollen sich die Amerikaner Optionen offenhalten und sich nicht vorzeitig auf ein Endziel festlegen.

Recht handzahn gab sich Trump in China. Wie sein Vorgänger Obama verzichtete er darauf, die Menschenrechtsverletzungen im Reich der Mitte grundsätzlich anzusprechen, was früher zum Ritual der Visiten in Autokratien gehörte. Immerhin gelang es ihm, drei amerikanische Basketballspieler aus chinesischer Haft zu befreien, in die sie wegen Ladendiebstählen geraten waren.

Menschenrechtsvorkämpfer sind diese drei nicht, und es ist ein Zeichen der Zeit, dass Trump dieser winzige Erfolg nicht gegönnt wurde. Der Vater eines der jungen Sportler

spielte die Aktion des Präsidenten in einem Interview herunter und meinte, die Ladendiebstähle seien «no big deal». Trump twitterte umgehend, er hätte die drei wohl besser im chinesischen Gefängnis schmoren lassen sollen – was postwendend in der Anti-Trump-Echokammer einen Entrüstungsturm auslöste.

Am Apec-Gipfel in Da Nang, wo die rissige und grasüberwucherte Betonpiste und die Hangars der alten US-Luftwaffenbasis noch immer zu besichtigen sind, präsentierte Trump die Gesamtstrategie für Asien und den Pazifik. Es liege in Amerikas Interesse, in dieser Region Partner zu haben, die prosperierten und von niemandem abhängig seien. Im Gegensatz zu China sieht Trump keinen Hegemon, sondern eine Welt starker, unabhängiger, souveräner Staaten. Die Welt habe viele Orte, viele Träume und viele Strassen – lautete die Antwort auf Xi Jinping.

Räuberische Industriepolitik

Dann allerdings wurde Trump doch noch deutlich. Die gegenwärtigen Ungleichgewichte im Handel seien für Amerika nicht akzeptabel. Man werde künftig auf fairer Basis den Wettbewerb führen, aber Produktdumping, Gütersubventionierung, Währungsmanipulationen, räuberische Industriepolitik und intellektuellen Diebstahl nicht tolerieren. Alle müssten sich an die Regeln halten.

Japan und selbst Südkorea haben weniger lang als die Europäer gebraucht, um diese neue Politik der Amerikaner zu begreifen und zu akzeptieren. «Burden sharing» ist für sie kein Fremdwort geblieben. Trump leistete Überzeugungsarbeit.



Handzahn in China: Trump (r.) und Xi, Peking.



«Ich wollte schon immer eine Fee sein»: Supermodel Karlie Kloss mit Kolleginnen (z. v. r.).



Ikone der Woche

Karlie, die Grosse

Von Claudia Schumacher

Wir wollten das nicht: wieder über Victoria's Secret (VS) schreiben, nur weil der amerikanische Dessous-Hersteller gerade seine alljährliche Fashion-Show abgehalten hat. Zum einen nervt das VS-Vertriebssystem. Shops, in denen man nicht nur Accessoires, Höschen und Parfüm, sondern auch BHs und Kleidung kaufen kann, gibt es nur in Amerika, London – und seit Februar 2017 auch in Schanghai, wo nun auch die Show stattfand. Dabei ist der Riesenmarkt China für VS so wichtig, dass man sogar auf ein paar prominentere Engel, darunter Gigi Hadid, verzichtete, die dem Regime zu provokant waren. Auch die für die Show eingeplante Sängerin Katy Perry bekam wegen eines Auftritts in Taiwan, bei dem sie sich mit einer chinakritischen Studentenbewegung solidarisiert hatte, kein Visum. Am Ende des Tages ist die popkulturell immer wichtiger werdende VS-Show eben doch eine kühle, wirtschaftliche Angelegenheit. Aber dann konnten wir doch nicht ganz widerstehen, denn: Karlie ist zurück!

Programmierende Ballerina

Die Amerikanerin Karlie Kloss – mit ihren 1,85 Metern selbst für ein Supermodel erstaunlich gross – hatte zwei Jahre als VS-Model ausgesetzt. Offiziell wegen ihres Studiums, andererseits aber wohl auch, weil sie sich von der Marke nicht ausreichend geschätzt fühlte. Die mit Taylor Swift befreundete Kloss war nie der prototypische VS-Engel, dafür wirkte die Arztochter immer ein bisschen zu klug und ein wenig zu spröde. Die 25-Jährige hatte ein Leben ausserhalb der VS-Shows, deren Ansprüche an den weiblichen Körper von vielen Models als knallharte Jahresaufgabe an der Grenze zum Leistungssport beschrieben werden. Kloss aber studierte. Sie lernte Programmieren, und weil es sie aufregt, dass nicht mal ein Fünftel der Absolventen in den Computerwissenschaften weiblich sind, vergibt sie verschiedene IT-Stipendien für Mädchen. Sie backt ausserdem Kekse, und die schmecken sehr gut und sind auch noch gesund. Man kann Karlie's Kookies nachbacken, die Rezepte sind online. Während VS-Engel à la Candice Swanepoel während der Shows Sachen sagen wie «Ich wollte schon immer eine Fee sein», redet Karlie über Ballett als «Kunst in seiner menschlichsten Form» – und tanzt formvollendet etwas vor. Jetzt ist die mathematik-begeisterte Ballerina mit den feministischen Ansichten also wieder Engel – und man kann nur hoffen, dass VS sie schätzen wird. Den berühmten Fantasy Bra durfte sie zum Beispiel noch nicht tragen! So als Idee.

«Ein neuer Dreissigjähriger Krieg ist möglich»

In einem monumentalen Buch beschäftigt sich der deutsche Politologe Herfried Münkler mit dem Dreissigjährigen Krieg. Im Interview erklärt er, wie das Trauma bis heute nachwirkt, in welcher Form sich die Geschichte wiederholt und weshalb er die Demokratie bei uns gefährdet sieht. *Von Rico Bandle*

Es war ein Krieg von unvorstellbarer Grausamkeit. Ein Drittel der Bevölkerung kam zwischen 1618 und 1648 ums Leben, ganze Landstriche wurden verwüstet. Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler zeichnet in einem fast tausendseitigen Buch diesen Krieg nach, der Deutschland jahrhundertlang traumatisiert hat. Und er zieht Parallelen zur heutigen Zeit. Ich treffe den bedächtig sprechenden, aber messerscharf analysierenden Wissenschaftler in seinem Büro an der Humboldt-Universität in Berlin.

Herr Münkler, wie kamen Sie dazu, sich dermassen intensiv mit einem Krieg zu beschäftigen, der 400 Jahre zurückliegt?

Als ich vor fünfzehn Jahren das Buch «Die neuen Kriege» veröffentlicht habe, wurde mir mehrfach vorgehalten, die von mir beschriebenen neuen Kriege seien gar nicht so neu. Dabei enthielt das Buch ein ganzes Kapitel über die Ähnlichkeiten zwischen den neuen Kriegen und dem Dreissigjährigen Krieg. Wahrscheinlich hatten die Kritiker

mein Buch gar nicht gelesen. Trotzdem hat mich deren Einwand gereizt, mich des Themas nochmals anzunehmen.

Was hat der Dreissigjährige Krieg mit heute zu tun?

In der europäischen Geschichte gibt es drei Kriege von vergleichbarem Ausmass: den Peloponnesischen Krieg (431 v. bis 404 v. Chr.), den Dreissigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 und jenen, den unter anderem General de Gaulle und Winston Churchill als einen einzigen, ebenfalls Dreissigjährigen Krieg bezeichnet haben: nämlich den Ersten und den Zweiten Weltkrieg zusammengefasst. Diese Sichtweise eines einzigen Weltkriegs hat sich jedoch nicht durchgesetzt – aus guten Gründen. Also zu den beiden anderen Dreissigjährigen Kriegen: Sowohl beim Peloponnesischen als auch beim Dreissigjährigen Krieg verschwinden Innen und Aussen, es sind gleichzeitig Bürgerkriege und zwischen-

staatliche Kriege. Beim Dreissigjährigen Krieg kommen konfessionelle Auseinandersetzungen hinzu, beim Peloponnesischen Krieg der Kampf Oligarchie versus Demokratie. Diese Faktoren führten dazu, dass die Kriege erstens sehr lange dauerten, zweitens sehr grausam und drittens eigentlich nicht regulierbar waren, weder durch Ethos noch durch Recht. Sich dies vor Augen zu führen, kann helfen, einige der heutigen Konflikte zu verstehen.

Im Buch ziehen Sie Parallelen zwischen dem Dreissigjährigen Krieg und den gegenwärtigen Kriegen im Nahen Osten.

Meine Grundintuition sagt mir, dass unsere Gegenwart, vermutlich bereits das 20. Jahrhundert, das Ende des westfälischen Zeitalters ist. Jenes Zeitalters also, das nach der Beendigung des Dreissigjährigen Kriegs durch den Westfälischen Frieden eintrat. Damals wurde eine bestimmte Form der Regulation eingeführt: Sie beinhaltete eine scharfe Trennung zwischen Krieg und Frieden, zwischen Kombattant und Nichtkombattant, zwischen Staatenkrieg und Bürgerkrieg. Die Westfälische Ordnung war eine des Entweder-oder. Etwas dazwischen gab es nicht. Wenn wir in den Nahen Osten schauen, so sehen wir, dass dieses Ordnungsmodell nicht mehr funktioniert. Alles fliesst zusammen, wie vor 400 Jahren. Die Kriege zwischen Syrien und dem Jemen haben meiner Meinung nach das Zeug zu einem neuen Dreissigjährigen Krieg.

Sie zeigen in Ihrem Buch die Unterschiede und Parallelen zwischen dem Dreissigjährigen Krieg und den Kriegen in Nahost detailliert auf. Was aber fehlt, sind Antworten auf die Fragen: «Wie beenden wir den Krieg?», und: «Kann es auch im Nahen Osten so etwas wie einen Westfälischen Frieden geben?»

Der Dreissigjährige Krieg konnte nicht sofort beendet werden, auch wenn dies oft so dargestellt wird. Es handelte sich um einen Friedensprozess, der sich über vier Jahre Verhandlung und mindestens zwei Jahre Vorverhandlung hingezogen hat. Zudem

wurde der Frieden bloss geschlossen, weil die Kriegsparteien so erschöpft waren, dass sie buchstäblich nicht weiterkämpfen konnten. Im Hinblick auf die Gegenwart ist das ein schlechtes Zeichen. Die radikalen Katholiken und die radikalen Protestanten, in diesem Fall die Jesuiten und einige Calvinisten, waren gegen den Friedensschluss, sie wollten keine Kompromisse eingehen. Diese Kräfte spielten am Ende aber keine Rolle mehr, weil diejenigen, die den Krieg zu führen hatten, erschöpft waren. Dann brauchte es noch den Glücksfall, mit Max von Trauttmansdorff einen sehr geschickten Organisator der Verhandlungen zu haben, der in der



Wissenschaftler Münkler.



«So erschöpft, dass sie nicht weiterkämpfen konnten»:

Lage war, die verschiedenen Ebenen des Konflikts auseinanderzuziehen, um einen Friedensschluss hinzubekommen.

Was heisst das für den Nahen Osten?

So schlimm wie im Dreissigjährigen Krieg ist die Lage dort zum Glück noch nicht. Dem wäre vielleicht so, wenn Ägypten in die Luft geflogen wäre und sich der libysche Bürgerkrieg auf das Land am Nil ausgedehnt hätte. Man hat also gewissermassen noch etwas Zeit, um zu verhindern, dass so etwas passiert wie damals auf dem Gebiet Deutschlands. Aber wohl nicht ewig. Allerdings kann man geschichtliche Analogien auch überstrapazieren, deshalb muss man vorsichtig sein mit Voraussagen und Ratschlägen.

Können Sie etwas sagen über die Parallelen zum religiösen Fanatismus, der auch im Dreissigjährigen Krieg evident war? Wie geht man mit ihm um?

Das ist ein interessanter Punkt. Es gab starke religiöse Gruppen, die kompromissbereit waren. Auf katholischer Seite waren

das die Leute um Kardinal Klesl, auf protestantischer Seite eher die Lutheraner. Es kam dann der Moment, da die Extremisten beider Seiten, also die Calvinisten und die Jesuiten, den Gang des Geschehens bestimmten. Mit Blick auf den Nahen Osten würde ich sagen: Nicht der Islam ist das Problem, sondern zunächst einmal der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. Die Scharfma-

«Man muss verhindern, dass die kleinen Gruppierungen die Definitionsmacht erhalten.»

cher auf beiden Seiten haben die Oberhand gewonnen, obwohl vermutlich die Masse der Muslime an Ruhe und Frieden interessiert ist. Und die religiösen Differenzen werden, wie vor 400 Jahren in Europa, durch Hegemonialkonflikte überlagert.

Was sind die Voraussetzungen dafür, dass eine extremistische Minderheit plötzlich den Gang des Geschehens bestimmt?

Ich schildere im Buch ein konkretes Beispiel: In Donauwörth gab es einige Katholiken, die Mehrheit der Stadt war aber protestantisch. Das war nichts Aussergewöhnliches: Aufgrund des Augsburger Religionsfriedens gab es mehrere gemischtkonfessionelle Städte. Das Zusammenleben funktionierte in Donauwörth so lange gut, wie die Katholiken einverstanden waren, ihre Prozessionen ausserhalb der Stadt durchzuführen und ihre Fahnen erst auf dem freien Feld wehen zu lassen. Mit der Verschärfung der Gegenreformation fanden junge Leute, das müsse sich ändern. Also zogen sie durch die Stadt, rollten auf dem Marktplatz ihre Fahnen aus und machten dazu Musik. Das heisst: Sie haben den Raum akustisch und visuell eingenommen. Die protestantische Unterschicht sah dies als Provokation an, es kam zu Schlägereien. Der Konflikt lief ähnlich ab wie vor Jahren in Nordirland. In solchen Situationen gewinnen die Extremisten plötzlich die Definitionsmacht, selbst wenn die Mehrheit der Leute noch kompromissbereit ist. >>>



«Der Überfall», 1612 – Dreissigjähriger Krieg nach Jan Brueghel d. Ä.

Unter der Oberfläche muss es doch schon gewaltig brodeln, dass eine Kleinigkeit wie eine Marktplatzschlägerei zu einem Flächenbrand führt.

Es ist wohl umgekehrt: Vor dem Brodeln steht die Kleinigkeit. Der Dreissigjährige Krieg wird oft erklärt mit der Spaltung der Religion, der Reformation und Gegenreformation. Ideengeschichtlich ist dieses Erklärmodell stark, konflikttheoretisch aber undifferenziert. Denn zwischen der Reformation und dem Kriegsbeginn liegt der Augsburger Reformationfrieden, in dem man den Willen bekräftigt hat, das Zusammenleben in vernünftiger Form hinzubekommen. Weshalb endet diese Form der Kompromissbildung und der gegenseitigen Tolerierung? Ich bin zum Schluss gekommen, dass dies mit Kleinig-



keiten zu tun hat, dass sich Konflikte hochschaukeln, Extremisten die Deutungsmacht gewinnen und die Lage eskaliert. Irgendwann sagen dann auch die Gemässigten: «Jetzt ist es der Provokation zu viel, jetzt ziehen wir in den Kampf.»

Wie durchbricht man diese Spirale?

Indem man entschieden gegen Provokationen vorgeht. Man muss verhindern, dass die kleinen Gruppierungen die Definitionsmacht erhalten. Das setzt viel Fingerspitzengefühl voraus. Es ist spannend, zu beobachten, wie Kardinal Klesl versuchte, die Kräfte so zu organisieren, dass die Menschen wieder nebeneinander leben konnten. Weil er es nicht schaffte, traten die Scharfmacher ins Zentrum. Befeuert wurde die Eskalation zudem durch all jene Leute, die im Krieg eine Chance für sozialen Aufstieg sahen. Wenn Sie Daniel Kehlmanns neuen Roman «Tyll» gelesen

haben, wissen Sie, dass für viele junge Männer der Krieg auch die einzige Möglichkeit war, aus ihrem Dorf und den engen Zwängen der Familie herauszukommen.

Die Abenteuerlust spielte also auch mit.

Genau. Es existierte eine grosse Ressource an kriegswilligem Personal.

Das Trauma des Dreissigjährigen Kriegs mit seiner unvorstellbaren Verwüstung war über Jahrhunderte prägend für das deutsche Kollektivbewusstsein. Man fühlte sich als Opfer, ungerecht behandelt. Ist davon heute, nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, noch etwas vorhanden?

Kaum. Bis ins 20. Jahrhundert hinein war der Dreissigjährige Krieg im Denken der Deutschen prägend. Die verhängnisvolle Lehre aus dem Trauma war: Man muss den Krieg offensiv führen und unter allen Umständen verhindern, dass ein europäischer Krieg noch einmal in Deutschland ausgetragen wird. Diese Erinnerung gehörte vor 1914 sicherlich zu den Faktoren, dass mit dem Schlieffen-Plan eine Strategie formuliert wurde, die einen Konflikt auf dem Balkan zum Ersten Weltkrieg eskalieren liess. Die Deutschen hatten aus der Geschichte gelernt, aber dummerweise das Falsche.

Kann man auch die Zuwendung zum Nationalsozialismus mit dem Trauma aus dem Dreissigjährigen Krieg erklären?

Vermutlich. Wenn der Dreissigjährige Krieg so wahrgenommen wird, dass er nur deshalb entstehen konnte, weil die Deutschen in der Mitte Europas ohne starke Führung und innerlich zerstritten gewesen waren, so kann man die Hinwendung vieler zu Hitler als Reaktion auf diese Angst ansehen: aggressive Wendung nach aussen und bedingungslose Herstellung von Einheit im Innern. Übrigens forderte dies bereits Kaiser Wilhelm II., als er 1914 sagte: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.» Mit anderen Worten: Eine traumatische Erinnerung führte zu etwas, was die nächste traumatische Erfahrung hervorrief.

Vor dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die Deutschen als Opfer-, danach als Tätervolk. Im Buch tönt es so, als fänden Sie das Täter-Bewusstsein besser für die Deutschen.

Ob besser oder nicht, weiss ich nicht. Jedenfalls ist die Opferrolle alles andere als harmlos, da damit immer eine Form von Ressentiment verbunden ist, die erhebliche politische Sprengkraft hat. Gleichzeitig verschafft sie den Betroffenen ein gutes Gewissen. Das Opfer, das vermeiden möchte, wieder zum Opfer zu werden, glaubt, eine Lizenz für Gewaltaktivitäten zu besitzen.

Sie schreiben wörtlich: «Wer sich als Opfer begreift, hat oft keine Probleme damit, andere zum Opfer zu machen.»

Genau, es fehlt dann die kühle Abwägung, der politische Verstand ist blockiert.



«Taktische Spiele»: Brexit-Befürworter Boris

Aber die ständige Selbstgeißelung der Deutschen als Tätervolk mit den entsprechenden Kompensationshandlungen, etwa die ganze Welt retten zu wollen, das ist ja auch nicht unbedingt ein gesunder Zustand. Zumindest nicht auf Dauer.

Dem will ich nicht widersprechen. Die Imagination des kollektiven Opfers und jene des kollektiven Täters ohne die Berücksichtigung von Einzeltaten sind beide gefährlich. Weil sie überschematisieren und eine Reihe von politischen Handlungen nach sich ziehen, die vielleicht nicht unbedingt sehr klug sind.

Vor wenigen Monaten sagten Sie in einem Referat, die Demokratie sei heute wieder gefährdet und überhaupt seien Volkssentscheide «Appelle an die Inkompetenz». Leben wir nicht mehr in gefestigten Demokratien, wie wir immer glaubten?

Die Stabilität von Demokratien hängt davon ab, dass es sachkundige Bürger gibt, die sich engagieren. Demokratien müssen die Leute dazu «erziehen», verantwortlich abzustimmen. Die Schweiz geht da in Europa einen Sonderweg. Ich würde sagen: Der Hauptertrag der direkten Demokratie ist die permanente Erziehung der Leute dazu, verantwortlich mit der politischen Macht umzugehen. Man legt ihnen nicht nur gelegentlich die ganz grossen Fragen vor, sondern auch kleine auf lokaler Ebene. In den grösseren Ländern haben lange Zeit die Volksparteien diese Erziehungsaufgabe erfüllt. Seit zwei Jahrzehnten sinkt jedoch die Anzahl der Parteimitglieder kontinuierlich ab, sowohl zahlenmässig als auch von der Intensität des Parteilebens her. Die Kompetenz der Leute, Politik zu beurteilen, wird dadurch kleiner. Das sieht man



Johnson, 2016.

daran, dass bei der letzten Bundestagswahl die meisten AfD-Wähler ihre Wahl nicht inhaltlich begründeten, sondern einfach protestieren wollten.

Sie haben in Interviews auch schon auf fragwürdige Resultate von Volksentscheiden in Europa hingewiesen, zum Beispiel den Brexit-Entscheid. Ist es nicht etwas arrogant, die Leute als inkompetent zu bezeichnen, wenn sie nicht so abstimmen, wie man es gerne möchte?

Einige europäische Länder haben Abstimmungen nur deshalb angesetzt, um die ei-

«Demokratien müssen die Leute dazu <erziehen>, verantwortlich abzustimmen.»

gene Verhandlungsmacht gegenüber Brüssel zu stärken – oder, wie Cameron, um Probleme in seiner Partei zu bearbeiten. Bei einem komplexen Verhandlungsprozess, wie er in der EU nun einmal unvermeidlich ist, ist immer jene Seite im Vorteil, die sagen kann: «Das muss ich meinem Volk vorlegen.» Es geht also gar nicht um das Volk, sondern um taktische Spiele. In einem System mit 27 Mitgliedern wird die Kompromissfindung damit unmöglich.

In Ihrem Referat machten Sie nicht nur auf Schwächen der Demokratie aufmerksam, Sie sagten, man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass es mit ihr bald zu Ende sein könnte. Woher diese Angst?

Mir geht es nicht um Angstmacherei. Ich wollte darauf aufmerksam machen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit

ist, dass wir nicht am Ende der Geschichte angekommen sind, wie das Francis Fukuyama meinte. In der Geschichte der letzten zweieinhalbtausend Jahre gab es Phasen mit starker politischer Partizipation, dann wieder Phasen unkontrollierter Elitenherrschaft. Wir können uns unserer Sache nicht sicher sein. Das Problem der Demokratie sind nicht ihre erklärten Feinde, sondern die Mürrischen und Indifferenten. Also jene, denen die Demokratie nichts wert ist. Die relative Zunahme dieser Gruppe kann man zurzeit beobachten. Wir dürfen nicht vergessen: Im globalen Massstab ist der Anteil demokratischer Rechtsstaaten kleiner statt grösser geworden.

Mit Ihren Äusserungen zum Weltgeschehen stossen Sie nicht nur auf Gegenliebe. Vor zwei Jahren wurden Sie von einer anonymen Studentengruppe als «Sexist» und «Imperialist» verunglimpft, was hohe Wellen schlug.

Es handelte sich um eine kleine Gruppe, die mit einer geschickten Medienstrategie diese Vorwürfe in die Welt gesetzt hatte. Ursache war, dass ich am Anfang meiner Vorlesung über die Geschichte des politischen Denkens gesagt habe, dass Frauen erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts darin eine Rolle spielten. Das ist nun mal einfach so. Dann verlangten einige Studenten, dass Indien und China in der Vorlesung auch vorkommen müssten. Ich sagte: «Gerne, aber das heisst, dass die Klausur schwieriger wird.» Das wollten sie dann auch wieder nicht. Von da an war ich ein Sexist und ein Imperialist.

Die Verunglimpfungen wurden auf einem anonymen Blog im Internet veröffentlicht. Die Sache wurde auch von den grossen Zeitungen aufgenommen. Wie reagiert man auf so etwas?

Man darf sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das waren Leute, die die Klaviatur der Aufmerksamkeitsökonomie geschickt gespielt haben. Beeindruckend war die geringe Solidarität der Universität und der meisten Kollegen. Da lernt man seine Umgebung und seine angeblichen Freunde ganz gut kennen! Das ist ein Erlebnis, das man einmal gemacht haben muss.

Über das Vorgehen Ihrer Gegner haben Sie einmal gesagt, das sei eine Form der «asymmetrischen Kriegsführung», ein Begriff, den Sie für moderne Kriege geprägt haben.

Asymmetrisch deshalb, weil die Gegenseite aus der Anonymität heraus agierte. Damit konnte sie behaupten, sie bestehe aus Studenten von mir, was sich später als unwahr herausstellte. Meine Gegenstrategie bestand darin, dass ich in der Vorlesung sagte: «Stellt euch vor, dieser Blog ist eine Erfindung von mir. Ich will damit meine Eitelkeit befriedigen, die bekannteste Vorlesung im Land gehalten zu haben.» Ich habe also die

Stärke meiner Gegner, deren Anonymität, zu deren Punkt der Schwäche gemacht. Dafür muss man aber eine hohe Verwundungsbereitschaft mitbringen – also den Gedanken ins Spiel bringen, man könne so etwas aus Eitelkeit oder was auch immer tun. Wenn man scheu ist und sich nichts zutraut, dann hat man schon verloren.

Abweichende Meinungen werden an den Universitäten immer weniger toleriert. In Zürich wurde ein geplantes Referat von US-General David Petraeus nach Gewaltandrohungen durch Studenten abgesagt.

Das war vorausseilende Unterwerfung.

In Zukunft wird man vermutlich Leute mit umstrittenen Positionen gar nicht mehr einladen, um solche Situationen zu vermeiden.

Eine solche Tendenz gibt es. Da sind wir wieder bei dem Punkt angelangt, der mir hinsichtlich der Zukunft der Demokratie Sorge bereitet: Die grösste Gefährdung für Liberalität, demokratische Partizipation und Freiheit ist die Feigheit. Die Verteidigung der Freiheit braucht selbstbewusste und standhafte Verteidiger der Freiheit. Das hat im Übrigen nichts mit links oder rechts zu tun, sondern gilt prinzipiell. Die Freiheit der Andersdenkenden ist in jedem Fall zu verteidigen. Das ändert sich indes, wenn man es mit Leuten zu tun hat, die ihrerseits diese Freiheit einschränken oder kassieren wollen.



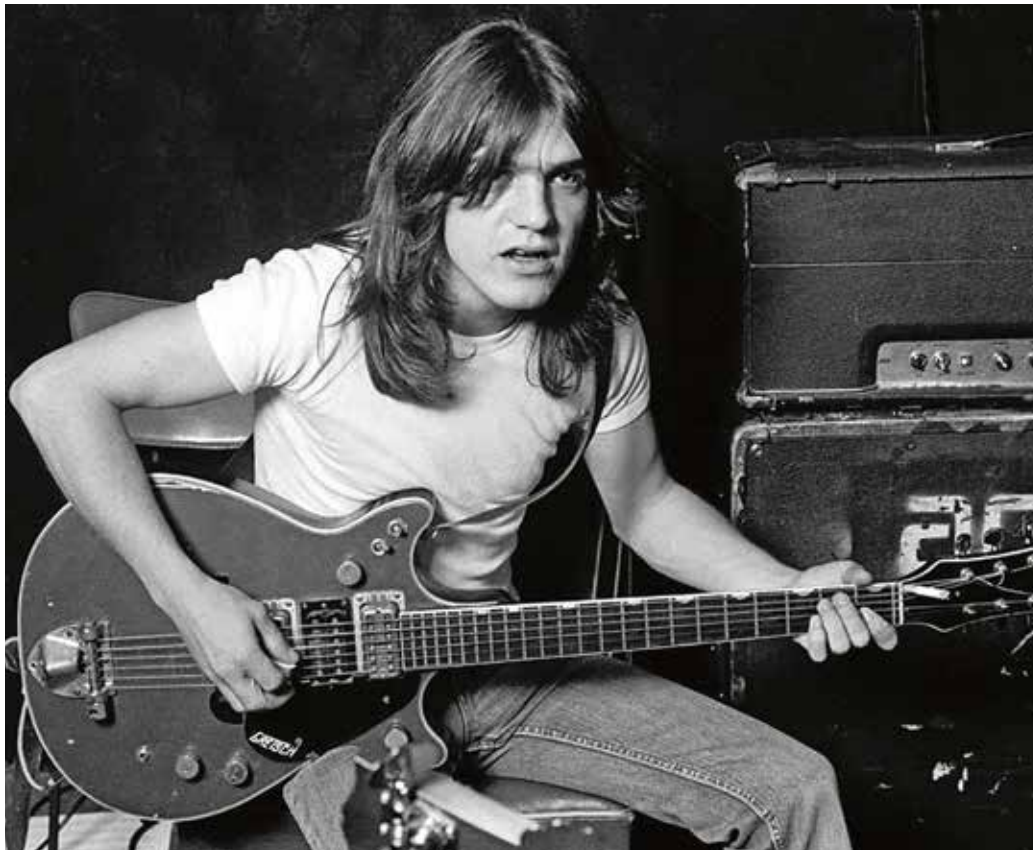
Herfried Münkler: Der Dreissigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma. 1618–1648. Rowohlt. 976 S., Fr. 56.90

Schenken Sie ihm das Original zu Weihnachten.

Lindt
BATONS KIRSCH
KIRSCHSTENGELI

Die rechte Hand des Teufels

Malcolm Young war der Architekt und musikalische Anker des AC/DC-Sounds. Ich erinnere mich gut an das erste Konzert der australischen Rockband im Zürcher Volkshaus. Jetzt ist der Gitarrist verstorben, der eine ganze Musikergeneration inspirierte. *Von Chris von Rohr*



Meister der Vorwärtsbewegung: Malcolm Young.

Jeder Rockgitarrist, der das Spiel auf seinem Instrument und diese Musik erlernen will, muss sich mit Malcolm Young befassen. Sein Rhythmus und sein Stil auf der alten Gretsch-Jet-Firebird-Gitarre, diese unschlagbare rechte Hand, die Mischung aus extrem kantig gespielten Riffs und offenen, bombastischen Power-Chords prägten und inspirierten ganze Musikergenerationen – vom kleinen Jungen bis zu gestandenen Rockstars. An dieser Antriebsmaschine kam keiner vorbei.

Chuck Berry, Pete Townshend, Malcolm Young: die heilige Trinität der Rhythmusgitarristen.

Malcolm Young wurde am 6. Januar 1953 als siebtes Kind im schottischen Glasgow in bescheidene Verhältnisse hineingeboren. Die Familie wanderte nach Australien aus, als er gerade mal zehn war: ein grosser Schritt in eine völlig neue Welt. Sein älterer Bruder George Young (Mitglied der Easybeats) schenkte ihm eine Gitarre und erteilte ihm darin Unterricht. 1973 gründete Malcolm schliesslich AC/DC – in einer Zeit, als Disco und Punk immer populärer wurden.

Von Anfang an setzten AC/DC auf puren, simplen Riffrock ohne Schnickschnack oder schön-

gebürstete Studioeffekte. Single-Auskopplungen und Radioplays gab's keine. Man vertraute voll auf die Urkraft der Live-Darbietung. Es brauchte dann ein paar Alben, bis das konzentrierte Hardrock-TNT voll explodierte. Der Rest ist Geschichte: 200 Millionen verkaufte Tonträger, ausverkaufte arena tours, Soundtracks, Merchandising-Rekorde und unzählige Auszeichnungen. Die Band blieb ihrem dreckigen, ungeschminkten Rotz-Rock immer treu. Malcolm Young war ihr Architekt und musikalischer Anker. Ohne ihn wären Rockklassiker wie «Highway to Hell», «Riff Raff», «Thunderstruck», «Hells Bells», «Back in Black», «For Those About to Rock» oder «You Shook Me All Night Long» gar nicht erst entstanden.

Härter und präziser geht nicht

Ich erinnere mich an die ersten AC/DC-Konzerte im Volkshaus Zürich 1978, deren Aushängeschild Malcolms jüngerer Bruder, Zwirbelgitarrist Angus, war. Das war die Rock-'n'-Roll-Götterhämmerung schlechthin. Nie zuvor hatte man das rhythmische Gitarrenspiel so auf die Spitze getrieben. Härter und präziser ging nicht. Malcolms Gitarre schnitt mit kristallklarem Sound

wie eine Kreissäge durch das pumpende Klangdickicht der Band. Sein Beat – der Groove und die Wucht zusammen mit Drummer Phil Rudd – war das straffe Seil, auf dem Solist Angus seine irrwitzigen Ton-Salti aufführen konnte. Es gibt diese Stelle im «Let There Be Rock»-Song, wo Malcolm, der Drummer und der Bassist minutenlang nur einen Akkord, als pumpenden Drive-Teppich für Angus' Monstersolo, jammern. Das ist die Essenz von AC/DC – Auskosten und Verweilen. Sie ist da, wo sich bewusste

Nie zuvor hatte man das rhythmische Gitarrenspiel so auf die Spitze getrieben.

Reduktion und Einfachheit in Genialität verwandeln. Hier herrscht die absolute ökonomische Optimierung, die jedem Schlag, jedem Stopp, jedem Akkord, jeder Abdämpfung Bedeutung zumisst. Keinerlei Willkür und unruhige Überhastung; das totale Zen im Rock. Die wenigen, die in Zürich vor Ort waren, ahnten, dass sich da etwas ganz Grosses, Zeitloses anbahnte.

Auch für uns von Krokus waren AC/DC Inspiration, Kraftquelle und Herausforderung zugleich. Wir haben viel von dieser Truppe gelernt, gaben später sogar gemeinsame Konzerte, und das britische Fachblatt *Melody Maker* krönte unser «Long Stick Goes Boom» sogar als «the best song AC/DC never made». Unvergessen auch die Begegnungen im Londoner Aufnahmestudio, wo man sich hie und da am Töggelikasten traf. Als mir Malcolm Young damals von all seinen vielen Verwandten erzählte, sagte ich zu ihm: «Mann, das wimmelt ja nur so von Youngs da draussen.» Er konterte: «Ja, sogar in der Schweiz.» So war der kleinwüchsige, grosse *dude*: trocken, knorrig und witzig.

2008 wurde bei Malcolm Young Lungenkrebs, dann Demenz und Herzprobleme diagnostiziert. Der Songschreiber, Produzent und Kopf der Band zog sich vom Live- und Studiogeschehen zurück und verstarb letzten Freitag im Kreise seiner Liebsten in Australien. Sein musikalisches Erbe wird so lange leben wie der Rock 'n' Roll selbst. Die Höllenglocken läuten, und seine Kumpels hämmern weiter; wie's der Meister der Vorwärtsbewegung verordnet hat.

Chris von Rohr ist Gründer, Bassist und Produzent der Rockband Krokus.

Flüchtlinge gegen Juden

Karl Lagerfeld stellte einen Zusammenhang zwischen muslimischen Migranten und Juden Hass her – und erntete dafür einen Shitstorm. Ein Film zeigt: Der Modemacher liegt nicht falsch. *Von Rico Bandle*

Unverblümt wie immer gab der schlaksige Modemacher mit dem schwarzen Anzug und der Sonnenbrille in einer französischen Talkshow seine Meinung wieder: «Man kann nicht, selbst wenn Jahrzehnte dazwischenliegen, Millionen Juden töten, um danach Millionen ihrer schlimmsten Feinde kommen zu lassen.» Die Empörung folgte sogleich. Sogar sonst apolitische Klatschblätter glaubten sich am Shitstorm beteiligen zu müssen. Die *Gala* schrieb von «unfassbaren Aussagen», *20 Minuten* meinte, «Karl Lagerfeld vergleicht Flüchtlinge mit Nazis», und die *Schweizer Illustrierte* bezichtigte ihn der «fiesen Hasstiraden». Der deutsche Privatsender RTL verstieg sich zur Behauptung: «Tatsächlich ist das Unternehmen Chanel, für das er arbeitet, fest in jüdischer Hand», was dann dem Sender wiederum Antisemitismusvorwürfe eintrug.

Der Zufall wollte es, dass in der Woche darauf der Bayrische Rundfunk den neuen Film des Publizisten und *Weltwoche*-Kolumnisten Henryk M. Broder ausstrahlte. Darin geht Broder, selber Jude, dem wachsenden Antisemitismus in Europa nach. Der Film zeichnet ein düsteres Bild: In Paris patrouillieren schwerbewaffnete Soldaten durch das alte jüdische Viertel Marais. Nach mehreren Attentaten auf Juden durch muslimische Extremisten scheint dies die einzige Möglichkeit zu sein, die Sicherheit zu gewährleisten. Die



Düsteres Bild: Filmer Broder (M.).

Juden haben trotzdem Angst, jährlich verlassen Tausende ihre französische Heimat.

In Malmö, der drittgrössten Stadt Schwedens, gibt es noch eine jüdische Gemeinde mit 400 Mitgliedern. Die Fenster der Synagoge mussten mit Panzerglas gesichert werden. In Malmö ist der Anteil muslimischer Einwanderer sehr hoch, auch aufgrund der Flüchtlingsströme der letzten Jahre. Die Juden geben sich im Alltag Mühe, nicht aufzufallen, alles andere wäre zu gefährlich – viele Muslime erachten sie als Feinde. Der Rabbiner, der vor Jahren aus den USA nach Malmö zog, sagt: Wenn er damals schon gewusst hätte, wie schlimm es werde, wäre er nicht gekommen. Jetzt aber fühle er sich der Gemeinde verpflichtet.

Broder ist wie bei seiner früheren Serie «Entweder Broder» mit dem Publizisten Hamed Abdel-Samad und seinem Hund Chico unterwegs («Ein Leben ohne Hund ist möglich, aber sinnlos»). Während es bei «Entweder Broder» noch viel zu lachen gab – damals gingen Broder und Abdel-Samad auf einem Roadtrip dem Multikulti- und Sozialwahn Deutschlands nach –, ist dieser Film nur noch deprimierend. Der gebürtige Ägypter Abdel-Samad wird von muslimischen Extremisten wegen seiner Islamkritik mit dem Tod bedroht. Vierundzwanzig Stunden am Tag wird er von Bodyguards bewacht, jedes seiner Reiseziele muss im Vorfeld durch Spezialisten abgesichert werden. Freiheit sieht anders aus.

Judentum verschwindet aus Europa

Broder trifft unterwegs auch seinen langjährigen Freund, den brillanten niederländischen Schriftsteller Leon de Winter. Auch er ist Jude. Die beiden diskutieren, wie es siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder so weit kommen konnte, dass Juden sich bedroht fühlen. De Winters bitteres Fazit: «Wir erleben die letzte Phase der jüdischen Existenz in Europa. [...] Ich denke, in vierzig, fünfzig Jahren gibt es keine Juden mehr in Europa.»

Wenige Tage nach Ausstrahlung des Films sorgte ein Urteil eines deutschen Gerichts für Schlagzeilen: Die Richter hatten entschieden, dass die Fluggesellschaft Kuwait Airways rechtmässig gehandelt habe, als sie sich weigerte, von Deutschland aus einen israelischen Passagier zu befördern.

Der ewige Antisemit: Ein Film von Henryk M. Broder. Dauer: 80 Minuten. Abrufbar unter www.ardmediathek.de oder www.youtube.com

Veronas Beine

In seriösen Sendungen ist eine ernstzunehmende Frau noch immer ein Mensch ohne Unterleib.



«Auf den Index»: Pooth.

Aus welchem Grund zieht sich Verona Pooth rosa Stilettos an, wenn sie in eine Talkshow geht? Damit Anne Will etwas zu fragen, Sexismus-Expertinnen etwas zu lästern haben? Oder gar in der Hoffnung, ihre Hacken mitsamt den zugehörigen Reizen dem Sonntagabend-

Publikum zu zeigen? Genau so, wie die rührige Entertainerin ihre knackigen Formen schon immer als wichtigstes Kapital ihres Ein-Frau-Unternehmens einzusetzen wusste. Über zwei, drei Jahrzehnte hinweg, also erfolgreicher als die meisten ihrer Konkurrentinnen. Was allein schon unsere Anerkennung verdient.

Schrei nach Aufmerksamkeit

Der aufmerksamkeitsökonomischen Logik des Auftritts konnte sich Anne Wills Kameramann nicht verschliessen. Er schwenkte auf die nach Aufmerksamkeit schreienden rosa Stilettos – und anschliessend, nun der professionellen Kamera-Logik entsprechend, den Beinen empor, bis dorthin, wo im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Mensch erst beginnt: beim Oberkörper. Denn in seriösen Sendungen ist eine ernstzunehmende Frau noch immer ein Mensch ohne Unterleib.

Erst recht Frau Pooth, die anscheinend als ausgewiesene intellektuelle Debatterin in die sonntägliche Talkshow eingeladen worden war. Für alle schien das sonnenklar zu sein – nur für den armen Kameramann nicht. Dafür mussten sich die ARD-Oberen und Anne Will aber ganz schnell entschuldigen. Der ARD-Chefredaktor liess verlauten, derlei Kameraschwenks gehörten «auf den Index».

Leider hatte auch Verona Pooth, die in der Runde über die grösste Expertise mit dem öffentlichen Herzeigen nackter Haut verfügt, den Ernst der Lage nicht erfasst. Sie liess verlauten, so ein Kameraschwenk habe mit Sexismus nichts zu tun. Denn Anschauen sei schliesslich noch kein Sexismus. Logisch: Sonst wäre das Geschäftsmodell der einstigen Skandalnudel und heutigen TV-Talkerin gar nicht möglich gewesen. *Gottlieb F. Höpli*



Die Bibel

Abtreibung

Von Peter Ruch

Seit fünfzehn Jahren ist in der Schweiz eine Abtreibung innerhalb der gesetzlichen Frist legal. Im Jahr 2016 wurden 10 256 Schwangerschaften abgebrochen. Auf 1000 Lebendgeburten entfielen 115 Abtreibungen. Die Diskussion, ob ein Schwangerschaftsabbruch aus biblisch-ethischer Sicht zu tolerieren sei, flammt immer wieder auf. Die Bibel äussert sich dazu nicht direkt. Das Gesetz fordert bei fahrlässigem Verschulden einer Fehlgeburt bloss eine Geldstrafe: *Wenn Männer miteinander raufen und dabei eine schwangere Frau stossen, so dass sie vorzeitig gebärt, sonst aber kein Schaden entsteht, wird der Schuldige mit einer Geldbusse bestraft* (Exodus 21, 22). Andererseits ist unübersehbar, dass das menschliche Leben im Mutterschoss beginnt. *Denn du, Gott, bist es, der [...] mich im Leib meiner Mutter gewoben hat* (Psalm 139, 13).

Weil ein Embryo beim Tod der Mutter unter Umständen gerettet werden kann, ist er ein eigenes Wesen, und seine Beseitigung ist eine Tötung. Die römisch-katholische Kirche hält unbeschrieben an dieser Auffassung fest und lehnt Abtreibungen unter allen Umständen ab. Die evangelischen Kirchen in ihrer Verlotterung haben sich eher dem gesellschaftlichen Trend des Laissez-faire angeschlossen. Beides ist ungenügend.

Der steinerne Buchstaben des Gesetzes wird der Sache nicht gerecht, weil es Grenzfälle gibt, wo diese Tötung verantwortbar, ja unausweichlich ist. Das trifft zu, wenn das Leben der Mutter auf dem Spiel steht, wenn eine Vergewaltigung geschah oder wenn das werdende Kind keine Chance für ein gutes Leben hat. Aber die hohe Zahl von 10 256 Abtreibungen birgt das Risiko, dass das Tötungstabu allmählich erodiert. Hinzu kommt, dass die psychische Bewältigung der Abtreibung viele Frauen stark belastet. Umgekehrt haben unzählige unerwünschte Kinder ein gutes und kostbares Dasein erlebt. Es bleibt nichts anderes übrig, als dass die betroffenen Frauen – und Männer – im Angesicht Gottes abwägen, wagen und entscheiden. Kein staatliches Gesetz ersetzt das Gewissen.

Peter Ruch, ursprünglich Handwerker, absolvierte ein Abendgymnasium und war nach dem Theologiestudium 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Auf *hundertachtzig*: Will Poulter in «Detroit».

Kino

Erbarmslose Höllenfahrt

«Detroit» rekonstruiert rigoros einen Fall von Polizeiwillkür während der blutigen Rassenunruhen 1967 in der Automobil-Metropole. Von Wolfram Knorr

Blind pigs», illegale Kneipen, wurden von den Schwarzen und der Polizei Detroit gleichermassen gerne besucht – von den einen, um zu feiern, von den anderen, um Randalen zu machen. Mit den regelmässigen Razzien, die die Schwarzen schön im Würgegriff weisser Polizeigewalt hielten, köchelte die Auto-Stadt auf einen gefährlichen Siedepunkt zu. Am 23. Juli 1967 brachte eine solche Razzia den Dampfkessel Detroit zum Überlaufen. Die überwiegend schwarzen Bewohner rotteten sich zusammen, protestierten, begannen, mit Steinen und Flaschen zu werfen, Feuer zu legen und zu plündern. Es wurde einer der brutalsten und blutigsten Gewaltexzesse in der Geschichte der USA. Vierzig Todesopfer, fast 1200 Verletzte und 7000 Verhaftungen. Der Aufstand dauerte fünf Tage, das Militär musste eingreifen, Panzer patrouillierten in den Strassen. Viele Schwarze suchten Unterschlupf im «Algiers Motel», darunter zwei Mitglieder einer Soulband, ein Vietnam-Rückkehrer, ein Mitarbeiter einer Security-Firma und zwei weisse Touristinnen. Man fühlte sich da sicher, so sicher, dass einer mit einer Startpistole herumjuxte und aus einem Fenster im oberen Stockwerk ballerte.

Die Bullen, ohnehin auf *hundertachtzig*, hörten die Schüsse, missdeuteten sie als At-

tacke eines Snipers, stürmten mit Brachialgewalt das Motel und terrorisierten die Gäste. Weil viele gar nicht kapierten, warum die Cops wie räuberische Skythen über sie herfielen, geriet die Situation komplett ausser Kontrolle. Die weissen Gesetzeshüter liessen ihrem Rassismus freien Lauf, steigerten sich in Folter-Exzesse, die mit drei Toten endeten. Als «Algiers Motel Incident» wurde das blutige Desaster zum zweifelhaften Gerichtsfall.

Kathryn Bigelow, seit «The Hurt Locker» und «Zero Dark Thirty» eine ausgewiesene Spezialistin für «Faction» – das Rekonstruieren und Dramatisieren von Tatsachen mit fiktionalen Mitteln –, hat den «Algiers Motel Incident» mit Ex-Reporter Mark Boal, ihrem Autor seit «The Hurt Locker», unter dem lapidaren Titel «Detroit» als eine gnadenlose Höllenfahrt inszeniert, den Rassenkonflikt wie unter einem Brennglas zum Glühen gebracht. So beginnt «Detroit» mit der Razzia in einem «blind pig» und Strassenschlacht-Bildern – Archivmaterial mit Inszeniertem geschickt vermischend –, und nimmt dann jene in den Fokus, die sich ins «Algiers» flüchteten und zu Opfern der nicht zu bremsenden Wut- und Hass-Eskalation wurden. Aus der Semi-Dokumentation wird ein «home-invasion»-Thriller.

Die Motel-Gäste, von einer Gruppe weisser Cops unter Führung des (fiktiven) Officer Philip Krauss (Will Poulter) angebrüllt, reagieren panisch, was die Polizisten in ihrem überdrehten Eifer noch rücksichtsloser werden lässt, bis ihre Rabulistik in tödliche Brutalität umschlägt. Auch die beiden weissen Touristinnen werden Opfer rassistischer Willkür. Fast in Echtzeit, mit Handkamera und in schnellen Schnitten, läuft der Terror-Wahn ab, dem Zuschauer wird keine Ruhe gegönnt. Man glaubt den Schauspielern, die sich angesichts des nicht nachlassenden fiebrigen Drucks nach den Szenen in die Arme nehmen mussten, um sich zu vergewissern, dass sie im realen Leben keine Gegner sind. Will Poulter soll am Set zusammengebrochen sein.

Bigelow und ihr Autor Boal sind keineswegs einseitig. So vehement der Rassismus das Verhalten bestimmt, die Charaktere der Figuren sind nicht einfach gut und böse. Der sich aufgipfelnde Erniedrigungswahn der Cops wird zu einem grässlichen Knäuel aus gegenseitigen Provokationen, Korps-Geist und Missverständnissen. Das Nachspiel vor Gericht in diesem fulminant inszenierten Film ist allerdings mehr als ernüchternd. Und gerade deshalb ist «Detroit» von grosser Aktualität. ★★★★★



Glaubwürdig: «Aus dem Nichts».

Weitere Premieren

Aus dem Nichts — Katja (Diane Kruger), die Gattin eines Kurden, verliert bei einem Nagelbombenanschlag alles: ihren geliebten Mann wie ihren sechsjährigen Sohn. Die Polizei vermutet zunächst einen Racheakt unter Drogenhändlern, da Nuri, Katjas Mann, wegen eines solchen Delikts einsass. Doch bald stellt sich heraus, dass Neonazis hinter dem tödlichen Anschlag stecken. Es kommt zum Prozess, der mit einem Freispruch für das Neonazi-Paar endet. Die Beweislage war dem Gericht nicht schlüssig genug. Und weil Katja mit dem Urteil wirklich alles verloren hat, sinnt sie auf Rache. Fatih Akin («Tschick») spielt mit einer fiktiven Geschichte auf die NSU-Morde an und spart nicht mit vehemente Kritik am deutschen Ermittlungsumgang mit der rechten Szene. Sein Opus ist eine aufwühlende Mischung aus Gerichts- und Rachedrama, aus-

schliesslich aus der Perspektive des Opfers. Dass die Story aufwühlt und emotional packt, liegt ganz besonders an der Besetzung. Diane Kruger («Inglourious Basterds») bewältigt in ihrem ersten deutschen Film die nicht gerade leichte Rolle mit beklemmender Intensität. Fast ständig im Bild, verkörpert sie den seelischen Prozess von der Fassungslosen bis zur innerlich Verhärteten mit wenigen Ausdrucksmitteln absolut glaubwürdig. ★★★★★

Justice League — Eine prima Pointe gibt's: Bruce Wayne beziehungsweise Batman wird gefragt, worin denn seine Superkräfte bestünden. «Ich bin reich», ist seine Antwort. Dafür gibt's zwei Sterne. ★★☆☆☆

Knorrs Liste

1	The Square Regie: Ruben Östlund	★★★★★
2	Blade Runner 2049 Regie: Denis Villeneuve	★★★★★
3	Suburbicon Regie: George Clooney	★★★★☆
4	Maudie Regie: Aisling Walsh	★★★★☆
5	It Regie: Andy Muschietti	★★★★☆
6	Victoria and Abdul Regie: Stephen Frears	★★★★☆
7	Blue My Mind Regie: Lisa Brühlmann	★★★☆☆
8	Murder on the Orient Express Regie: Kenneth Branagh	★★★☆☆
9	Justice League Regie: Zack Snyder	★★★☆☆
10	Thor: Ragnarok Regie: Taika Waititi	★★★☆☆

3 KARTEN FÜR CHARLIE

presented by

SWISS CASINOS

Pfäffikon SZ · St. Gallen · Schaffhausen · Zürich

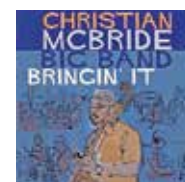
Jazz

Tradition mit Punch

Von Peter Rüedi

Es gibt klassische Orchester, die kommen ohne einen Dirigenten aus, namentlich im Barock-Kontext. In aller Regel aber steht der Dirigent vor dem Ensemble, er leitet das musikalische Geschehen, gibt Einsätze, aber die Feinheiten hat er mit seinem Klangkörper in den Proben erarbeitet. Seine ausgreifende Gestik ist zumeist fürs Publikum. Der Jazz kommt meist ohne Dirigenten aus, auch im Fall einer Big Band, wie sie Christian McBride gelegentlich organisiert. McBride ist ein Bassist von Format, zwar auch ein solistischer Schnelfingerkünstler, aber im Wesentlichen ein Vertreter jener Bassschule, auf die das Attribut «heavy» zutrifft. Er treibt seine Band mit mächtigem Drive an, er dirigiert sie sozusagen von hinten.

Sein jüngstes Album heisst «Bringin' it», und dafür hat McBride nicht nur alle Arrangements geschrieben (bis auf eines). Drei der Stücke sind Originals, drei weitere sind explosiv arrangierte Kompositionen von Freddie Hubbard («Thermo»), McCoy Tyner («Sahara») und Wes Montgomery («Full House»), drei vom Leader üppig inszenierte Standards, «I Thought About You», «Mr. Bojangles» und «In the Wee Small Hours of the Morning». Dazu kommt als Rausschmeisser ein Original von Posaunist Steve Davis («Optimism»). In der Band sitzen ein paar McBride-Vertraute (zum Beispiel sein alter Partner, Tenorsaxofonist Ron Blake), aber sonst ist die Truppe ein Haufen von hochbegabten, noch wenig bekannten Talenten, die alle technischen Voraussetzungen für die raffinierten, aber sich im Rahmen einer swingenden Big-Band-Tradition bewegendem Arrangements mitbringen, andererseits genug kreatives Potenzial für ausgiebig eingeräumte solistische Freiheiten. Namen, die wir uns allesamt merken müssen: Xavier Davis (Piano), Freddie Hendrix und Brandon Lee (Trompete), Steve Wilson und Todd Bashore (Altsax), Dan Pratt (Tenor), Carl Maraghi (Bariton), Michael Dease und Joe McDounough (Posaune), Quincy Phillips (Drums). Hier wird nicht der Jazz neu erfunden, aber ein unverstaubt-traditioneller mit viel Punch und Raffinement frisch und neu vorgeführt.



Christian McBride Big Band:
Bringin' It. Mack Avenue
MAC 1115



Veränderung der Hirnstruktur.

Streitfragen

Ist Pornografie schädlich?

Es gibt in unserer Gesellschaft keine Menschen mehr, die unberührt von Pornografie leben. Was macht das mit uns und unseren Beziehungen?

Von *Claudia Schumacher*

Reden wir nicht um den heißen Brei herum, denn wir alle konsumieren sie: Pornografie. Schon deshalb, weil sich die Grenzen der Darstellung des Sexuellen in der Öffentlichkeit längst ins Pornografische verschoben haben.

Im Zeitalter der Internetpornografie sind die Begriffe «Softcore» und «Hardcore» umgedeutet worden. Vor kurzem bezog sich Softcore noch auf die Darstellung von Geschlechtsmerkmalen – Brust, Penis, Vulva –, Hardcore auf das Zeigen von Geschlechtsverkehr. Und heute? Softcore ist explizite, aber noch halbwegs kuschelige Pornografie mit Nahaufnahmen von Geschlechtsteilen beim Verkehr; beim Hardcore kommen Mehrfachpenetrationen, Gruppensex, Fesselspiele oder Würgen hinzu. Was vor einigen Jahrzehnten noch unter Softcore lief, hat sich auf die Werbeplakate verschoben. Die Brüste nackt: So kommen Stars zu Preisverleihungen. Wir leben in einer «pornografisierten» Gesellschaft. Jeder kann sich jederzeit und überall Internet pornos auf dem Handy ansehen. Es gibt keine soziale Kontrolle mehr, niemand muss sich ins Sexkino oder an den Kiosk schleichen, für jeden gibt es geiles Material, überall, grenzenlos und ohne dass der Nachschub jemals enden würde.

Kinder von heute kommen mit durchschnittlich zehn Jahren erstmals über das Internet mit härteren Videos in Berührung. In

einer globalisierten Zeit, in der Erwachsene, die sich mögen, häufig Tausende Kilometer von einander entfernt leben, wird der Durchschnittsbürger mit zunehmender Selbstverständlichkeit zwischen Sexting und Nackt-Selfies zum Hersteller von Pornografie der Marke Eigenbau.

Männer täuschen Orgasmus vor

Aber was macht das mit uns? Wie verändert es unsere Sexualität und unsere Beziehungen? Ist Pornografie schädlich – oder eine sexuelle Revolution hin zum Besseren?

Fakt ist, dass die jüngere Generation, die bereits im Kindesalter leicht Zugang zu explizitem digitalem Material findet und gelegentlich als «Generation Porno» betitelt wird, weniger Sex hat und Männer der Millennials zunehmend Orgasmusschwierigkeiten haben. Laut einer amerikanischen Studie unter Collegestudenten täuscht bereits ein Viertel der jungen Männer gelegentlich einen Orgasmus vor.

Doch muss man bei solchen Untersuchungen mit den Schlussfolgerungen bezüglich der Ursachen vorsichtig bleiben, denn: Ob diese Veränderungen mit dem Konsum von Pornografie zusammenhängen oder ob sie mit einem Gesinnungswandel, neuen Ernährungsformen oder anderem in Verbindung stehen, lässt sich kaum ermitteln. Erschwerend kommt hinzu: Es werden keine Probanden mehr gefunden, die von Pornografie unberührt sind

und die man als Vergleichsgrößen heranziehen könnte. Pornografie ist omnipräsent. Zwar stehen sich Teenager auch heute noch schüchtern gegenüber, wenn sie sich verlieben. Aber während man das andere Geschlecht früher ganz langsam entdeckte und so gleichsam ein Rätsel zu lösen versuchte, hat man heute schon jeden Körperteil und alles, was sich damit anstellen liesse, im Internet gesehen – eventuell sogar, bevor er sich bei einem selbst entwickelt hat.

Über die seelischen Auswirkungen mutmassen Psychologen gerne, die Gedanken gehen dabei in eine ähnliche Richtung wie beim

Die Neurowissenschaft verspricht Messbarkeit in einem Bereich, der bislang stets nebulös geblieben ist.

Thema gewaltgeprägte Videospiele. Führen Pornos zur Ausbildung von Perversionen, oder nehmen sie diesen eher die soziale Brisanz, da in der Masturbation ein harmloses Ausleben ermöglicht wird? Steigert der im Internetporno oftmals herabwürdigende Umgang mit Frauen die Frauenfeindlichkeit in der Gesellschaft? Bei der Beantwortung der Fragen wird vor allem mit Überzeugungen und Glaubenssätzen hantiert. Mittlerweile hat hier aber auch die Neurowissenschaft ihr Gärtchen abgesteckt: Pornografie und Neuroplastizität –

verändert ein hoher Konsum die Gehirnstruktur, und wenn ja, wie? Die Neurowissenschaft verspricht Messbarkeit in einem Bereich, der bislang stets nebulös geblieben ist.

Parallelen zu Suchtmitteln

Als Ausgangspunkt dient die sogenannte Pornosucht – ein Begriff, der in der Forschung erstmals 1996 aufkam. Mit Pornosucht ist heute das gemeint, was manche Männer beschreiben, die eine Sexualberatung aufsuchen: Sie können sexuelle Befriedigung ausschliesslich im Zusammenhang mit dem Konsum von Internetpornografie erleben; selbst sexuelle Fotografien, Magazine und Ähnliches erregen sie nicht mehr: Es muss ein Video sein, am besten ein drastisches. Der Anblick der eigenen Partnerin vermag solche Männer nicht mehr zu reizen, selbst dann nicht, wenn die Männer die Frau an ihrer Seite eigentlich als attraktiv einstufen.

«Ich kenne keine verlässlichen Studien, welche einen Zusammenhang von exzessivem Pornografiekonsum und der Veränderung der Hirnstruktur beweisen würden», sagt Esther Elisabeth Schütz, Leiterin des Instituts für Sexualpädagogik und Sexualtherapie (ISP) in Uster, einer singulären Einrichtung im deutschsprachigen Raum. Viele der sogenannten Pornosüchtigen leiden an zusätzlichem Suchtverhalten, etwa bezüglich Alkohol und anderen Drogen. Sind ihre Hirnstrukturen verändert,

ist der auslösende Faktor daher unklar. Die Neurowissenschaft steht beim Thema Pornografie noch am Anfang, repräsentative Studien lassen auf sich warten. Fest steht allerdings, dass durch sexuelle Reize das Belohnungssystem im Gehirn ähnlich aktiviert wird wie beim Konsum von Suchtmitteln.

Dass es zu einem Umgang mit Pornografie kommen kann, der zumindest auf der emotionalen Ebene Symptome einer Abhängigkeit aufweist, bestätigt Schütz. Neben ihrer Arbeit als Studienleiterin im Masterstudiengang Sexologie arbeitet sie als Sexualtherapeutin, und dabei hilft sie vor allem jungen Männern aus ihrer empfundenen «Sucht».

Bezug zur Realität schwindet

Wie das geht?

«Diese Männer haben den Zugang zu ihrer eigenen Sinnlichkeit verloren – sie müssen sich diesen erst wieder erarbeiten», so Schütz. Eine Frau, die sich selbst als pornosüchtig bezeichnet, hat sie noch nicht erlebt. «Männer sind sehr viel stärker visuell geprägt in ihrer Sexualität», führt Schütz als Grund dafür an, weshalb vor allem Männer beim Thema Pornografie die Kontrolle verlieren: . Das liege primär daran, dass Männer ihren Penis sehen, während das weibliche Geschlecht verborgener liege. Bei einer gesunden Sexualität sei es für Männer auch wichtig, ab und zu ihren eigenen

Geschlecht beim Verkehr zu betrachten und einen Stolz darauf zu entwickeln. Das Visuelle ist eine wichtige Reizquelle für Männer und entsprechend nutzen sie bei der Erregungssteigerung gerne Bildmaterial.

«Das Problem von Männern, die ihre Erektionsfähigkeit stark an pornografische Bilder koppeln, beginnt damit, dass für sie Selbstbefriedigung gleichbedeutend ist mit dem Schauen von Pornos», so Schütz. «Früher hatten Männer in langjährigen Beziehungen nur selten Erektionsprobleme. Heute ist die Lage da mitunter anders.» Denn durch die Pornografie werde der sexuelle Reiz auf ständige Abwechslung konditioniert – etwas, das in monogamen Langzeitbeziehungen wiederum kaum gegeben sei. «Ausserdem verliert der Mann, wenn er sich lediglich mit Pornos selbst befriedigt, an Fantasie. Und auch diese braucht er für ein gesundes Ausleben von Sexualität in der nichtvirtuellen Welt.»

Schematisch beschrieben: Männer, die massiv Pornos konsumieren, verlieren ein wenig den Bezug zur Realität, zur Frau und zum eigenen sinnlichen Erleben. Aus Selbstbefriedigung wird ein Rubbel-Spiel in ungewöhnlicher Körperhaltung, meist sitzend. Der Oberkörper wird statisch, geatmet wird oberflächlich, und häufig kommt es dazu, dass Männer einen starken Druck auf den Penis ausüben – ein Druck, wie ihn die



Gefeiert & verspottet
Französische Malerei
1820–1880

**Kunsthhaus
Zürich**
10. Nov. 2017–28. Jan. 2018

CREDIT SUISSE
Partner Kunsthhaus Zürich

Hulda und Gustav Zumsteg-Stiftung

Eugène Géraud / Le bal de l'Opéra, 1866 (Detail) / Musée Carnavalet - Histoire de Paris



VIP-Leserreise ab Rhodos

Faszination «Yachting»

Luxuriöse Yachten verleiten zum Träumen. Erleben Sie das Gefühl von Unabhängigkeit, Glück und Freiheit auf unserer exklusiven 8-tägigen Seereise. Weitab von der Hektik des Alltags erfahren Sie die Natur und sich selbst auf einzigartige Weise.

Unsere grossräumige Ketsch-Motorsegeljacht steuert in ruhigen Gewässern einsame Buchten an, die auf dem Landweg nur schwer erreichbar sind. Jedes Mal, wenn wir den Anker werfen, eröffnet sich Ihnen eine neue, faszinierende Welt. Was gibt es Schöneres und Exklusiveres?

Von Bucht zu Bucht lassen wir uns treiben. Dabei geniessen Sie einmalige Traumkulissen und lernen authentische Orte wie Rhodos, Lindos, Symi oder Bozburun kennen. Sie entspannen sich an Deck, wo Ihnen ein Jacuzzi und eine Bar zur Verfügung stehen, und haben Zeit zum Baden im kristallklaren Wasser und für Wassersport.

Freuen Sie sich auf viel Privatsphäre, auf kulinarische Erlebnisse, Cocktails und nette Gespräche. Eine 6-köpfige Crew sowie der Eigentümer von Executive CH sind rund um die Uhr um Ihr Wohl besorgt. Willkommen in der Welt des Yachting!

Jacht und Crew:

- 36-Meter-Ketsch-Motorsegeljacht
- 6-köpfige Crew
- 5 grosszügige, klimatisierte Gästekabinen mit Dusche/WC
- Deck mit Jacuzzi, Sonnenliegen und Bar
- Jetski für 2 Personen
- 2 Kanus, Stand-up-Paddle, Ringo und Beiboot

Erlebnis-Programm:

Folgende Traumziele steuern wir an: Lindos, Thessalona, Symi mit dem Kloster Panormitis, Bozburun, Söğüt Limani, Serce Limani, Kadirga, Marmaris und Kumlubük. Sie reisen im kleinen, exklusiven Rahmen und in Begleitung des Eigentümers von Executive CH.

Klima:

In den geschützten Buchten erreichen die Wassertemperaturen im September 27 °C – perfekt, um den Sommer zu verlängern!

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Yachtreise «Mittelmeer»

Reisetermin:

8. bis 15. September 2018

Leistungen:

- Yachtreise ab bzw. bis Rhodos
- Vollpension inkl. Getränke
- Alkoholische Getränke all-inclusive
- Gästebetreuung durch Executive CH

Spezialpreis (pro Person):

Spezialpreis für Abonnenten/Nichtabonnenten

- Doppelbettkabine: Fr. 3860.–
- VIP-Doppelbettkabine Fr. 3960.–
- VIP-Zweibettkabine Fr. 4080.–
- Master-Doppelbettkabine Fr. 4290.–

Abonnenten, die eines dieser Angebote gebucht haben, erhalten bei der nächsten Abo-Verlängerung eine Gutschrift von Fr. 200.–

Anmeldung und Information:

Reservieren Sie Ihr Arrangement über Telefon 056 427 15 68 oder per E-Mail an info@executive-private.ch. Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular unter www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:

Executive CH GmbH, 5430 Wettingen
www.executive-yachtreisen.ch. Mitglied des Garantiefonds der Schweizer Reisebranche

www.weltwoche.ch/platin-club



weibliche Vagina in der Regel nicht aufzubringen vermag.

Spiel aus Anspannung und Entspannung

Wie kommt man aus dieser ungesunden Virtualisierung von Sexualität wieder heraus?

«Das ist ein langsamer Prozess», meint Sexologin Schütz. «Wir raten den Männern dann, ein wenig Distanz zur Pornografie aufzubauen, um damit wieder die eigene Fantasie und das sinnliche Erleben zu steigern.» Die Männer sollten sich nach zwei Selbstbefriedigungen mit Pornografie auch einmal ohne befriedigen, dabei nur aus der Fantasie schöpfen. «Das kann beim ersten Mal sehr lange dauern, geht dann aber von Mal zu Mal wieder schneller. Zusätzlich helfe man den Männern in der Sexualtherapie auch, mit Bewegungsübungen den eigenen Körper wieder stärker zu spüren und auch in Paarbeziehungen agilere Fähigkeiten als Liebhaber zu entwickeln. «Die Männer müssen von einer *verdrückten*, durch Selbstbefriedigung mit Pornografie geprägten Sexualität wieder zu einem Spiel aus Anspannung und Entspannung finden und ihren Körper wieder wahrnehmen lernen, wobei auch die Atmung eine wichtige Rolle spielt», fasst Schütz den Prozess zusammen. Funktioniert habe das bislang noch immer – von irreversiblen Schäden durch Pornografie weiss Schütz nicht zu berichten.

Die Frage nach der Schädlichkeit ist vor allem eine Frage nach dem Mass des Konsums. Wohllosiert kann das Schauen von Pornos offenbar auch eine positive Wirkung auf die Sexualität haben – sogar auf die von Paaren.

Gut für Paare

«Nicht vergessen werden darf, dass die grosse Mehrheit der Männer regelmässig Pornografie nutzt, dabei jedoch weder Schwierigkeiten noch Suchtverhalten zeigt», sagt Stefanie Spahni, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ISP. «Vor allem der Konsum der Frau und gemeinsamer Konsum in Beziehungen wird mit positiven Effekten für sexuelle Zufriedenheit und Beziehungszufriedenheit in Verbindung gebracht. Diese Effekte könnten mit einer tenden-

Von irreversiblen Schäden weiss Forscherin Schütz nicht zu berichten.

ziell besseren Kommunikation über sexuelle Bedürfnisse und Abwechslung im Sexualleben einhergehen. Somit kann die Pornografie auch eine Ressource in der Partnerschaft darstellen.»

Pornografie als Ressource in einer Partnerschaft? Zwischen Mann und Frau? Das klingt zunächst seltsam, vergegenwärtigt man sich das unterschiedliche Nutzungsverhalten von Männern und Frauen. So schaut etwa die Hälfte der Männer gezielt Pornografie, während



Offener für neue Praktiken.

dies nicht einmal für ein Fünftel der Frauen in Frage kommt. Bei der jüngeren Generation lässt sich jedoch bereits eine Angleichung beobachten: Konsumieren 90 Prozent der Millennial-Männer regelmässig Internetpornografie, so praktizieren das immerhin bereits ein Drittel der gleichaltrigen Frauen. Dass hier ein massives Aufholen stattfindet, zeigen die Zahlen bei Mädchen im Teenager-Alter: Hier schaut bereits die Mehrheit zumindest einmal im Monat Internetpornos.

Moralisierende Frauen

Noch wichtiger als die Nutzungszahlen ist aber womöglich die moralische Bewertung: Die Hälfte der jungen Frauen bezeichnet Pornokonsum in Umfragen als inakzeptabel. Demgegenüber stünden 90 Prozent der gleichaltrigen Männer von Beziehungsbeginn weg unter moralischer Missbilligung – sofern sie mit ihren Partnerinnen über ihren Konsum sprächen (was kaum einer tut). Interessant ist auch, dass sich manche Frauen aufgrund ihrer moralischen Kindersicherung gegen Internetpornografie teils selbst im Wege stehen. So gibt es durchaus Frauen, die Pornografie nutzen und sie gleichzeitig nach aussen hin als negativ bewerten.

Trotz dieser in der Forschung als «Porn Gap» bezeichneten Unterschiede der Geschlechter in ihren Einstellungen können das offene Reden über Pornografie und auch der gemeinsame Konsum nachweislich positive Effekte auf Partnerschaften haben. So ergaben mehrere Studien der letzten Jahre, dass Paare, die gemeinsam Pornos schauen, tendenziell mehr Sex haben, offener sind für neue Praktiken und sich laut eigenen Angaben generell in ihrer Beziehung weniger langweilen. Gleichzeitig gibt es verschiedene

Studien, welche darauf schliessen lassen, dass es im Zeitalter der Internetpornografie mit der Treue schwieriger geworden ist – was einleuchtet, bedenkt man, dass der abwechslungsreiche Reiz, den die Videos bieten, den Sex in Langzeitbeziehungen schwieriger gemacht hat.

Weg von der Schuld

Was sich wiederum eher auf der positiven Seite verbuchen lässt, ist eine Entdämonisierung der Selbstbefriedigung, welche von Sexologen gemeinhin als sinnvoller Bestandteil der menschlichen Sexualität betrachtet wird.

Die Mehrheit der Teenager-Mädchen schaut zumindest einmal im Monat Internetpornos.

Heute klappt man den Laptop auf. Der Pfarrer ist weit weg, und man muss sich auch nicht mehr beim Kauf eines Heftchens am Kiosk unter dem moralinsauren Blick der Verkäuferin winden. Das ist schon eine kleine sexuelle Revolution.

«Pornografie ist aus unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken», so Spahni, «und sie ist auch nicht per se bedenklich.» Für die Sexualtherapie sei eine Optimierung des Umgangs interessanter als die Pathologisierung des Phänomens. «Das nach wie vor grösste Problem sind Schuldgefühle im Umgang mit dem Thema Selbstbefriedigung, welche vor allem im Beziehungskontext entstehen können. Umso wichtiger ist es, zu reden. Frei verfügbare Internetpornografie ist ein relativ junges Phänomen – und den gesunden Umgang damit muss mancher einfach noch finden.»



Thiel

Gottes Sozialstaat

Von Andreas Thiel

Berset: Ich möchte den Sozialstaat auf ein grösseres moralisches Fundament stellen, als es das SP-Parteiprogramm bieten kann. Finden sich Stellen im Neuen Testament, welche den Sozialstaat stützen?

Theologe: Natürlich, da steht: «Du sollst auch deine Feinde lieben.»

Berset: Ich will aber nicht meine Feinde unterstützen, die haben schon genügend Geld, sondern unsere Wähler, äh Freunde.

Theologe: Im Neuen Testament steht auch: «Liebe deine Wähler, äh Nächsten wie dich selbst.»

Berset: Ich kann doch einem Sozialhilfebezügler nicht den Lohn eines Bundesrates geben. Das wäre masslos übertrieben. Was steht denn im Alten Testament?

Theologe: «Du sollst nicht stehlen.»

Berset: Das ist nicht gerade hilfreich, denn der Sozialstaat basiert auf der Enteignung von Besitztum. Was sagt der Buddhismus dazu?

Theologe: «Alles Leiden kommt von der Unfähigkeit, sein Schicksal zu akzeptieren.»

Berset: Um den Sozialstaat zu realisieren, scheint mir der Buddhismus eher hinderlich. Was sagt denn der Hinduismus?

Theologe: «Alles Leiden ist selbstverschuldet.»

Berset: Was soll das heissen?

Theologe: Wer in diesem Leben arm ist, war im letzten Leben vermutlich reich und oben drein noch geizig.

Berset: Mir ist schon klar, warum die Inder auf keinen grünen Zweig kommen. Was gibt es sonst noch?

Theologe: Zen: «Sorgen hat nur, wer vor lauter Zukunftsängsten die Gegenwart vergisst.»

Berset: Diese östlichen Religionen kamen mir schon immer recht dubios vor. Gibt es denn keine Religion, welche das System des Sozialstaates stützt?

Theologe: Na ja, im Koran steht, wer Beute gemacht hat, soll Almosen geben.

Berset: Das ist genau das Prinzip des Sozialstaats. Wo, haben Sie gesagt, steht das?

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Kleine Schweiz im grossen Russland

Viel Andrang bei der Verleihung des Suworow-Preises in Moskau.

Von Hildegard Schwaninger

Das Swiss Russian Forum wurde gegründet, um die Beziehung zwischen Russland und der Schweiz zu vertiefen. Gründerin und Präsidentin **Béatrice Lombard-Martin** leistet da einen beträchtlichen Beitrag. Sie rief den Suworow-Preis ins Leben, der letzte Woche in Moskau zum siebenten Mal vergeben wurde. Ein Preis für innovative Projekte in Wissenschaft, Technologie, Gesundheit und Wirtschaft, ein Preis für Start-up-Unternehmen, die zum bilateralen wirtschaftlichen Austausch beitragen. Das Swiss Russian Forum ist anerkannte Handelskammer seit Mai 2016.

Der Suworow-Preis ist benannt nach dem russischen General Alexander Suworow (1730–1800), dem Nationalhelden, der bis heute als grosser Stratege der Neuzeit gilt. **Béatrice Lombard-Martin** in ihrer Ansprache bei der Preisverleihung: «Suworow war ein Kämpfer, und wir sind auch Kämpfer.»

Dass das Interesse der Schweiz an dem Anlass gross war, zeigte die hochkarätige Delegation aus der Schweiz, die vom Schweizer Botschafter in Russland, **Yves Rossier**, mit allen Ehren empfangen wurde. Er organisierte sogar einen Empfang in der Duma, wo zwar nicht **Wladimir Putin** persönlich da war (er weilte am Asien-Pazifik-Gipfel in Vietnam), aber immerhin **Pjotr Tolstoi**, Vizepräsident der Duma und ein Urenkel des nationalen Grossdichters. Die Schweizer Gäste: Ständerat **Fabio Abate**, die Nationalräte **Maja Ingold**, **Claude Béglé**, **Peter Schilliger** (alle waren,

wie betont wurde, auf eigene Kosten unterwegs), Ex-NZZ-Chefredaktor **Hugo Büttler**, **Bruno Sauter**, Leiter Amt für Wirtschaft und Arbeit im Kanton Zürich, **Kaspar Engeli**, Direktor Swiss Trade in Basel, **Derrick Widmer**, früherer Kadermitglied bei Holcim, der Russland gut kennt und das Buch «Abenteuerlicher <Russland-Feldzug> in den 1990er Jahren» über die Kapitalismuseuphorie der Oligarchen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschrieben hat. Eine Führung durch den Kreml, wo man staunend vor den Kutschen, Kleidern und Juwelen der Zaren stand, war natürlich Programmpunkt.

Die Preisverleihungszeremonie (die Preise gingen an diverse junge Unternehmer und Erfinder) fand in der Schweizerisch-Russischen Handelskammer statt (früher war man im «Ararat Park Hyatt»-Hotel). Als wichtige Sponsoren waren **Galina Sato**, Präsident Granite Group, da, sowie **Mikhail Lifshitz**, Verwaltungsrat der Renova Group. Es gab ein ausgedehntes russisches Buffet, russische Weine (Domaines Burnier), deren Anbau vom Schweizer Unternehmer **Beat Weber** initiiert wurde (er hat in Sankt Petersburg eine Fabrik, die Eglifilets aus russischen Seen verarbeitet und in die Schweiz exportiert). Eglifilets sind in Russland Katzenfutter. Weber: «Die Russen essen Meeresfische, weil sie Meeranstoss haben, wir in der Schweiz haben kein Meer, deshalb essen wir Süswasserfische. Eglifilets sind bei uns eine Spezialität, in Russland gibt man sie den Katzen.» So gab es unter den zirka 200 Gäs-



Fast verliebt

Zu hetero

Von Claudia Schumacher

An diesem Samstagabend begab ich mich also ins Nachtleben, in meiner Eigenschaft als Single. Bei mir hatte ich eine neue Freundin: lebensfroh, süss, so eine zum Pferdestehlen, die richtig aufdreht, wenn

man ihr Alkohol gibt. «Ich mag deine Ohrläppchen», sagte sie irgendwann – sinnlos und angetrunken –, legte ihre Hand in meinen Nacken und streichelte mich dort zart. «Du Süsse!», sagte ich nur, kicherte blöd. Mir wurde warm. Es ergab sich also, was sich oft ergibt, wenn Single-Frauen sich gegenseitig interessanter finden als die Männer um sich herum: Zwei Mädels, tendenziell hetero, kommen sich nahe.

Wir tanzten, lagen uns ständig in den Armen, gingen händchenhaltend zur Bar – und schon hing es wieder über mir, das Damoklesschwert, das seit der Pubertät nicht weggeht und an solchen Abenden auch immer niedersaust: Die Situation kippt ins Lesbische – und ich stehe da, wahnsinnig verklemmt und sehr unzufrieden. Warum bin ich so verkorkst?

Eine Frau schiebt mir freundlich die Zunge in den Mund – und bei mir geht der Rollladen runter. Für den souveränen Umgang mit dieser



Beträchtlicher Beitrag: Lombard-Martin.



Grosser Empfang: Botschafter Rossier.



Stippvisite: Verwaltungsratspräsident Rey.

ten anregende Gespräche. Man diskutierte geschäftliche Möglichkeiten und Probleme (Sanktionen und Gegensanktionen), kulturelle und umweltbedingte Unterschiede (eben Eglifilets!) sowie das verzwickte Thema Korruption: In Russland haben Geschenke Tradition, sie sind Zeichen der Wertschätzung und Freundschaft, man will anderen eine Freude machen; in der Schweiz haben sie ein zwispältiges Image: Ein Parlamentarier in der Schweiz muss zweimal überlegen, ob er eine Einladung zum Essen annimmt. Viele junge, hübsche Russinnen waren da, und einige erzählten offenherzig, dass sie gern einen Schweizer heiraten würden. Auch interessante bilaterale Möglichkeiten ...

Die Schweizer wohnten im Hotel «Metropol», das in russischem Besitz (Alexander Klyachin von Azimut-Hotels), aber fest unter Schweizer Führung ist. Michel Rey, Ex-«Baur au Lac»-Direktor, ist Verwaltungsratspräsident (er war gerade da auf Stippvisite), Dominique N. Godat ist Generalmanager. Er lebt seit drei Jahren in Moskau, unter seiner Leitung steht auch das Hotel «Petroff Palace», er ist zuständig für ein neues Boutique-Hotel der Azimut-Gruppe, das zurzeit gebaut wird, sowie für die Planung eines neuen Spa im Hotel «Metropol». Das Frühstück hier im Art-déco-Restaurant ist ein Erlebnis. Ein Springbrunnen plätschert, eine Harfenspielerin musiziert, und am Buffet bedient man sich mit Früchten, Säften und Blinis mit Kaviar, Lachs und Sauerrahm. Das Hotel ist first class geführt, die Lage ist grossartig, es sind nur ein paar Schritte zum Bolschoitheater.

Dominique N. Godat ist einer der rund 700 Schweizer, die in Russland, dem grössten Land der Welt, leben. Und wie viele Russen leben in der kleinen Schweiz? 20 000!

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Situation fehlen mir, selbst fünfzehn Jahre nachdem sie erstmals auftrat, die nötige Freiheit, das Talent – vielleicht auch die Neigung. Wahrscheinlich ermutige ich die anderen Frauen durch meine kurzen Haare; einmal habe ich es sogar richtig probiert mit einer. Aber es ging nicht. Leider bin ich stockhetero. Womit mir die Coolness fehlt, die ich für das Grossstadtleben brauchte – und ich leide darunter, ernsthaft.

Wobei es ja Menschen gibt, die meinen, jede Frau sei insgeheim bisexuell. Darum habe ich Hoffnung. Bei Freundschaften mit Frauen bin ich sehr für Umarmungen. Als Schülerin mochte ich es, wenn die Banknachbarin meinen Arm streichelte. Mit Frauen, die ich mag, schmuse ich gerne. Auch Küsse ohne Zunge sind super. Aber meine Körperöffnungen, die sind so hetero!

Geniessen die anderen nicht-wirklich-lesbischen Frauen eigentlich das Gelegenheits-Rumknutschen untereinander? Oder geht es

eher darum, Männer aufzuheizen? Der Weg des weiblichen Begehrens geht ja oft übers Begehrtwerden. Und Männer stehen gemeinhin auf so Frau-Frau-Spielchen. Würden die Hetero-Frauen das auch machen ohne die Männer, die zusehen? Ich habe noch keine Frau gefragt, die mir ihre Zunge anvertraute. Irgendwie ist das kein Thema, über das man spricht. Das wäre der anderen sicher peinlich. Mir ist es ohnehin furchtbar peinlich.

An diesem Samstagabend aber, da wollte ich erwachsen sein. Also machte ich mutig die Augen zu und streckte halt auch die Zunge raus. Eine offensive Ablehnungsgeste – nur halt in ihren Mund hinein. Sie fand es sehr höflich. Dann habe ich ein Auge geöffnet und nach rechts zu diesem einen Mann hingeshielt, der ganz passabel war – in der Hoffnung, er werde mich erlösen.



Unten durch SusiCat21

Von Linus Reichlin

Nehmen wir mal an, du kratzt dich auf dem Weg zu einer Sitzung hinter dem Ohr und merkst, dass da ein Pickel ist. Dieser Pickel lässt dir während der Sitzung keine Ruhe, denn er ist neu und fühlt sich merkwürdig an. Dein Chef spricht vor versammelter Mannschaft davon, dass Rot eine Farbe sei, Schwarz aber nicht, und dass er in der nächsten Quartalsbilanz keine Farben mehr sehen wolle. Dir geht es genauso: Du willst auch keine Farbe sehen, vor allem nicht Rot, und erst recht nicht auf deiner Fingerspitze, nachdem du an deinem verdächtigen Pickel rumgedrückt hast. Nach der Sitzung versuchst du, auf der Toilette im Spiegel den Pickel zu sehen, aber ohne Augen im Hinterkopf ist das schwierig. Der Pickel versteckt sich in einem toten Winkel genau in der Rille zwischen Kopf und Ohr, wo dein Sehnerv nicht hinreicht. Du stellst bei deinem Handy die Blitzlichtfunktion ein, hältst das Handy hinter deinen Kopf und machst auf gut Glück 52 Fotos aus verschiedenen Winkeln. Auf einem der Fotos glaubst du einen riesigen Hautkrebs zu sehen, aber bei genauerer Betrachtung entpuppt sich das Geschwür als deine verwackelte Fingerkuppe.

Am Nachmittag musst du einen Bericht schreiben, kommst aber mit der Arbeit nur schleppend voran, weil du nur eine Hand zum Tippen frei hast – die andere ist mit der permanenten Tastuntersuchung des Pickels beschäftigt. Inzwischen hast du ein sehr genaues inneres Bild von ihm: Er ist kleiner als 5 Millimeter (uff!), aber er ist möglicherweise schorrig (Scheisse!), und er wackelt (ist das gut?). Da du sowieso nicht arbeiten kannst, meldest du dich beim Abteilungsleiter krank. («Ich fühle mich irgendwie fiebrig.» – «Das sieht man, Ihr Ohr ist ganz rot.») Du fährst nach Hause zu deiner Frau, die auf dem Sofa liest. Du reisst ihr das Buch aus der Hand, klappst dein Ohr nach vorn und sagst: «Was ist das? Hier, genau hier! Dieser Pickel, ist er schwarz?» Deine Frau sagt, sie sehe nichts. Das ist wieder mal typisch! Sie sieht immer nur das, was sie sehen will, aber deinen möglicherweise kurz bevorstehenden Tod verdrängt sie! «Hol eine Lupe, verdammte!», sagst du, und sie holt ihre Nählupe und sagt, ja, jetzt

>>> Fortsetzung auf Seite 70

sehe sie es, hinter deinem Ohr sei ein Fleck, ein schwarzer Fleck, und daneben klebe ein Zettelchen, auf dem stehe: «Der Besitzer dieses Ohrs ist ein Stinkstiefel.» Ist es ein Wunder, dass die meisten Leute mehr Zeit im Internet verbringen als mit ihren Ehepartnern? Nein, denn in Notsituationen ist einem das Internet einfach die grössere Hilfe! Du setzt dich an deinen Computer, gibst die Suchbegriffe «Pickel, Ohr, blutet, möglicherweise schorfig, wackelt» ein und erhältst sofort eine eindeutige Antwort: Es ist vermutlich Hautkrebs. Endlich weisst du, woran du bist.

Jetzt geht es nur noch darum, herauszufinden, wie hoch deine Überlebenschancen sind. Den ganzen Abend und die halbe Nacht lang klickst du dich immer tiefer hinein in die weitverzweigte Symptomatik des malignen Melanoms. Um drei Uhr nachts kommst du zur erschütternden Erkenntnis, dass alle deine Symptome dagegen sprechen, dass du Hautkrebs hast, dass aber genau das dafür spricht, dass du eine besonders gefährliche und seltene Form des Melanoms hast, das «Lewis-Pullman-Syndrom», bei dem die üblichen Symptome alle nicht auftreten. Um vier Uhr loggst du dich in einem Chatforum für Schlaflose ein und lernst eine SusiCat21 kennen, der du schreibst, dass deine medizinische Internetrecherche ergeben habe, dass du noch 38 Tage zu leben habest. «Du hast aber nicht etwa das Lewis-Pullman-Syndrom?», schreibt SusiCat21, und nun erfährst du, dass es sich dabei um einen Internet-Hoax handelt, dieses Syndrom ist nur ein makabrer Scherz. Am nächsten Morgen sitzt du übernachtigt in der Praxis eines Dermatologen, der die Rückseite deines Ohrs untersucht. «Was ist es?», fragst du, und er sagt: «Ein Ohr.»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Heimkehr einer Auswanderin

Von Peter Rüedi

Dies ist die Geschichte eines Auswanderers, der nach Jahren in der weiten Welt, wo er zu Ansehen und Wohlstand gelangte, in seine alte Heimat zurückkehrt, und keiner kennt ihn mehr. Er ist zu Hause fremder als in der Fremde. Auf diesem Muster basieren manche Romane, nicht nur Gottfried Kellers «Grüner Heinrich». In unserem Fall ist die heimgekehrte Fremde eine Traubensorte. Einst gehörte die Malbec in Bordeaux zum angestammten Sortensatz, bevor sie, anfällig für Verrieseln, Frost, Falschen Mehltau und Fäule, bei den Winzern zusehends in Ungnade fiel. Sie zog sich auf die mageren, hochgelegenen Kalksteinlagen von Cahors zurück, wo die Appellation Contrôlée heute 70 Prozent Malbec (in der Gegend Côt genannt) verlangt. Vor allem aber erlebte die in Bordeaux eher rustikale, kurzlebige Sorte im argentinischen Mendoza (und zum Teil auch in Chile) eine glorreiche Auferstehung in teilweise mächtigen und dennoch finessenreichen Weinen, im Vergleich zu welchen die wenig

differenzierten Malbecs aus der ehemaligen Heimat schon in ihrer Jugend alt aussahen. Nun überrascht Hervé Lhuillier vom kleinen, aber feinen Château Fleur Haut Gaussens in Véric (das liegt in der nur von Snobs verachteten Appellation «Bordeaux Supérieur») mit einem reinsortigen Malbec. Wenn wir auch der Wahrheit halber anmerken müssen, dass, wenn überhaupt in Bordeaux, in den Zonen nördlich der Dordogne an der im Médoc ungeliebten Malbec festgehalten wurde. Fleur Haut Gaussens produziert den Malbec, der trotz junger Reben schon erstaunlich viel Lob geerntet hat, auf gerade mal einer Hektare (von insgesamt dreissig).

Allein, das Malbec-Projekt hat Zukunft. Seine Neupflanzungen versucht Lhuillier mit wurzelechten Reben. Aber genug der Öno-Fachsimpelei. Dies ist ein eleganter, präziser Wein, mit viel Brombeeren in der Nase. Kein Schmeichler, der auf voreilige Versöhnung aus ist, er leistet durchaus auch einigen Widerstand, das Holz ist klug dosiert, aber präsent (eher ungewöhnlich für einen «Supérieur»). Ein Wein mit schöner Balance zwischen Frucht und Tanninen, Brombeeren, Cassis, Tabakaromen und einer interessanten Würze und Frische. Die verdankt sich auch der Vinifikation mit den ganzen Trauben (inklusive der Stiele). Ein kräftiger, maskuliner Malbec, der nie erschlagend wirkt, vielmehr alle Anklangsnerven belebend stimuliert. «La Viminière» (so heisst der Cru) wird da und dort als «Bordeaux für alle Tage» gelobt. Das ist, abgesehen vom Preis, eine Untertreibung. Es sei denn, wir feiern jeden Tag ein Fest.

Château Fleur Haut Gaussens La Viminière Bordeaux Supérieur Malbec 2015. 13,5%. Daniel Gazzar, Pully. Fr. 18.40. www.daniel-vins.ch



Zu Tisch

Verkohlen der Aubergine

Von David Schnapp

Zu den interessanteren neueren Formen des feinen Essens gehören die Tresen-Restaurants. Man sitzt statt an Tischen an einer Theke und schaut den Köchen bei der

Arbeit zu. Die servieren die Gerichte dem Gast frontal, während das Servicepersonal, von hinten kommend, Getränke bringt und leere Teller abräumt. Zu den Pionieren dieser Form kulinarischer Unterhaltung gehören der französische «Koch des Jahrhunderts», Joël Robuchon, mit seinen «Ateliers» oder der Amerikaner David Chang, der mit seinen Momofuku-Restaurants ein kleines Imperium erbaut hat. Sein 2008 eröffnetes «Ko» erhielt schnell zwei Michelin-Sterne. Heute befindet sich das Lokal im New Yorker East Village in der unauffälligen Ausbuchtung einer kleinen Strasse.

Für die neunzehn Plätze am Tresen ist eine Reservation empfohlen, wer nicht erscheint, bezahlt trotzdem. So sind die Spielregeln in amerikanischen Top-Restaurants. Zehn Gänge und vier Amuse-Bouches vorneweg bekomme ich für 195 Dollar. Das kulinarische Niveau ist hoch, auch wenn bei Tasting-Menüs immer ein, zwei Gerichte dabei sind, deren Überzeugungs-

kraft geringer ist. Zu diesen gehört die eingelegte Makrele mit Peperoni und (zu wenig) Ingwer; die Kombination aus Süsse und jodigen Fischaromen wirkt eher irritierend. Aber die überzeugenden Kombinationen sind in der Überzahl: dünn geschnittenes, trockengereiftes Rinds-Entrecôte etwa – kurz und heiss grilliert und mit einer grünen Pfeffersauce glasiert. Oder der Felsenbarsch «en papillote», im Innern einer Aubergine kurz gegart. Das Gemüse lag zuvor während rund einer Stunde auf einem sehr heissen japanischen Grill und verkohlte äusserlich, was dem Fruchtfleisch ein intensives, süss-rauchiges Aroma gibt. Während die Aubergine vor sich hin verkohlte, sah ich ihr vom Tresen aus zu und freute mich darauf, sie zu essen. Das macht den Charme solcher Restaurants aus.

Momofuku Ko, 8, Extra Place, New York, NY 10003. Tel. +1 212-203-8095. Täglich geöffnet.



Auto

Der Offroad-Automat

Abseits der Strasse gilt der Toyota Land Cruiser als Legende. Zu Recht, wie wir kürzlich erfahren konnten. *Von David Schnapp*

Der Begriff «Weltauto» trifft auf den Toyota Land Cruiser zu wie auf kaum ein anderes Fahrzeug: Man kann ihn in über 190 Ländern der Welt kaufen, und er gilt seit sechzig Jahren als zuverlässiger, unverwüstlicher Partner, sobald man sauber geteerte Strassen verlässt. «Ein Stück Gusseisen» nannte ihn die FAZ kürzlich, und die Tester von «Top Gear» befanden: «Wenn man in der Wüste lebt, ist der Land Cruiser das Beste, was es gibt.» Wenn

Lifestyle-SUVs längst aufgegeben haben, klettert der Toyota immer noch unbeeindruckt über Treppen, Felsen, Schotter und anderes Ungemach.

Ich habe es ausprobiert, letzte Woche in Seelisberg auf der Offroad-Piste des Event-Center, wo Fahrkurse auf und neben der Strasse angeboten werden. Wir wollen ja ehrlich sein, die Möglichkeiten, in der Schweiz durch den Dreck zu fahren, sind begrenzt. Da kommt immer zuerst noch ein Verbot, bevor man die Strasse verlassen darf – Bergbauern und Kiesgrubenbesitzer einmal ausgenommen. Andererseits: Nach heftigen Regen- oder Schneefällen und anderen Wetterereignissen könnte es durchaus sein, dass auch die Strassen hierzulande nicht mehr so leicht zu befahren sind. Für solche Ereignisse ist der Land Cruiser gemacht – und natürlich für die Wüste oder den Dschungel.

Der neueste Land Cruiser ist kein ungehobeltes Stück Gusseisen mehr; falls man nicht gerade eine Treppe hinauffahren möchte, ist er

ein sehr angenehmes Strassenfahrzeug mit stark erhöhter Sitzposition und umfangreicher Komfortausstattung sowie grosszügigen Platzverhältnissen. Selbst bei energischen Brems-Ausweich-Manövern schaukelt die Karosserie ausserdem nie zu heftig, und der Vier-Zylinder-Dieselmotor mit bis zu 200 PS und 500 Nm – je nach Modell – klingt kernig und hat Kraft.

Toyota zählt den Land Cruiser «zu den technisch fortschrittlichsten Geländewagen weltweit». Dazu gehören etwa eine Differenzialsperre wie auch ein zusätzliches Limited-Slip-Torsen-Differenzial für besonders rutschige Oberflächen, sechs Offroad- und fünf Strassen-Fahrprogramme sowie ein Kamerasystem, das einem auch die Situation unten vor dem Fahrzeug zeigt. Das ist besonders hilfreich, wenn man so steil im Gelände steht, dass durch die Frontscheibe nur noch der Himmel zu sehen ist.

Ein Highlight ist ausserdem die «Crawl»-Funktion: Damit klettert der Land Cruiser selbständig und langsam, aber unerbittlich über jedes Hindernis, den Berg hinauf und wieder hinunter. Der Fahrer kann die Geschwindigkeit stufenweise von 1 bis 5 km/h einstellen, den Rest erledigt der Offroad-Automat. Einfacher und zuverlässiger kann man sich kaum durch unwegsames Gelände bewegen.

Toyota Land Cruiser 2,8 D-4D Premium

Leistung: 200 PS / 147 kW,
Hubraum: 2760 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 175 km/h
Preis: Fr. 76 600.–



Maserati total

Die *Weltwoche* lebte während dreier italienischer Tage den Traum, einen Maserati zu fahren. Einen? Auf Strasse und Rennstrecke testeten wir alle aktuellen Modelle. Wir besuchten das Werk in Modena und bestaunten historische Schönheiten. *Von Philipp Gut*

Zuerst sah ich sie gar nicht. «Was für ein Ton!», sagte jemand, als ich an der Zahlstelle auf der italienischen Autobahn anhielt und in meinen Euro-Münzen wühlte. «Una Maserati?», fragte die Stimme. Ich hob den Kopf und blickte in das Gesicht einer Kassiererin. Ich nickte, ja: «Una Maserati.» Sie strahlte über das ganze Gesicht. Ich strahlte zurück. Schön, wenn man so empfangen wird.

Ich war auf der Reise nach Modena, zum Stammsitz von Maserati, und fuhr einen neuen Maserati Quattroporte S Q4, ein Auto wie geschaffen für die mehrstündige Fahrt. Die elegante Limousine mit 410 PS und Allradantrieb, aussen in modisch-dezentem kaltem Bronzeton («Bronzo Siena») gehalten, innen in dunkelbraunem Leder, bietet viel Platz, ist bequem und hat dennoch alle Eigenschaften eines Sportwagens. Die italienischen Automobilisten wissen das. Wenn man auf der Autobahn die linke Spur benutzt und den Quattroporte mühelos auf höhere Tempi beschleunigt, dann weichen sie bereitwillig bis anerkennend zur Seite.

Vielleicht hing das auch damit zusammen, dass ich in einem kleinen Flottenverbund unterwegs war. Mein Kollege fuhr einen champagnerfarbigen Ghibli, den kleinen, wendigen Bruder des Quattroporte. Zu zweit machte es noch mehr Spass, in den Sportmodus zu schalten und die Kraft zu spüren, die sich unter dem gediegenen Äusseren dieser Autos versteckt.

Am nächsten Morgen erhielten wir einen Einblick hinter die Kulissen der Produktion im Maserati-Werk in Modena, wo die Modelle Gran Turismo und Gran Cabrio gefertigt werden. Angefangen haben die sieben Maserati-Brüder mit einer Werkstatt in Bologna, der Dreizack im Maserati-Wappen erinnert an eine Neptunstatue in der Stadt. 1926 bauten die Fratelli Maserati das erste Auto. Später wurde der Firmensitz nach Modena verlegt.

«Hochzeit» von Motor und Karosserie

Die Sportlichkeit der Marke ergibt sich aus ihrer Geschichte. Die Anfänge waren im Rennsport, diese DNA ist bis heute prägend. 1957 wurde Maserati Weltmeister in der Formel 1, mit einem Maserati 250F, den man im Showroom des Werks in Modena bestaunen kann. Entworfen hat diese Kathedrale des Automobilbaus der bekannte Industriedesigner und Architekt Ron Arad. Für den Schah von

Persien baute Maserati ein Spezialmodell, das im Innenraum mit Gold und Hermelin ausgestattet war.

Die Produktion der Autos erfolgt nach dem Just-in-time-Prinzip, es werden nur Komponenten für Fahrzeuge zusammengebaut, die bereits gekauft sind. Pro Tag sind es in Modena sechzehn Stück. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Fiat-Chrysler-Gruppe (FCA) illustriert der Umstand, dass die Benzinmotoren des Gran Turismo und des Gran Cabrio

Wenn der Profi fährt, merkt man, wie sportlich diese stattliche Limousine aufgestellt ist.

von Ferrari stammen. Auch lackiert werden die Maseratis von der schnellen Konzernschwester. «Wir sind der beste Kunde von Ferrari», sagt ein Arbeiter lächelnd.

Ein wichtiger Moment in der 24 Stationen umfassenden Produktionslinie ist die sogenannte Hochzeit, bei der die Karosserie auf den Motor gesetzt wird. Gegen Ende der Produktionslinie sind vor allem Frauen und junge Mitarbeiter beschäftigt: Sie bauen die Elektronikteile zusammen, wobei es von Vorteil ist, wenn man kleine, geschickte Hände hat.

Die fertigen Autos werden auf der Strasse und dann in einem zweiten Gebäude auf Herz und Nieren geprüft. Es gibt einen Regensimu-



Einzigartig: Panini-Motor-Museum.



«Smooth» auf Italienisch: Maserati-Rennstrecke.

lator, Getriebe- und Reifentests. Die dritte Halle nennen die Arbeiter scherzhaft «Beauty Farm». Unter LED-Licht werden die Fahrzeuge geputzt und auf allfällige minime Fehler im Lack untersucht, ausserdem werden sie mit einer Simulation des Sonnenlichts kontrolliert. Schliesslich nimmt eine externe Firma eine Schlussprüfung vor. Erst dann kommen die Autos unter eine Decke – bereit für die Auslieferung an den Kunden.

Ein Sportwagen, getarnt als SUV

Am Nachmittag fahren wir ins eine gute halbe Stunde entfernte Varano de' Melegari, wo wir auf der Rennstrecke ein Fahrtraining absolvieren dürfen. Das Besondere daran ist, dass jeder Teilnehmer ausgiebig praktisch alle aktuellen Maserati-Modelle testen darf, vom sportlichen Gran Turismo über den Quattroporte und den Ghibli bis zum neuen SUV Levante.

In einer Theoriektion lernen wir vorgängig, wie die ideale Sitzposition aussieht (fast aufrecht, nahe am Steuerrad, damit dieses leichter ist) und wie man die Hände am Lenkrad hält (auf der Position «Viertel nach neun»). Der linke Fuss gehöre fix an seinen Platz, erklärte der Chef-Instruktor, der Blick sei immer weit voraus zu richten, um die



Linie, den Kurvenausgang und andere Autos auf der Piste zu erkennen.

Dann geht es los. Jeder Teilnehmer erhält einen Instruktor zugeteilt, alle sind Profis, sie kommen aus dem Rallye- und dem Rundstreckensport. Mein erstes Auto auf dem Varano Circuit ist ein liebgewonnener, neuer alter Bekannter: der Quattroporte, der mir schon auf der Anfahrt aus der Schweiz so viel Spass bereitet hat. Zuerst fährt der Instruktor ein paar Runden, dann lässt er mich ans Steuer. Vor allem wenn der Profi fährt, merkt man, wie sportlich diese stattliche Limousine aufgestellt ist.

Das zweite Modell, das ich über die 2500 Meter lange Piste jagen darf, ist ein dunkelblauer Ghibli mit Dieselmotor. Wer noch Vorurteile aus früheren Zeiten des Automobilbaus gegenüber dem Diesel hatte, wird eines Besseren belehrt: Wenn ich wüsste, was *smooth* auf Italienisch heisst, würde ich es hier einsetzen. Wunderbar leicht lässt sich das Auto um die Kurven drehen.

Zur Abwechslung gibt es einen Test auf einem künstlich berechneten Parkplatz neben der Rennstrecke. Man fährt im ersten Gang in die Kurve rein, gibt dann Vollgas und muss extrem gegensteuern, um auf Kurs zu bleiben. Sonst dreht sich der Wagen. «Ui, ui, ui!», höre ich die

Stimme des Übungsleiters über das Mikrofon. Nach mehreren Versuchen mit wilden Ausschlägen und entsprechenden Kommentaren lässt er sich immerhin ein «Not bad» entlocken.

Das dritte Modell auf dem Circuit ist ein dunkelblau schimmernder Gran Turismo. Die Ikone des gepflegten sportlichen Fahrens nach italienischer Art erhielt ein sanftes Facelifting und besticht durch seine klassisch schönen Linien. Der Gran Turismo ist natürlich etwas straffer als die Limousinen Quattroporte und

Der SUV von Maserati ist und bleibt ein Sportwagen – im Gewand eines Offroaders.

Ghibli, und ich habe nach Ansicht des unbestechlichen Instructors «langsam kapiert», wie man eine Kurve meistert. Die geometrische Ideallinie, wie man sie auch in der Fahrschule lernt, sei auf der Rennstrecke eben gerade nicht ideal, erklärt der Instruktor: Auf einer Rennstrecke liegt der Scheitelpunkt etwas später, man fährt also langsamer in die Kurve hinein, damit man schneller wieder aus ihr herauskommt.

Das verblüffendste Erlebnis an diesem Nachmittag ist die Fahrt im Levante, dem ersten SUV

von Maserati. Manchen Autofahrern dürfte noch gar nicht wirklich bekannt sein, dass Maserati jetzt auch schwerere Geschütze baut. Doch wer denkt, der Levante sei ein «Hausfrauenpanzer», wie Spötter die SUVs nennen, der irrt sich. Meine Skrupel, den Wagen wie die anderen Modelle durch die Kurven zu treiben, verflogen rasch: Der Levante fährt sich nicht nur sehr dynamisch, sondern auch unglaublich präzise. Da wackelt und wabert nichts. Nach dem Rennstreckentest ist klar: Mit seinem SUV ist Maserati nicht vom Weg abgekommen, dieses Fahrzeug ist und bleibt ein Sportwagen – im Gewand eines Offroaders.

Zeitlose Schönheiten

Zum Abschluss erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat, dass sie den «Master Maserati Driving Course» bestanden haben. Interessant ist die grafische Darstellung unserer Fahrerleistung. Es wurden die Geschwindigkeit, die Linienwahl, das Schalten, Gaseben, Bremsen



«Not bad»: Autor Gut.

und Steuern gemessen und mit den Idealwerten eines Profis verglichen. Auf einer Skala bis zehn kann jeder sehen, wie weit er vom perfekten Rennfahrer entfernt ist (mein Wert liegt bei 7,85).

Für mich und meinen Kollegen ist das Abenteuer nicht zu Ende, draussen vor dem Circuit stehen der bronzenen Quattroporte und der Ghibli «Champagne» bereit. Und weil wir noch immer nicht genug von Maserati haben, besuchen wir am nächsten Morgen das Privatmuseum der Unternehmerlegende Umberto Panini vor den Toren Modenas. Der Mann, der mit den Fussballbildchen gleichen Namens ein Vermögen machte, hat auf seiner Farm «Hombre», wo er Milch und Käse herstellt, eine einzigartige Sammlung von Maserati-Fahrzeugen aus der bald hundertjährigen Geschichte der italienischen Kultmarke aufgebaut. Schönheit, lernen wir dort, ist keine Frage des Alters.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man trotz der von Feministinnen fast heiliggesprochenen Anna Göldi heute noch einen Hexenschuss bekommen?

Kurt Walder, Basel

Natürlich darf man auch in der heutigen Zeit noch einen Hexenschuss bekommen, sollte es aber nicht unterlassen, demütig zu erwähnen, dass man selbstverschuldet von einem solchen getroffen worden sei, da man über einen Blondinenwitz gelacht habe, den ein Freund vom Schützenverein am Stammtisch erzählt hatte. Den Witz könne man leider nicht wiedergeben, da er völlig niveaulos sei. Lieber würde man einen Besen fressen als einen politisch inkorrekten Witz erzählen, sofern nicht die Gattin gerade auf dem Besen in der Gegend rumfliege, da sie diesen ja nicht mehr zu Hause zum Wischen brauche, seit man als emanzipierter Mann selber das Putzen übernommen habe mittels eines Staubsaugerroboters, der allerdings leider nicht draussen vor der eigenen Türe kehrt, weil er nicht fliegen kann.

Andreas Thiel

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Du meine Güte! Ist das heute der Qualitätsstandard an unseren Universitäten?» *Georges Bouquet*

Katastrophale Folgen

Nr. 46 – «Junge Mütter, süßes Gift»; Philipp Gut und Christoph Mörgeli über alleinerziehende Mütter

In seinem Buch «The Welfare State We're In» analysiert J. Bartholomew das Problem alleinerziehender Mütter. Sein Fazit: Mit der Einführung der Staatshilfe wurden alleinerziehende Mütter immer jünger. Um die staatliche Unterstützung nicht zu verlieren, fehle ihnen jede Motivation zu einem beruflichen Aufstieg. Es komme zu immer zahlreicheren Partnerwechseln und, um die Staatshilfe nicht zu verlieren, nur selten zu einer neuen Heirat. Bei Stiefvätern sei Gewalt und Kindsmisshandlung 77-mal häufiger als bei leiblichen Vätern. Kinder von alleinerziehenden Müttern wiesen schlechtere schulische Leistungen auf, sie hätten ein grosses Armutsrisiko. Die Gefahr, dass solche Kinder Drogen konsumierten, sei gross. Das Selbstmordrisiko bei Jugendlichen sei 33-mal höher als im Durchschnitt. Daraus schliesst Bartholomew, dass die gutgemeinte Staatshilfe katastrophale Folgen haben kann. Abhilfe zu schaffen, sei schwer, die einzige Möglichkeit bleibe eine enge persönliche Betreuung dieser Mütter. Kommentar überflüssig. *Alexander von Wyttenbach, Minusio*

Friedensnobelpreis für «Beatocello»

Nr. 45 – «Kinderarzt und Hüttenwart»; Christoph Mörgeli über Beat Richner

Nachdem das Komitee bei der Vergabe des Friedensnobelpreises nicht etwa gepatzt, sondern klare politische Ziele verfolgte und alles andere als Friedensstifter geehrt hat, gebührt Beat Richner ein solcher Preis ohne Zweifel. Warum? Er hat echte humanitäre Hilfe geleistet und in diesem Sinn und Geiste das ganze Schweizer Volk, das sich dieser Tradition verpflichtet fühlt, hinter sich geschart. Wie soll anders Versöhnung unter den Völkern entstehen, wenn nicht durch aktive und konkrete Hilfe? Wer auf dieser Erde hat sich mehr für die Bekämpfung von Not, Elend und mehr für Frieden und Gerechtigkeit eingesetzt? Ich behaupte, das sind nicht viele. *David Holzmann, Maur*

Taugenichts und Tagedieb

Nr. 45 – «Paarlauf gegen Andersdenkende»; Philipp Gut über die Historiker Philipp Sarasin und Svenja Goltermann

Du meine Güte! Ist das heute der Qualitätsstandard an unseren Universitäten? Vor einiger Zeit sagte ein Professor für Philosophie: «Universitäten sind Institutionen, an denen aus intelligenten jungen Menschen Idioten gemacht wer-

den.» Wenn man sich eine Aula mit jungen Studenten vorstellt, die von solchen Dozenten zu Intellektuellen herangezogen werden, dann wird klar, was daraus werden kann. Schade für das hart erarbeitete Steuergeld.

Georges Bouquet, Neueneegg

Keine echte Schweizer Mannschaft

Nr. 46 – «Jammerfussballer»; Philipp Gut über die Schweizer Nationalmannschaft

Meine Frau und ich, beide langjährige aktive Fussballer und Schiedsrichter, können uns schon lange nicht mehr mit der Schweizer Nationalmannschaft identifizieren. Heute spielt keine echte Schweizer Mannschaft mehr. Es sind nur noch Secondos, die nicht einmal die Schweizer Hymne singen können. Wenn eine Mannschaft 180 Minuten kein Tor schießt und nur mit einem geschenkten Penalty an die WM kommt, sind Pfiffe erlaubt. *Heinz Gerber, Thun*

Finale Eine-Welt-Herrschaft

Nr. 46 – «Kesse Lippe»; Wolfgang Koydl über EU-Minister Jean Asselborn

Mag Asselborn noch so eine kesse Lippe riskieren (ähnlich wie sein Landsmann Juncker): Die Meinung des europäischen Volkes – welcher europäischen Himmelsrichtung auch immer – interessiert ihn nicht die Bohne. Dies gilt auch für sämtliche EU-Strippenzieher mit grundlosem Spitzeneinkommen, die uns in die Imperiums-Erweiterung zur finalen Eine-Welt-Herrschaft zwingen sollen. Wenn irgendjemand in der Schweiz, insbesondere unsere Berner EU-Adlaten, tatsächlich noch glaubt, ein EU-Beitritt sei erstrebenswert, dann ist ganz entschieden an dessen Verstand zu zweifeln! *Hanna Willmann, Basel*

Korrigenda

Zum Artikel «Auftritt der Profiteure» (Nr. 45/17) — Professor Vinzenz Wyss hat auf Twitter nicht geschrieben, «No Billag» sei eine Initiative «von gewinngeschädigten Verlegern, machtgerigen Nationalisten, unzufriedenen Programmkritikern und Neoliberalen». Dieses Zitat wurde ihm irrtümlich zugeordnet. Es stammt von *Swissinfo*-Direktor Peter Schibli. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

	1			2		3	4		5			6	
7		8	9								10	11	12
13						14		15			16		
17					18								
		19								20			
	21				22		23		24			25	
26					27						28		
	29				30			31			32		
33				34	35					36		37	38
39							40						
				41								42	
43									44				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Zuhause für ungestörtes Dasein
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 3 Was für uns die Hosen, ist er in etwa für Inder. 7 Da kommt einem Deutschland spanisch vor. 10 Schnurzwurscht oder, weniger salopp: einerlei. 13 Nahost: die Stadt mit den vielen archäologischen Stätten. 14 Seine Göttliche Komödie mit den Jenseitsführern. 17 Der Biber mag sie, und sie mag Weg- und Waldländer. 18 Eigenschaft, die zu dem kräftigen Hoch dann passt. 19 Kleider machen Leute, gilt hier auch für Geistliche. 20 Die Schweizer Fanggruppe in Sachen Aviatik mag es knapp. 21 Begrenztes Mass, Räume füllend. 22 Wer sie Wirklichkeit nennt, liegt nicht falsch. 26 Es saust der Stock, es schwirrt sie, dichtete Wilhelm Busch. 27 Namentliche Verwandtschaft zwischen Morlotti und Morricone. 28 Sie ist als Zahlwort in der Triade enthalten. 29 Die Liselotte, der wir manchmal auch begegnen. 31 Wie ein Realist die Dinge malt. 33 Spanisch, freudig, sportlich, und das in einem Wort. 34 Er klafft besonders gern in Frankreich. 36 Aus Rücksicht wird in Thailand daraus ein Tempelturm. 39 Mittel zum Räuchern und dann wohlriechend. 40 Wird etwas dank Nachweisen. 41 Es liegt nicht an den Augen, dass er mehr sieht als andere. 42 Rückläufige Luft, typisch für die Roman die. 43 Breiter Schwemmkegel und uralt. 44 Hart sind sie, und edel dann auch teuer.

Senkrecht — 1 Ein kleines Wort, und sofort wird etwas mehr. 2 Der Deutsche Akkreditierungsrat gibt sich ganz schön begrenzt. 3 Sie können helfen bei Stoffwechselerkrankungen u.a. 4 Er macht den Kopf erst richtig beweglich. 5 Sie hing im Kleiderschrank vornehmer Römer. 6 Ein netter Kerl, der Karl aus Bern. 7 Knapp die Hälfte des griechischen Grossen. 8 Was gerade Deutsche oft mit Waren machen. 9 Er erfüllt seinen Zweck bei Mauern, Decken und Wänden. 10 Geht sie an mehrere Personen, entsteht vielleicht ein Fest. 11 Südlich der Stadt liegt der südlichste Punkt Dänemarks. 12 Ganz klar Klasse, oft gar Spitzenklasse. 15 Einer wie Berlusconi, aber längst nicht nur. 16 Womit er durch innere Ausgeglichenheit gekennzeichnet ist. 18 Bloss und blank, wie es typisch ist für gewisse Menschen in den USA. 21 Ein im Eishockey bestens bekannter Einwurf. 23 Er muss sich halt einfach aufplustern. 24 Molekül, gewissermassen mit Kalkül. 25 Teils Grundstück, teils dann auch Grundbesitz. 30 Eine Art (dumme) Kuh, hier für den Mann gedacht. 32 Muss kein Geheimnis sein, wenn er Künstlern hilft. 33 Niemand hat mehr als zwei, das wissen auch Kinder. 35 Militärische Macht, bei der es im Krieg kracht. 37 Darunter schliefen schon unsere Urahnen. 38 Es bedeutet sachlich gesehen den Vorrang.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 543

P	I	S	T	A	C	H	E	E	D	E	N			
M	U	N		E	R	L	A	U	B	N	I	S	I	
U	N	T	E	R	G	A	N	G	O	K	T	A	N	
L	A	R		M	O	R	G	E	N	S	T	E	R	N
I		I	D	I	S	I		N			A	N	I	S
A	R	G	O	N		D	W	I	G	H	T	E		
H	E	E	M		M	E	I	E	R		O	B	S	T
S			I	R	O	N	S		A	D	R	A		A
S	E	E	N	O	T		E	I	S	R	E	G	E	N
E	R	H	O	E	H	U	N	G		O	N	D	I	T
A	V	E		B			T	O	S	H		A	L	A
T	E	R	R	I	N	E		R		N	U	D	E	L

Waagrecht — 1 PISTACHE (franz. f. Pistazie)
 8 EDEN 11 MUN 12 ERLAUBNIS 14 UNTERGANG 15 OKTAN 17 LAR 18 MORGENSTERN 19 IDISI 21 ANIS 22 ARGON 24 DWIGHT 27 HEEM 28 MEIER 29 OBST 32 IRONS (brit. Schauspieler, in „Der Nachtzug nach Lissabon“) 34 ADRA (kurz f. Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe) 36 SEENOT 38 EISREGEN 41 ERHOEHUNG 42 ONDIT 43 AVE (lat. f. sei gegrüsst) 44 TOSH 45 ALA (à la, franz. f. nach Art von) 46 TERRINE 47 NUDEL

Senkrecht — 1 PUNA 2 INTRIGE 3 TERMIN 4 ARGOS 5 CLARIDEN 6 HANG 7 EUGENIE 8 ENOS (spezielles Notrufsystem) 9 DIKTATOREN 10 ESTEN 11 MULLAH 13 INNS 16 ARIES (lat. f. Schafbock) 20 DOMINO 23 RESERVE 25 WISENT 26 GRAS (Sarg) 28 MOTH (engl. f. Motte) 30 BAGDAD 31 TANTAL 33 ROEBI 35 DROHN 36 SEAT (span. Autohersteller, engl. f. Sitz) 37 EHER 39 IGOR 40 EILE

Lösungswort — **NOMNIERUNG**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



MANERO FLYBACK

AUTOMATIK | ROSEGOLD 18 K



CARL F. BUCHERER

LUCERNE 1888